



Königsteiner Offizierbriefe

37 ■ DEZEMBER 1969

● **Königsteiner Offizierbriefe**

Dezember 1969

Heft 37

3	Was hat uns Weihnachten noch zu sagen	<i>H. F.</i>
5	Weihnachten heute	* * *
7	Leben ohne Gott?	<i>Roland Fischer</i>
13	Friedensforschung – Aufgabe nur für Außenseiter	<i>Helmut Fettweis</i>
22	Meine moderne Kirche Die Kirchenanlage in Zell-Pfarr/Kärnten	<i>Peter Corr</i>
25	Absolute Verweigerung und absolute Utopie	<i>Irenaeus K. Underberg OSB</i>
42	Auch das ist Weihnachten Dominikanischer Bauer kämpft nicht allein	<i>Hildegard Lüwing</i>
44	Eines Tages wird es Tische geben	
45	Wenn das Christentum ist . . .	
47	Dankschreiben	<i>H. F.</i>
50	Informationen aus Kirche und Welt	
65	Allen Lesern	

Was hat uns Weihnachten noch zu sagen?

1967 wurde die erste Herztransplantation durchgeführt. Das Geheimnis des Herzens wurde entschleiert, es wurde austauschbar wie viele andere Organe im menschlichen Körper. 1969 betrat der erste Mensch den Mond. Damit wurden die Geheimnisse dieses so oft besungenen und bedichteten Erdtrabanten um ein großes Stück gelüftet. Für das nächste Jahrzehnt sind Mars oder Venus die Zielpunkte menschlichen Unternehmens- und Forschungsgeistes. Was ist da noch dem Menschen unmöglich? Sicherlich wird er in den nächsten 100 Jahren kaum etwas erfinden können, was ihm die Möglichkeit gibt, mit Lichtgeschwindigkeit die Erde zu verlassen. Aber wer weiß, wo die endgültige Grenze ist? Doch abgesehen davon, es werden noch Generationen vergehen, bis der Ausflug zum Mond dem Normalbürger möglich ist, wie heute eine Fahrt nach Amerika.

Wie klein, fast erbärmlich, nimmt sich da das Geschehen in Betlehem aus. Was kann diesen „tollen Burschen“, den Menschen von heute, an diesem Ereignis schon imponieren? Eine Geburt wie jede andere. Armut wie auch heute noch in jenen fernen Ländern, die das Fernsehen so anschaulich in die behagliche Wohnstube bringt. Und sonst? Nichts Aufregendes, nichts Bedeutendes!

Und doch muß etwas daran sein. Warum diskutieren sich heute noch Menschen, Wissenschaftler, die Köpfe heiß über dieses Thema der Geburt Jesu? Warum werden auf der einen Seite alle Möglichkeiten der **Manipulation** gebraucht, um dieses Ereignis vergessen, lächerlich und nicht existent zu machen? Und warum ist für viele Menschen dieser Erde dieses Betlehem verknüpft mit dem Sinn oder Nichtsinn ihres Lebens?

Wenn es eine Geburt wie Millionen anderer gewesen wäre, dann brauchte man heute im Zeitalter der genialen Erfindungen, des Aufgeklärtseins, doch gar nicht mehr davon zu sprechen. Das liefe sich doch einfach tot, wie die Ideen eines Hitler, Mussolini oder irgend eines anderen, der Anspruch auf Ewigkeitswert stellte.

Irgend etwas muß daran sein. Aber auch noch heute? Ich glaube ja.

Ich las in irgendeinem Kommentar zur Mondlandung, daß damit zwar ein grandioser Sieg der Wissenschaft errungen wurde, daß aber dadurch die Menschen kein Jota friedlicher geworden seien. Und wenn wir uns in der Geschichte umsehen, dann werden wir feststellen, ähnlich war es doch schon öfters. Als man wissenschaftlich feststellte, daß die Erde eine Kugel und keine Scheibe sei, daß sich die Erde um die Sonne bewege und nicht umgekehrt, als Amerika entdeckt wurde, da waren das Ereignisse, die für die damalige Zeit ebenso gewaltig waren wie für uns heute die Organverpflanzung, die Mondfahrt, die Kernspaltung und was der Errungenschaften noch mehr sein mögen. Und damals wie heute, wurden die Menschen

nicht friedlicher davon. Wenn sie nämlich im Materiellen den Frieden suchen, dann werden sie ihn nicht finden. Es ist hoch an der Zeit, der Mahnung Beachtung zu schenken, die seit fast 2000 Jahren gilt, die Mahnung, die leider von den Menschen immer wieder mißachtet wurde: „Friede auf der Erde den Menschen Seiner Huld.“ (Lucas 2. Kap. 14. Vers, Die Heilige Schrift, Übersetzung Rieseler/Storr, M.-Grünwald Verlag Mainz 1956). Und an dieser Mahnung kommen die Staatenlenker heute wie damals nicht vorbei. Seit der Geburt jenes Kindes im Stalle muß sich die Welt mit diesem Zeichen auseinandersetzen und unter ihm den Frieden suchen. Man kann nicht hinwegdiskutieren, daß drei fundamentale Neuigkeiten dieser Welt mitgeteilt wurden

- Gnade
- Liebe
- Frieden.

Seit Jesus Christus als Gottes Sohn in diese Welt kam, wissen wir, daß der Bund des Schöpfer-Gottes mit dem auserwählten Volk dank seiner Gnade auf alle Menschen ausgedehnt wurde. Gott hat seiner Schöpfung, die sich von ihm abgewandt hatte, die Heimkehr in sein Haus angeboten. Dieses Angebot der Gnade gilt heute, wie schon immer, über alle Entwicklungen des Menschen hinaus. Zugleich hat Er uns den Weg gewiesen über die Erwidern seiner Liebe und über die Weitergabe der empfangenen Liebe an alle Mitmenschen. Christus hat uns in der Bergpredigt die Stationen der Barmherzigkeit aufgezeigt und sie als Weg der Seligkeit gepriesen. Und zugleich auch manifestiert, daß die Liebe zu Gott und den Mitmenschen der Weg zum Frieden ist. Nur mit Seiner Gnade und der Erwidern Seiner Liebe ist der Weg zum ewigen Frieden möglich. Nur aus der Verwirklichung des Liebesgebotes unter den Mitmenschen ist aber auch der Weg eines gewissen irdischen Friedens möglich. Eines Friedens, der nicht die Glückseligkeit sein kann, der auch nicht gleichbedeutend mit dem ewigen Frieden ist, dem aber ein schwacher Glanz als Widerschein göttlichen Friedens anhaftet, da er Gottes Gnade zur Wurzel hat.

Dieser Frieden, der dem Menschen erreichbar ist, kann aber nur mit Gott verwirklicht werden. Wer glaubt, auf Erden Frieden ohne Gottes Gnade und ohne Liebe verwirklichen zu können, ist ein Utopist. Gottes Gnade und die Liebe, sowohl als Reflexion göttlicher Liebe als auch zum Mitmenschen, sind die unerläßlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung eines irdischen Teilfriedens.

Von daher aber hat das Kind in der Krippe für uns heute eine eminente Bedeutung. Es ist der Frieden. Es weist Weg und Ziel und läßt sich nicht umgehen oder manipulieren.

Feiern wir daher Weihnachten, mehr denn je, im Bewußtsein, daß Gott uns das Heil geschenkt hat im Zeichen seiner Liebe und Gnade und tun alles, um mitzuarbeiten am Frieden für alle Menschen. Denn denen, die ihn suchen, ist er nah.

H. F.

Weihnachten heute!

* * *

Gedanken für meinen Sohn!

Bald wird es wieder Weihnachten. Wenn ich an meine Kindheit denke, eine herrliche Zeit voller Geheimnisse und Spannungen. Und wenn ich dann heute das frühzeitig ausbrechende weihnachtliche Geschäftsgebaren sehe, dann bin ich traurig. Den Kindern von heute werden so viele der Geheimnisse vorzeitig gelüftet. Und dennoch, wenn ich Dich, lieber Bub, so sehe, dann freue ich mich immer – ja woran? An Deinen Geschenken? Natürlich, denn Du hast sie ja mit viel Mühe ausgesucht oder sogar selbst hergestellt. Aber das ist nicht alles. Es steckt noch mehr dahinter. Und dieses Mehr schaut aus Deinen Augen, mit denen Du in den Gesichtern der Erwachsenen lesen willst, ob sie sich freuen, es zeigt sich in Deiner – entschuldige bitte – etwas unsicheren Haltung. Du hast ein wenig Angst, ob der andere Deine Liebe erkennt und nicht nur das Geschenk. Wenn Du den Widerchein der Liebe erkannt hast, dann ist Deine Freude erst ganz.

Und ich glaube, diese Liebe gibt Weihnachten auch heute seine Existenzberechtigung. Wenn wir auch diese Liebe hier für uns spüren, wo aber bleibt sie in der großen Welt? Denn schließlich ist es in gewisser Weise natürlich, daß Eltern und Kinder sich gegenseitig achten und lieben. Obwohl, so ganz selbstverständlich war das nicht immer. Es gab Zeiten, da versuchte man, die Kinder den Eltern zu entfremden, vielleicht sie sogar zu gegenseitigen Spitzeln zu erziehen. Aber das Gebot der Liebe, das von der Geburt Jesu ausging, galt ja allen Menschen. Und was machen sie daraus? Vielleicht schweigen an diesen Tagen die Waffen an den Kriegsschauplätzen dieser Welt. Vielleicht haben die armen Menschen, die sich da gegenüberstehen – müssen –, einen Augenblick Zeit zum Nachdenken. Viele sind aber so voller Haß, daß sie noch nicht einmal dann Zeit haben, sondern einfach nur den Befehl zur Waffenruhe einhalten, weil er von „oben“ gekommen ist. Und von „oben“ kam er – nicht der Liebe wegen –, sondern vielleicht weil es gerade ins politische oder gar nur ins propagandistische Konzept paßt. Und am nächsten Tag wird wieder geschossen und gestorben, als hätte es nie die Mahnung zum Frieden, zur Liebe gegeben.

Wir sind ja hier weit vom Schuß. Aber als ich so alt war wie Du, da gab es auch bei uns Krieg, Not und Tod. Da war man glücklich, wenn man in einem kleinen Dörfchen Zuflucht fand und sich etwas sicherer fühlen konnte. Da war Weihnachten ein Braten eine Kostbarkeit, ein paar selbstgestrickte Handschuhe ein Geschenk der Barmherzigkeit. Und um den Tannenbaum konnte man kaum eine Familie vollzählig versammeln. Einer war bestimmt an der Front, oftmals der Vater, und man war glücklich, wenn es in diesen Tagen gerade an dem Abschnitt, wo Angehörige waren, wenigstens etwas ruhig war.

Aber wir denken viel zu wenig an diese Zeit. Wir sind räumlich und zeitlich so weit vom Schuß – glauben wir, die meisten wenigstens. Aber wir sollten gerade im Advent, in der Zeit der Besinnung, uns daran erinnern und vielleicht unser heutiges Verhalten zu korrigieren versuchen. Für viele beginnt Weihnachten doch schon kurz nach dem Sommerschlußverkauf. Die großen Geschenke für die Nächststehenden kommen etwas später dran, weil das

Geld nach dem Urlaub eben knapp ist. Aber für den und jenen kauft man schon, weil man ja unbedingt zeigen muß, daß man es ja kann. Was das dann meist mit Liebe zu tun hat, ist nicht immer zu erkennen. Manche Firmen machen es dann sofort in großem Stil, zur Zeit ist es ja noch billiger und beim Großeinkauf sowieso. — Und da regen sich manche Leute über die Bakschich-Methode in fernen Ländern auf. — Aber bald ist dann der Herbst vorbei, und nun stürzt die vorweihnachtliche Pracht in goldenen und silbernen Kaskaden auf uns herab. Der Advent wird zum Rummelplatz des Verkaufs. Kaum jemand kann sich dem ganz verschließen. Da wird gekauft und gepumpt, und nicht zuletzt gehen manche Mütter noch schnell etwas arbeiten, um nur ja beim Kauf mithalten zu können. Das Familienleben wird zu einer dauernden Hetze, die Nerven spannen sich, und manches unliebe Wort wird mit einem teureren Geschenk ausgeglichen — so denkt man. Aber man kann Unliebe nicht mit Geschenken ausgleichen. Man kann es nur durch Liebe. Und dazu wird die Kraft immer geringer. Wenn dann die Endrunde beginnt, begegnen sich viele Familien nur noch am Fernseher, um sich ein oder zwei Stunden „adventlich berieseln“ zu lassen. Und wenn dann noch ein Krimi folgt, läuft der Apparat einfach weiter. Und in den Kirchen? Da ist es besser! Die sind nämlich noch etwas leerer, da knien nur noch die, die immer da sind. Die „Laufkundschaft“ hat zur Zeit anderes zu tun. Zuweilen kommen mal Kinder und lassen sich vom einsamen Licht der Adventskerzen etwas beeindrucken.

Zum Fest aber, dann wird's anders. Dann haben die „toten Tiere“ in Form von teuren Mänteln und Hüten Premiere. Dann rauscht und glitzert das wie im Theater. Den teuren Wagen entsteigen selbstbewußte Familienväter mit ihrem geputzten Anhang, man ist ja schließlich wer, und muß es denen und nebenbei dem lieben Gott ja mal zeigen. Die Hausfrau bekommt ein ermunterndes Lächeln, sie ist halt doch von den Vorbereitungen etwas angegriffen, damit sie sich zusammenreißt, nicht aus Liebe, sondern nur, damit der strahlende Glanz der Familie keinen Schaden leidet. Dann rollt die heilige Handlung ab. Vielleicht gelingt es den meisten, die Gedanken an das „Nachher“, den Weihnachtsbraten, Geschenkaustausch, den Tannenbaum etwas versinken zu lassen, damit das Wort des Pfarrers Eingang zumindest ins Ohr findet, der nun die Botschaft verkündet, die seit 2000 Jahren die Welt mahnt und doch so wenig Aufnahme findet.

Dennoch habe ich auch schon viele Menschen erlebt, die wenigstens eine zeitlang friedlicher, lieber waren und den Versuch eines neuen Anfangs machten, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Familie, im Verhältnis zu den Mitmenschen. So kann ich mich der Mahnung nicht entziehen. Lebendig wird sie wiederum, wenn ich dann meinen Sohn sehe, wenn er, der sonst so temperamentvoll ist, warten kann und sich freut, daß er erst einmal aus Liebe geben kann, bevor er empfängt. Wenn ich dann aus seinen Geschenken seine ganze Liebe erfahren darf, dann danke ich Gott, daß es so ist und bitte ihn, daß es so bleiben möge. Zugleich aber, da wir ja mit unserer Familie in der Gemeinschaft unseres Volkes stehen und heute alle Menschen, mehr denn je, schicksalhaft miteinander verbunden sind, bete ich in irgendeiner stillen Stunde, daß Gott Seine Huld uns erhalten möge, damit die Führer der Völker zu Werkzeugen des Friedens werden und die Menschen sich auf tun zum Handeln in Liebe. So hoffe und wünsche ich, daß Du, mein Sohn, in eine freundlichere Welt hineinwachsen darfst.

Leben ohne Gott?

Zum Phänomen des Atheismus

In unserem Lande ist die Zahl der Kirchenbesucher in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Das stellte das Godesberger Institut für angewandte Sozialwissenschaft nach Umfragen in den Jahren 1962 und 1966 fest. Während sich 1962 noch 45 % der Bevölkerung als regelmäßige Kirchgänger bezeichnet hatten, waren es 1966 nur noch 39 %. Im Jahre 1966 verzeichnete man seit 1955 in Deutschland 22 043 Austritte aus der Kirche, denen eine Über-, bzw. Rücktrittsrate von nur 13 053 gegenübersteht. Auch in unserem Nachbarland Frankreich würden nur noch 21 % der getauften Katholiken praktizieren! (KNA 2/67) Obwohl gerade Statistiken über das Glaubensleben sehr vorsichtig aufzunehmen sind, weil eben eine Menge Fehlerquellen in ihnen enthalten sind, weil auch entscheidende Faktoren (etwa die Gegend, die Altersstufe usw.) gar nicht berücksichtigt werden können — so daß sie auch keinesfalls für ein ganzes Land repräsentativ sind —, geben sie uns doch nützliche Hinweise.

Die Erscheinung des Unglaubens schmerzt den Gläubigen aber nicht nur beim Lesen von Statistiken, sondern er erfährt ihn Tag für Tag:

Jeder von uns hat als Nachbarn oder Arbeitskollegen nicht nur Christen anderer Konfessionen, sondern auch Indifferente, Marxisten und vielleicht auch hetzende („militante“) Atheisten. An dieser Situation wird sich kaum etwas ändern. Wir müssen uns damit vertraut machen, weil der Unglaube als ständiger Begleiter uns herausfordert und in Frage stellt. Mit anderen Worten: ob wir wollen oder nicht, wir müssen ihm begegnen und können nicht umhin, unsere pastoralen Folgen zu ziehen, auf die ich aber erst am Schluß zu sprechen komme.

Im folgenden unterscheide ich einige Formen des Unglaubens, so wie wir ihm überall begegnen. Es gibt, wie wir sehen werden, scharfe und gemäßigte Formen dieser Haltung zu Gott, die von dem einfachen begrifflichen „Mißverständnis“ bis zum sogenannten militanten Atheismus reichen.

1. Der marxistische Atheismus

Eine der größten Erscheinungsformen des Atheismus stellt der marxistische Atheismus dar: „Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen... Die Religion ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, sie ist der Seufzer der bedrängten Natur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.“ Mit diesen Worten wiederholt Karl Marx (1818 bis 1883) das, was sein Lehrer Ludwig Feuerbach (1804–1872) schon über

die Religion sagt: „Der Mensch ist in dieser Welt unvollkommen, er hat Leid, Schmerz und Übel zu ertragen. Daher hat er eine große Sehnsucht nach Vollkommenheit, nach einer besseren Welt – und das alles bietet ihm Gott. Also glaubt er an einen Gott (Religion ist die Projektion frustrierter Wünsche ins Jenseits).“

Wenn Marx und Feuerbach sagen, daß der Mensch, wenn er religiös ist, sich von seinem eigentlichen Wesen, von seiner Aufgabe in der Welt, immer mehr entfernt („sich selbst entfremdet“), dann ist das nur eine logische Folge ihrer Religionsauffassung. Sie behaupten ganz einfach, Religion sei Selbsttäuschung und hemme nur den Fortschritt der Wirtschaft und der Wissenschaft. Da aber beides auf Erden zum Wohl des Menschen voll entfaltet werden soll, muß die Religion verschwinden.

In drei Grundsätzen kritisiert Marx die Religion im Hinblick auf seinen Plan, dem Menschen in der neuen Gesellschaft höchstes Glück zu verschaffen:

a) Nicht durch die Religion wird der Mensch sich selbst und seinem Nächsten völlig gerecht, sondern durch die Arbeit. Nur durch sie kann er sich selbst das größtmögliche Heil verschaffen. Er allein ist seines Wohls und Heils fähig. Durch die dauernde Veränderung der Lebensverhältnisse erinnert der Mensch seiner „Selbstentfremdung“. Im Organisieren seines Geschicks erschafft er sich selbst in der gesellschaftlichen Arbeit. Gilt dies, dann ist nur konsequent, wenn Marx die Religion (er denkt besonders an den jüdischen und christlichen Glauben) zu einer rein historischen Erscheinung herabwürdigt: „Sie ist nur unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen entstanden und wird auch mit ihnen vergehen. Eine wesentliche Bedeutung, einen eigenen Wert hat sie nicht. Im Gegenteil: Sie verhindert nur die Entfaltung der dem Menschen innewohnenden Kräfte. Es gibt keinen Himmel! Der Himmel ist unsere Erde, und sie allein schenkt dem Menschen Freiheit und Erlösung – allerdings nicht die jetzige, sondern die erst noch zu schaffende Gesellschaftsverfassung: in ihr ist der Mensch sein eigener Wohltäter und Rechtfertiger.“

b) Marx bestritt, daß dem Menschen eine Anlage für das Religiöse zukommt (wie Schleiermacher meinte: „eine eigene Provinz im Gemüte“). Die Religion ist nur ein ins Jenseits übertragenes Wunschbild. Während Feuerbach Gott zum Lückenbüßer für die unerfüllten Sehnsüchte des Menschen machte, ging Marx noch einen Schritt weiter, indem er nicht die geheimen Wünsche des Menschen für den Glauben an Gott verantwortlich macht, sondern die soziale Lage. Wiederum wäre dann folgerichtig zu sagen: Religion ist nur eine gesellschaftliche Erscheinung, die damals aufgekommen ist und die noch andauert – sonst nichts. Entfallen ihre wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen, so verschwindet sie auch von selbst.

c) Darum richtet sich die Erwartung des Marxisten auf eine radikale Veränderung der Lebensbedingungen: auf die freie und gerechte Gesellschaftsordnung. Was einst in der jüdisch-christlichen Tradition mit der Erwartung einer Herrschaft Gottes auf Erden erhofft wurde, das erhofft Marx sich durch das Proletariat. In unserer Geschichte soll die Geschichte selbst zu ihrem Ziel, zu ihrer Vollendung gebracht werden. Während der Christ ein zukünftiges, ewiges Glück für alle Menschen erhofft, glaubt Marx, daß dieses größte Glück in dieser neuen Gesellschaft liege. Mag diese Erwartung die

Marxisten auch tausendmal enttäuscht haben und verraten worden sein – der Tag X der weltweiten Revolution fand nie statt, und blutiger Stalinismus hat diese Ideen hundertfach absurd gemacht –, so hat doch – und das stellen wir mit allem Ernst fest – das endzeitliche Hoffen von Marx schon Früchte gezeitigt: Ein Drittel der Erde, ein ehemals unterentwickeltes zudem, wird heute schon nach marxistischen Grundsätzen verwaltet, und es holt die Technifizierung in einem bemerkenswerten Tempo nach.

Auch heute sprechen die Vertreter des marxistischen Atheismus das gleiche Vokabular wie einst Feuerbach und Marx: „Die Religion ist heute nur dank ihrer gefühlsmäßigen Funktionen noch wirksam (Prof. Pavičević).“ Oder James Klugmann: „Obwohl wir Marxisten Atheisten sind, haben wir doch einen Glauben, nämlich den Glauben an den Menschen und seine Fähigkeit, die Gesellschaftssysteme dieser Welt so zu verändern, daß er zu seiner vollen Entfaltung gelangen kann.“

Aus dem bisher Dargelegten scheinen mir zwei Argumente des marxistischen Atheismus immer wieder hervorzutreten:

Religion ist Gefühl (und daher unmaßgeblich) und das Maß aller Dinge ist der Mensch.

Der Sinn des Lebens ist allein der Mensch, und das höchste Ziel auf Erden ist es, dieses Menschenleben zu einem absoluten Höhepunkt zu bringen.

2. Der Atheismus der Humanisten

Die meisten Humanisten würden wohl folgenden ethischen Grundsätzen zustimmen:

a) Der Mensch hat im letzten Wesen der Dinge keinen privilegierten Platz, noch kann er Rettung oder Trost in einer göttlichen Vorsehung finden.

b) Alle Wertbekundungen des Menschen entspringen ausschließlich seinen Bedürfnissen, Interessen, Begierden und Gefühlen. Das heißt, es gibt keine überirdische Quelle oder einen Garanten für moralische Werte außerhalb des Menschen und dieser Welt.

c) Alle Menschen sind voneinander abhängig und somit füreinander verantwortlich. Maßgeblich und dringlich ist die Frage, wie man eine Verbindlichkeit gewisser menschlicher Ziele oder Werte schaffen kann, wenn ihre Gültigkeit nicht auf Gott basiert. Die Atheisten glauben, dies könne durch eine Untersuchung der menschlichen Daseinsbedingungen, durch eine Klärung der offensichtlich bestehenden Gegensätze in der menschlichen Existenz und durch eine Erforschung der Möglichkeiten und Methoden, durch welche diese Widerfahrnisse (wie z. B. das Leid) am besten gelöst werden können, geschehen.

3. Ansatz eines christlichen Standpunktes

Die letztgenannten Punkte zeigen deutlich, daß es den Humanisten mit ihrer Nächstenliebe ernst ist, sogar in einem Maße, das die Christen zuweilen beschämen könnte. Ein Religionspsychologe hat einmal gesagt, im Grunde ist jeder Mensch auf Gott ausgerichtet. In diesem Sinne könnte man

überspitzt sagen: Auch der Atheist hat einen Gott. „Gott“ heißt für ihn eben, den anderen möglichst glücklich zu machen. Auch dem Christen ist aufgetragen, in hohem Maße Nächstenliebe zu üben. Aber im Unterschied zum Humanisten weiß der Christ im Glauben, daß es auf Erden kein vollkommenes Glück gibt, daß uns das erst in der anderen Welt zuteil werden kann. Und genau das — nämlich der Glaube, daß einmal die Menschen wie Gott sein wollten, daß seitdem als Strafe die Welt und wir gebrechlich sind, daß wir aber durch Christi Tod erlöst worden sind, so daß jeder, der glaubt, das ewige Glück erlangt —, das ist der Streitpunkt der Christen und Atheisten.

Religion ist nicht Gefühl. Wenn Schleiermacher sagt, daß der Religion „eine eigene Provinz im Gemüte zukommt“, so ist damit gesagt, daß der Mensch an einen Gott glauben *kann* (im Gegensatz zum Tier), daß er ihn denken und herbeisehnen kann, ja daß er mit ihm im Gebet sogar sprechen kann. Es ist auch gar nicht so abwegig — selbst wenn die Atheisten uns dies immer wieder zum Vorwurf machen —, daß das Streben nach Gott aus der Erfahrung, aus dem Erlebnis der Vergänglichkeit kommen kann — ja aus jener Erfahrung, in der die Vergänglichkeit menschlichen Seins in höchster Steigerung erlebt wird, aus der Erfahrung des Todes. „Ohne Zweifel ist es“, so schreibt Schopenhauer, „das Wissen um den Tod und das Leid, was den stärksten Anstoß zur religiösen Auslegung der Welt gibt.“ Es ist allzu billig zu sagen, Religion sei Gefühl, sei Sache alter Leute, die kurz vor dem Tode stehen, sei Sache der Frauen. Die Weltgeschichte bis auf den heutigen Tag, während der immer wieder große Menschen aller Länder, aller Konfessionen nach dem Sinn des Lebens, der Vergänglichkeit, des Leides und nach Gott gefragt haben, widerlegt das Argument der Atheisten, Religion sei Gefühl und Gott sei Lückenbüßer und Nachtwächter ängstlicher Menschen. Was der Atheist dem Gläubigen zum Vorwurf macht, nämlich *über* die Endlichkeit, Zufälligkeit und Vergänglichkeit alles Irdischen hinaus zu fragen, zu einem Schluß zu kommen und sich dann radikal für diesen Gott zu entscheiden, das gereicht dem Gläubigen gerade zum Stolz.

Das Maß aller Dinge ist auch nicht der Mensch. Die kürzlich erfolgte Mondlandung ist ein außerordentliches Ereignis, und in der überschwenglichen Freude mag es scheinen, als könne der Mensch alles erreichen, was er will. Nun das ist falsch. Grenzen umgeben uns, nicht zu durchstoßende Mauern. Was wir bis jetzt erreicht haben, liegt zwar noch weit von diesen Grenzen entfernt, so daß uns noch viel Spielraum für immer höherfliegende Pläne bleibt. Eines Tages jedoch werden wir uns diesen Grenzen nähern und sie einhalten müssen: Unser heutiges Wissen sagt uns, daß wir sie niemals überschreiten werden. Die Gesetze des Universums werden uns gebieten: Bis hierher — und nicht weiter! Dazu sei ein Beispiel aufgeführt.

Eine der bekanntesten Grenzen ist die Lichtgeschwindigkeit. Ein Lichtstrahl bewegt sich mit einer Geschwindigkeit von 300 000 Kilometer in der Sekunde durch ein Vakuum. Ein Körper kann diese Geschwindigkeit höchstens annähernd erreichen — er kann niemals auf dieselbe Geschwindigkeit beschleunigt werden und sie schon gar nicht übertreffen. Den meisten Menschen fällt es schwer, diese Tatsache zu akzeptieren. Wenn man einen Körper anstößt, setzt er sich in Bewegung; gibt man ihm noch einen Stoß, bewegt er sich schneller. Wenn man den Schub kontinuierlich aufrecht erhält, wird er immer schneller und schneller — scheinbar ohne Ende. Die Triebwerke der Saturn V sind stark genug, um die Apollo-Kapsel auf eine





Geschwindigkeit von über 40 000 km/Stde zu bringen — aber das sind nur 11 km/sec, also nur ein winziger Bruchteil der Lichtgeschwindigkeit.

Viele Menschen wissen nicht, daß nur ein Teil der beim Stoß übertragenen Energie in schnellere Bewegung, ein anderer, geringer Teil aber in größere Masse umgesetzt wird. Das Raumschiff, das beschleunigt wird, bewegt sich schneller; aber es wird auch um ein winziges bißchen schwerer: Es bekommt eine größere Masse. Bei den alltäglichen Geschwindigkeiten ist der Massenzuwachs so gering, daß wir ihn außer acht lassen können; er ist nicht einmal meßbar. Je höher die Geschwindigkeit jedoch wird, desto größer wird der Teil der übertragenen Energie, der in größere Masse, und desto kleiner jener Teil, der in größere Geschwindigkeit umgesetzt wird. Nähert man sich schließlich der Lichtgeschwindigkeit, so wird fast die gesamte Energie verbraucht, den Körper schwerer zu machen, und nur ein Bruchteil dazu, ihn schneller zu machen.

Wollten wir hartnäckig auf dem Versuch bestehen, einen Körper auf mehr als Lichtgeschwindigkeit zu beschleunigen, und deshalb die gesamte uns zur Verfügung stehende Energie in einem einzigen, ungeheuren Stoß konzentrieren, dann würde der Körper so schwer wie ein Berg, aber nicht um einen Deut schneller als das Licht werden. Man könnte fragen, warum das so ist; aber die einzige Antwort, die der Wissenschaftler uns geben könnte, lautet: So ist nun einmal das Weltall beschaffen.

4. „Dem unbekannten Gott“

Bei der Betrachtung des wissenschaftlichen Atheismus müssen wir zwei Dinge beachten: Erstens: Gott kann man mit wissenschaftlichen Argumenten weder beweisen noch — leugnen. Zweitens: Es gibt keinen Atheismus der Massen, oder fast keinen. Die Massen sind in Sachen Religion gleichgültig, weil sie nichts von ihr wissen, weil sie keiner darauf stößt, aber der eigentliche Atheismus ist eine Sache der Intellektuellen.

Wenn man mit Menschen über den Glauben spricht, hört man in den meisten Fällen die Antwort: „Natürlich glaube ich an Gott, aber ich weiß nicht, ob man sich in eine bestimmte Kirche eingliedern muß. Die Hauptsache ist, man glaubt an Gott.“ Wenn man dann noch die Rede auf die katholische Kirche bringt, ist es vollends aus: Diese vielen Vorschriften, dann der Papst, die Sakramente...! — Diese Haltung scheint mir sehr bezeichnend zu sein. Der Glaube an einen unbekannten Gott erinnert mich an die Griechen, die damals einen Altar aufstellten und darauf schrieben: „Dem unbekannten Gott.“ Daß aber der Glaube an einen „unbekannten“ Gott in sich voller Widersprüche ist, braucht gar nicht erst aufgezeigt zu werden. Denn: Wer vorgibt, an einen Gott zu glauben, kann nicht eher ruhen, als bis er ihn „kennt“ — und zwar „genau kennt“. Der Glaube an einen Gott — wenn dieser Glaube ernst gemeint ist — verlangt ein unbedingtes Weitersuchen und Weiterfragen nach der Person dieses Gottes, wie er „aussieht“, was sein Wesen ist. Genauso wie Charles de Foucauld sagte: „Als ich erkannte, daß es einen Gott gibt, gab es für mich nichts anderes, als jeden Augenblick meines Lebens in seinen Dienst zu stellen.“

Dieser Glaube also an einen „unbekannten Gott“ ist der weltweite Unglaube der Menschheit und auch der Taufscheinchristen. Doch nicht nur sie selbst

sind daran schuld, sondern der Vorwurf an die Kirche: die vielen Vorschriften, der Papst, die Sakramente usw. ist zum Teil berechtigt. Ein großer Theologe unserer Zeit sagte einmal, der Glaube kann missionarisch nur dann erfolgreich gepredigt werden, wenn er sich in ein paar Sätze zusammenfassen läßt.

Bis dahin aber gilt, noch einmal auf die traurige Statistik des Anfangs zu schauen und sich klar zu werden:

Die Kirchenbesucherzahl nimmt von Jahr zu Jahr ab.

Die Kirche erscheint nicht mehr genügend wirkungsvoll. Dem abzuhelpen ist eine Aufgabe des Priesters und des Laien von heute. Der Priester kann sich nicht mehr in seiner Wohnung verschanzen, sonn- und werktags die Eucharistie feiern und hoffen, daß die Gläubigen kommen. Selbst die tätigen Laien finden dazu kaum Zeit. Es liegt nicht nur an den Menschen von heute, sondern auch an den völlig veränderten Lebensverhältnissen.

Dadurch ist eine vollständig andere Seelsorge nötig. Der Priester muß den Menschen suchen, in seiner Wohnung, an dem Arbeitsplatz, in seiner Freizeit. Das wird viel Mut fordern. Es wird Abweisungen und Rückschläge geben. Aber dennoch kann der, der an unseren Herrn Jesus Christus glaubt und sich zum Priestertum berufen fühlt, einfach nicht anders, als sich dieser Aufgabe zu widmen. Dabei sollte man sich nicht entmutigen lassen. Es hat im Laufe der Geschichte schon Zeiten gegeben, da die Gläubigen so wenig waren, daß Kirchen und Klöster verödeten. Wenn es dann aber gelang, die Verkündigung wieder der Sprache der Zeit anzupassen, erneuerte sich die Kirche in kürzester Zeit. Eine Hilfe in seiner schweren Arbeit wird dem Priester jene Schar von Gläubigen sein, die in Beruf und Gesellschaft ihren Mann stehen und durch ihr Christ-Sein in ihrer Umgebung wirken. Dort liegen für den Priester die ausbaufähigen Bastionen und oftmals auch die Hilfs- und Kraftquellen.

Im Mittelpunkt aber steht Gott, in Glaube, Hoffnung und Liebe.

Friedensforschung – Aufgabe nur für Außenseiter?

In einem Interview mit dem Südwestfunk am 14. September 1969 hat Bundespräsident Heinemann die Notwendigkeit einer breiteren Friedensforschung betont. Nun beschäftigen sich mit diesen Dingen um den Frieden verschiedene Gruppen in unserem Volk. An zahlreichen Hochschulen sind Arbeitsgemeinschaften entstanden. Die Arbeiten der Pax-Christi-Bewegung sollen nicht unerwähnt bleiben, aber auch nicht die Gedanken einer Gemeinschaft von Offizieren der Bundeswehr. Das Rote Kreuz hat sich ebenfalls in diesen Tagen bereit erklärt, die Friedensforschung zu unterstützen. Eine umfangreiche Literatur ist inzwischen erschienen, aber es fehlen noch die Kräfte, die diese Arbeiten sammeln und koordinieren. Zum Teil liegt das an der Unterschiedlichkeit der Auffassungen, zum Teil aber auch daran, daß wichtige Disziplinen der Wissenschaft bisher noch nicht zur Mitarbeit aufgefordert wurden oder sich zur Mitarbeit entschließen konnten. Nachfolgend soll nun versucht werden, in gedrängter Form Gemeinsamkeiten, aber auch Divergenzen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Zwei Bücher, die zur Zeit erschienen sind, waren der Anlaß zu dieser Zusammenstellung. E. Krippendorff versucht, in seinem Buch „Friedensforschung“ einen Überblick über wichtige Arbeiten und Detailforschungen zu geben. Und T. Ebert beleuchtet in seinem Buch „Gewaltfreier Aufstand“ eine Alternative zum Bürgerkrieg. Zwei interessante Veröffentlichungen, die aber nur zwei kleine von sehr vielen Schritten zu einer kontinuierlichen Friedensforschung darstellen.

Die Schwierigkeiten beginnen bereits bei der Definition des Begriffs Frieden. Wenn man Bekannte fragt, was sie unter Frieden verstehen, dann bekommt man vielerlei Antworten. Von vielen wird der jetzige Zustand des Nicht-Krieges, in dem wir leben, als Frieden bezeichnet. Dabei wissen wir alle, daß wir in einem Schwebezustand leben – keinen Friedensvertrag, keine einwandfreien Grenzen und ein geteiltes Vaterland haben. Aber es ist richtig, es wird nicht geschossen. Im Krieg gab es auf die Frage, wann wieder Frieden sei, die makabre Antwort: dann, wenn der Metzger fragt: darf es etwas mehr sein. Es gibt, das soll damit dargestellt werden, noch kein einheitliches Bild von dem, was Frieden ist oder sein kann. Hier eine Antwort zu finden, ist eine – unsere – Aufgabe der Zukunft.

Eindeutiger werden die Antworten, wenn man den Begriff des Krieges erläutert haben will. Doch auch hier zeigt sich, daß man Krieg zu verschiedenen Zeiten verschieden aufgefaßt hat. Anatol Rapaport sagt in seinem Aufsatz „Tolstoi und Clausewitz“¹⁾:

¹⁾ veröffentlicht: „Friedensforschung“ von E. Krippendorff, Kiepenheuer und Witsch, Köln-Berlin.

„Krieg, so sagt Tolstoi in KRIEG und FRIEDEN, ist ein Phänomen der Geschichte und deren Gesetzen unterworfen. Diese Gesetze können durch die Launen von Despoten und die Phantasien von Pedanten nicht beeinflusst werden. Tolstoi akzeptiert also die dynamische (oder kataklymische) Theorie der großen menschlichen Konflikte und lehnt jede Bedeutung strategischer Theorien ab.“

„Clausewitz bezeichnete Krieg als einen politischen Akt. Seiner Ansicht nach sollte daher ein Krieg zum Zweck der Erreichung bestimmter Ziele geführt werden.“

Bei allem Vorbehalt, der bei einer Kurzdefinition am Platze ist, möchte ich so formulieren: „Krieg ist heute körperliche oder geistige Aggression einer Gruppe von Menschen, eines Staates oder einer Staatengruppe mit dem Ziel, anderen den eigenen Willen, eine Ideologie, ein Wirtschafts- oder Rechtssystem aufzuzwingen oder sie biologisch zu vernichten.“ Krieg ist also kein Mittel der Politik mehr. Der Inspekteur des Heeres, General Schnez, sagt in seinem Aufsatz „Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres“²⁾ sogar, daß nicht nur der Atomkrieg, sondern jeder Krieg heute kein taugliches Mittel der Politik mehr sei. Krieg sei damit ein barbarisches Mittel und der Kultur- und Zivilisationsstufe der heutigen Welt unangemessen. Wie aber kann die heute lebende Menschheit die Schande eines Krieges überwinden? Ein Patentrezept wird es nie geben. Doch müßten gangbare Wege gefunden werden. Zunächst gilt es, die Spannungen und Aggressionen zu überwinden. Denkbar wäre, daß eine Forschung auf breiter Basis dazu führen könnte, die Konflikte in den Griff zu bekommen. Im Dokument 1 der diesjährigen Tagung des Königsteiner Offizierkreises in Königstein heißt es³⁾: „Konflikte und Spannungen wird es weiterhin geben. Wir müssen lernen, sie gewaltlos zu lösen. Unsere Hoffnung auf solche Möglichkeiten begründet sich in der Erfahrung der Geschichte, wo Gemeinschaften lange Zeit trotz Spannungen und gegensätzlichen Interessen friedlich miteinander gelebt haben.“

Zum Zeitpunkt der Tagung in Königstein war das Forschungsergebnis einer Arbeitsgruppe der Unesco noch nicht allgemein bekannt. Es ist zweifellos teilweise umfassender, durch die starke Betonung von Forschungsergebnissen der Sozialwissenschaften aber auch einseitig.

Diese Gruppe bedeutender Wissenschaftler hatte den Auftrag, Aussagen über die Ursachen nationalistischer Aggressionen und über notwendige Voraussetzungen für eine internationale Verständigung zu machen. Dabei stimmten sie in 12 Punkten überein. Die wichtigsten Thesen in Kurzform:

- Kriege sind nicht unvermeidlich.
- Frieden kann nur erreicht werden durch Abbau von Spannungen und durch Wandlungen in der Gesellschaft und im menschlichen Denken.
- Durch soziale Gerechtigkeit, durch Beseitigung wirtschaftlicher Ungleichheit können Spannungen abgebaut und bewaffnete Konflikte vermieden werden.
- Abbau von nationalen Mythen, freier Gedankenaustausch für die Friedensbereitschaft.

²⁾ Wehrkunde 6/69, Seite 282.

³⁾ Königsteiner Offizierbrief Nr. 34, März 1968, Seite 14.

- Eltern und Erzieher sollen in der sich wandelnden Welt wirksame Orientierungshilfen geben.
- Die UN-Organisationen sollen mithelfen, daß die Mittel der Massenkommunikation der unverzerrten Wahrheit dienen.
- Es gibt keine anlagemäßig minderwertigen Gruppen, daher haben koloniale Ausbreitung und Unterdrückung von Minderheiten aufzuhören.
- Sozialwissenschaftliche Untersuchungen dürfen nicht durch nationale, ideologische oder Klassendifferenzen getrennt oder von Politikern zu einseitigen Zwecken mißbraucht werden.
- Ökonomischer oder politischer Druck darf nicht auf die Sozialwissenschaftler ausgeübt werden. (Diese Forderung dürfte für alle Forschung zu gelten haben. – Anm. d. Red.).
- Breite regionale und internationale Zusammenarbeit von Sozialwissenschaftlern unter Verwendung von datenverarbeitenden Studien über Kultur, Erziehung und Ausbildung ist zu empfehlen.
- Nicht die Wissenschaftler (hier: Physik und Biologie), die Entdeckungen machen, sind verantwortlich, wenn diese zur Kriegführung mißbraucht werden, sondern die Kräfte, die darüber entscheiden, wie solche Erkenntnisse verwandt werden.
- Die Forscher müssen allen Völkern und Nationen klarzumachen versuchen, daß die Welt keineswegs der Ort sein muß, wo Menschen töten oder getötet werden.

Die bisher zu diesem Thema veröffentlichte Literatur ist inzwischen erheblich. Eine Übersicht über die dabei berührte Thematik reicht von der Geschichte des Krieges über das Verhältnis der gesamtgesellschaftlichen Bedingungen, dem Vergleich der Faktoren und Motive für Gewaltverbrechen und Krieg, über die Psychologie des Einzelnen und der Völker bis hin zum Anteil der Rüstungsgesellschaft an den Ursachen des Krieges und zu Untersuchungen der Biologie, Soziologie und Politologie.

Auffällig ist dabei, daß fast ausschließlich Autoren der westlichen Welt zu finden sind. Das ist bedauerlich, denn in der Praxis kann das heißeste Bemühen um Frieden eines Teiles dieser Weltbevölkerung nichts nutzen, wenn ein anderer Teil der Menschheit behauptet, daß nur seine politischen Denkgrundlagen die alleinige Wahrheit beinhalten und daß diese mit allen Mitteln, notfalls aber Krieg, verbreitet werden müßte. Leider wird dieser Denkunterschied bei allen Thesen und Theorien zu wenig oder gar nicht beachtet. Teilweise wird er geleugnet, oftmals verniedlicht oder überspielt. Dabei ist es von so großer Wichtigkeit, daß alle Friedensforschung realistisch betrieben wird. Es ist mir daher auch unverständlich, warum z. B. der Herausgeber des Buches „Friedensforschung“ in seiner Einleitung⁴⁾ zunächst behauptet, daß die Rüstungswirtschaft für die liberal-kapitalistische Gesellschaft eine Schlüsselfunktion einnehme, die durch Abrüstung beschränkt, zu Strukturkrisen führen müsse. Dann aber wörtlich fortfährt:

„Über den Zusammenhang von Rüstungswirtschaft und gesellschaftlich-ökonomischem Fortschritt in den sozialistischen und kommunistischen Staaten verfügen wir zur Zeit nicht einmal über zuverlässige Untersuchungen, weshalb – bislang jedenfalls – die Alternative unter diesem spezifischen, wenn

⁴⁾ E. Krippendorff, „Friedensforschung“, Seite 20.

auch alles andere als peripheren Aspekt eher spekulativ denn wissenschaftlich gesichert genannt werden muß; allerdings spricht vieles dafür, daß Rüstungswirtschaft und rüstungsabhängige Forschung in sozialistischen und kommunistischen Gesellschaften nicht jene Schlüsselfunktion innehaben, wie das für die kapitalistischen der Fall ist und daß eine Abrüstung dort auf strukturell qualitativ geringere Widerstände stoßen würde.“

Es gibt ernsthafte Wirtschaftswissenschaftler, die diese Behauptung widerlegen.

International Business Digest ⁵⁾ z. B. berichtet:

„Der prozentuale Anteil der sowjetischen Verteidigungsaufgaben von 13,2 bis 13,5 Prozent am Gesamthaushalt ist durchschnittlich sehr niedrig. Sachverständige sind allerdings der Ansicht, daß die tatsächlichen Aufwendungen für Verteidigungs- und Rüstungszwecke etwa doppelt so hoch sind wie die im Haushaltsplan ausgewiesenen Summen. Der Differenzbetrag ist in zahlreichen anderen Einzelplänen der verschiedenen Ministerien verborgen. Dazu gehören vor allem das Budget für wissenschaftliche Forschung, Schwerindustrie, Maschinenbau und Elektronik.“

Es ist unwissenschaftlich, von einem angenommenen Tatbestand bezüglich der kommunistischen, sozialistischen Länder, den der Autor selbst als wissenschaftlich nicht belegbar bezeichnet, eine These abzuleiten, die angesichts der Schwerpunktbildung in der wirtschaftlichen Gliederung des Ostblocks — geringerer Konsum, größere Rüstungsindustrie — kaum haltbar erscheint. Solche „Schlenker“ um den Sozialismus als Zukunftsentwicklung „salonfähig“ zu machen, erscheinen überflüssig, schaden diesem selbst und machen leicht dann ein so notwendiges Thema im Rahmen der Friedensarbeit unglaublich. Abgesehen davon, führen sie zu völlig falschen Schlußfolgerungen. In diesem Zusammenhang ist das Kapitel von Haas in seinem Aufsatz „Krieg und gesamtgesellschaftliche Bedingungen“ ⁶⁾ wichtig, wo er sich mit den marxistischen Theorien, aber auch mit den Unterschieden zwischen Marx und Lenin befaßt. Er führt dem Sinne nach aus: Marx und Engels gehen davon aus, daß am Ende der Geschichte als Produkt des dialektischen Prozesses ein Wirtschaftssystem steht, das friedlicher als seine Vorgänger ist, und das politisch durch das Fehlen jeglicher sichtbaren Staatsgewalt einfach keine herrschende Klasse mehr kennt, die Kriege führen könnte. Da dieser Weg naturgemäß sehr lange dauern würde, entwickelte Lenin die Theorie, den geschichtlichen Prozeß dadurch abzukürzen, daß man den Kapitalisten anderer Länder die Märkte stehlen müsse. Damit wären die kapitalistischen Länder gezwungen, Krieg um die Märkte zu führen und bereiteten sich so gegenseitig den Untergang. Nach dieser Zeit aber wäre der sozialistische Frieden erreichbar. Inzwischen hat diese Theorie in der Praxis keine Stützen gefunden. Es sind aber weiterführende Theorien über die Anwendung von Krieg entwickelt worden. Nachzutragen ist daher die heutige Auffassung der KPdSU. In den „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ ⁷⁾ und in „Grundlagen der marxistischen Philosophie“ ⁸⁾ ist definiert, was gerechte und ungerechte Kriege sind. Da-

⁵⁾ International Business Digest, Ausgabe Juli/August 1969, Seite 14.

⁶⁾ E. Krippendorff, „Friedensforschung“, Seite 45 ff.

⁷⁾ Dietz-Verlag, Berlin (Ost) 1960.

⁸⁾ Dietz-Verlag, Berlin (Ost) 1965.

nach ist der Krieg weiterhin ein Mittel der Politik. Der Krieg eines sozialistischen Landes, auch wenn er Angriffscharakter hat, ist nach der Lehre immer gerecht, weil sein Ziel darin besteht, die unterdrückten Klassen eines kapitalistischen Landes zu befreien.⁹⁾

Diese Voraussetzungen muß man einfach sehen. Theoretisch ist es sehr schön zu glauben, daß mit dem Wegfall sozialer Spannungen durch eine weltweite Herrschaft des Sozialismus das Ende aller Kriege gekommen sei, aber diese Hoffnung auf die Zukunft ist doch sehr gering angesichts z. B. der Besetzung der Tschechei. Da die freie Welt mit einer solchen Lösung nicht „ohne weiteres“ einverstanden wäre, zudem der sowjetisch-chinesische Konflikt ebenfalls beweist, daß auch Kriege unter sozialistischen Ländern denkbar sind, bleibt nichts anderes übrig, als durch intensive Forschung der Probleme Herr zu werden, zumal sich heute die Frage aufdrängt: Was ist Sozialismus? Es gibt ihn in russischer, chinesischer, jugoslawischer, tschechischer und kubanischer Version. Die Zeit drängt. Margaret Mead drückt das in ihrem Aufsatz „Die Psychologie des Menschen in einer Welt ohne Krieg“¹⁰⁾ so aus:

„Aber jetzt ist alle Hoffnung und damit alle Sicherheit gefährdet. Es droht nicht mehr allein individueller Tod oder die Opferung einer ganzen Armee oder die Zerstörung einer Zivilbevölkerung durch Bombenangriffe, nicht mehr nur der Verlust von Land oder die Zerstörung einer Zivilisation oder die Vernichtung aller Kunstwerke und aller Schönheit, die der Mensch hervorgebracht hat. Es droht die Vernichtung aller dieser Dinge zusammen.“

Da also ein Krieg, obwohl er jederzeit ausbrechen kann, keinem mehr Gewinn bringt (M. Mead¹¹⁾), ist es höchste Zeit, Frieden konsequent zu erforschen und zu planen, und das einschließlich der kommunistischen Staaten. Gerade die Aufstellung derjenigen, die sich mit Frieden befassen, zeigt ja doch deutlich, daß der Ostblock noch sehr „unterentwickelt“ ist. Es sei denn, er strebe eine „Pax Sovietica“ als Nachfolgerin der „Pax Romana“ oder der „Pax Britannica“ an. Und das wäre das Letzte, was diese Welt wünscht. Es wird also eine Aufgabe aller Diplomaten, Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftler und auch Soldaten sein, hier Anknüpfungspunkte zu suchen und zu finden.

Nicht zuletzt mit Hilfe der Historiker lassen sich auch so verheerende Falschinformationen als Grundlage von Fehlschlüssen vermeiden, wie sie der an sich renommierte Professor Georg Lukacs, heute Budapest, im Interview mit „Publik“¹²⁾ getan hat.

Er verlegt Stalingrad von 1942/43 auf 1941 und die Invasion von 1944 auf 1945, um darzutun, wie lange Rußland gegen den Faschismus wirksam gekämpft habe. So sei der Faschismus nur an der sozialistischen Sowjetunion gescheitert. Dabei unterschlägt er, daß England als erstes Land den Kampf gegen den Faschismus führte, zu einer Zeit, als Hitler und Stalin — wie es ein namhafter französischer Schriftsteller dieser Tage bezeichnete, — noch in „Banditeneintracht“ lebten. Churchill war es, der seinem Volk

⁹⁾ „Grundlagen der kommunistischen Ideologie“, Heft 9 der Schriftenreihe Innere Führung, Seite 74.

¹⁰⁾ Krippendorff, a.a.O., Seite 150.

¹¹⁾ ebd., Seite 147.

¹²⁾ „Publik“ Nr. 20 vom 16. Mai 1969

„Blut und Tränen“ im Kampf gegen die Nazis verließ, als sowjetische Eisenbahnzüge mit Getreide und Material aller Art das Nazireich noch pünktlich versorgten. Daß der Verlust des Afrika-Korps durch die Gefangennahme von fast 260 000 bestausgebildeter und ausgerüsteter Soldaten im Frühjahr 1943 und die Landung in Sizilien im Laufe desselben Jahres so viele Truppen vom Osten abzogen, daß Stalin leichter mitsiegen konnte, will man dort nicht mehr wahrhaben.

Diese scheinbare Abschweifung habe ich mir deswegen gestattet, um darzulegen, daß man beim Thema Friedensforschung den Historiker einfach nicht übergehen darf. Das ist ein Mangel, der mir dem Buch „Friedensforschung“ von E. Krippendorff anzuhaften scheint. Denn so kommt es tatsächlich dazu, daß von vielen Disziplinen dieses Thema Frieden aufgegriffen und vom Rande angegangen wird, weil es allen auf den Nägeln brennt – aber auch, weil es Mode ist. Das Ergebnis ist vielfach dann die Feststellung: „Sackgasse“. Nun ist ein alter medizinischer Grundsatz, daß man, wenn man eine Krankheit nicht eindeutig diagnostizieren kann, sich der Ausschließungsmethode zu bedienen habe. Da der geniale Gedanke zur Entwicklung zumindest einer Theorie des Friedens nicht gefunden zu sein scheint, sollten wir uns der Ausschließungsmethode bedienen. Das bedingt aber, daß wir, nachdem Soziologen, Politologen, sehr viel gute Arbeiten – auch schon rein mengenmäßig – geliefert haben, doch auch andere Fakultäten zur Mitarbeit „ermuntern“ müssen. Historiker, Juristen, Theologen, Wirtschaftler, Soldaten und Militärtheoretiker dürfen nicht fehlen. Vor allen Dingen gilt es, schon rechtzeitig sicherzustellen, daß nach der Erarbeitung von Ausgangsgrundlagen der Übergang von Theorien zu zukunftsweisenden Handlungen möglich wird.

Ansätze dazu, wie sie Dieter Senghaas in seinem Aufsatz „Zur Pathologie organisierter Friedlosigkeit“ im Kapitel „Die Kosten der Abschreckung“¹³⁾ im Hinblick auf die Entwicklung eines Weltsicherheitssystems anschnidet, sind wertvolle vorbereitende Gedanken. Nach Ansicht von Senghaas würden sich die Kosten eines Übergangs vom System der Abschreckung auf ein Weltsicherheitssystem unter Beibehaltung gewisser interner individueller Sicherheitsvorkehrungen auf etwa 43 Milliarden Dollar belaufen. Da zur Zeit nach dieser Berechnung die Weltrüstungsausgaben 113 Milliarden betragen, könnte man ca. 70 Milliarden Dollar einsparen. Solche Berechnungen erscheinen vielfach zunächst utopisch, doch lassen sich anhand solcher Berechnungen gute Vergleiche ziehen. Und vor allem sind sie eine – sofern sich bei genauester Prüfung ihre Richtigkeit erweist – Grundlage, auf der Politiker ihre Überlegungen aufbauen können. Denn in Ost und West, und vor allem auch in der Dritten Welt bedarf es sicherlich keiner langen Vorbereitungen, um dieses ungeheure Kapital, wenn es eingespart werden könnte, friedlichen Zwecken nutzbar zu machen.

Die wertvollen Ergebnisse auf Teilgebieten müssen noch um einen Aspekt erweitert werden, um die Fragen der gewaltlosen Aktion. Theodor Ebert spricht in seinem Buch „Gewaltfreier Aufstand“¹⁴⁾ im Untertitel „von der

¹³⁾ E. Krippendorff, „Friedensforschung“, Seite 239.

¹⁴⁾ Theodor Ebert, „Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg“, Verlag Rombach, Freiburg.

Alternative zum Bürgerkrieg“. Von dieser Art der Durchsetzung einer Auffassung gegen die verschiedenen Machtapparate ist in jüngster Zeit vielfach anlässlich der Besetzung der Tschechei die Rede gewesen. Noch ist ein klares Urteil nicht möglich. Es ist aber erstaunlich und dem Zeitgenossen vielfach verborgen, wie oft, wann und wo gewaltfreie Aktionen mit Erfolg angewandt wurden. Näher untersucht werden müßten in diesem Zusammenhang auch die Aktionen mit begrenztem Ziel, z. B. Protest der Atomgegner usw. Eberts Buch ist eine interessante Studie. Es ist ihm jedoch nicht gelungen, einen Idealtypus einer gewaltfreien Aktion herauszuarbeiten. Wegen der unterschiedlichen Vorbedingungen wird das wahrscheinlich auch niemals möglich sein. Und hier liegt Gefahr und Fehlerquelle für alle solche Kampagnen.

Dennoch ist das Werk Eberts ein Beitrag zur Entwicklung einer sozialwissenschaftlichen Theorie der gewaltfreien Aktion. Um dieses Forschungsgebiet mehr zu erhellen, wird es noch einer Anzahl weiterer Arbeiten auf diesem Gebiet bedürfen.

Eine außerordentlich entscheidende Frage wird es dann sein, ob es möglich ist – wenigstens in der Theorie –, Voraussetzungen und Möglichkeiten herauszuschälen, ob und wie gewaltfreie Aktionen ein Land zu schützen in der Lage sind. Heute, so muß der Realist bekennen, kann ausreichender Schutz durch gewaltfreie Aktionen noch in keiner Weise geleistet werden. Man vergleiche dazu die Schutzmaßnahmen Schwedens.¹⁵⁾

Sicher ist jedoch, daß damit der Boden des reinen Pazifismus verlassen wird. Gene Sharp sagt darüber in seinem Aufsatz „Das politische Äquivalent des Krieges – die gewaltlose Aktion“¹⁶⁾:

„Wer die Technik der gewaltlosen Aktion anwendet, muß kein Pazifist sein. Der hochgestochene Anspruch mancher Pazifisten, nur sie könnten gewaltlose Aktionen durchführen, mißachtet einfach historische Tatsachen. In einer überwältigenden Anzahl von Fällen waren sowohl die Teilnehmer als auch die Führer dieser Aktionen keine Pazifisten; häufig haben allerdings pazifistische Gruppen bei der Durchführung dieser Aktionen eine mehr oder weniger wichtige Rolle gespielt.“

Noch ist die Abgrenzung nicht einwandfrei, noch ist das Material zu wenig aufbereitet, um die gewaltlosen Aktionen in den Gesamtrahmen der Friedensforschung entsprechend einzuordnen. Sie müssen aber berücksichtigt werden. Insgesamt ist reinlich zu scheiden, unter welchen Umständen solche Aktionen stattfinden und welche Ziele erreicht werden sollen. So ist es zweifellos denkbar, daß eine „Gewaltlose Aktion“ in einem demokratischen Rechtsstaat allein durch die freie Presse eine Würdigung erfährt, die zu einem Umdenken der Regierung führt. In einer Diktatur, die alle Informationen hermetisch abriegelt, ist dieselbe Aktion zum Scheitern verurteilt, und als Mittel, auf außenpolitische Drohungen oder Erpressungen zu antworten, vielleicht völlig ungeeignet.

Hier will ich nicht weiter darauf eingehen. Ich möchte jedoch noch einmal Gene Sharp¹⁷⁾ zitieren:

¹⁵⁾ DIE WELT vom 15. 9. 1969.

¹⁶⁾ E. Krippendorff, Seite 493.

¹⁷⁾ ebd. Seite 478, 479.

„Der Begriff Pazifismus bezieht sich auf zahlreiche Glaubenssysteme von Personen und Gruppen, welche die Beteiligung an allen internationalen Kriegen oder Bürgerkriegen oder gewaltsamen Revolutionen ablehnen aus moralischen, ethischen oder religiösen Grundsätzen. Diese Gruppen fordern einen staatlichen Pazifismus in Form von totaler einseitiger Abrüstung. Dieses Programm gibt einzelnen Bürgern einen festen moralischen Standpunkt für ihre Argumentation, aber die Lösung des Kriegsproblems kann ihnen nicht gelingen, da ihr moralischer Standort sie die Welt des Politischen in einer verzerrten Perspektive sehen läßt. Viele Pazifisten neigen dazu, die Bedeutung echter Streitfragen in internationalen Konflikten zu ignorieren oder herunterzuspielen, wobei sie gerne den Absichten aggressiver Diktatoren eine möglichst optimistische Erklärung geben.“

Anhand von einer Reihe von Einzelerörterungen und Beiträgen aus zwei bedeutenden Büchern auf dem Gebiet der Friedensforschung habe ich versucht aufzuzeigen, daß all' das, was bisher auf diesem Gebiet getan wurde, hoffnungsvolle Ansätze sind. Daß sich dabei Fehlforschungen abzeichneten, schadet nicht in diesem frühen Stadium. Doch muß darauf hingewiesen werden, weil auf die Dauer solche Fehler den Wert dieser Forschung beeinträchtigen können. Vor allem aber, und ich betone es hier noch einmal, wie es auch der Verfasser des Buches „Friedensforschung“ herausstellt, muß die Friedensforschung auf eine breitere Basis gestellt werden. Gerade der Historiker und der Völkerrechtler müßte hier zu Wort kommen. Es sollte daher auch alles getan werden, die Pläne der Max-Planck-Gesellschaft, die die Aktivierung der Zukunfts- und Friedensforschung unter Leitung von Prof. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker anstreben, zu unterstützen.¹⁸⁾

Der Gedankengang, den Bundespräsident Heinemann in seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969¹⁹⁾ darlegte, deutet in die gleiche Richtung:

„Hilfreich wäre es, wenn auch wir der Friedensforschung, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also zum Beispiel auch den sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden.“

Der KOK hat, so glaube ich, hier Vorarbeit geleistet. Die These von Königstein²⁰⁾ ist damit als Ausgangsbasis bestätigt:

„Der Zustand des Nicht-Krieges ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung eines partiellen Friedens. Er beruht in der Gegenwart auf dem Gleichgewicht der Kräfte. Dazu hat das militärische Potential einen wesentlichen Beitrag zu leisten.“

Es gilt nun, unter Zusammenfassung aller infrage kommenden Fachrichtungen die Friedensforschung zu aktivieren. — Dabei denke ich noch nicht einmal in erster Linie an eine Art behördlicher Institutionen, die vielleicht doch von dem einen oder anderen — auch staatlichen — Geldgeber abhängig sein könnten, als vielmehr an freie Forschung an allen Hochschulen und viel-

¹⁸⁾ Der SPIEGEL Nr. 15, vom 7. 4. 1969.

¹⁹⁾ „Information für die Truppe“, Heft 8/69, Seite 532.

²⁰⁾ Königsteiner Offizierbrief, Heft 34, März 1969, Seite 14.

leicht eines Tages an den Ausbau oder Zusammenschluß vorhandener Einrichtungen zu einer „Stiftung Friedensforschung“. Inzwischen aber sollten alle irgendwie betroffenen Ministerien, z.B. Innen-, Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Forschungsministerium, forschungsnahe Kontaktreferate einrichten, um orientiert zu sein und orientieren zu können. Dasselbe sollten Institutionen wie die Kirchen, Gewerkschaften und Industrieverbände tun. Das Parlament müßte eine ständige Kontaktstelle einrichten. Die an einigen Stellen bestehenden Abrüstungsreferate könnten leicht um ein Friedensreferat ergänzt und damit positiviert werden.

So würde sichergestellt, daß, da Frieden unser aller Anliegen ist, die Friedensforschung eine Aufgabe der Besten und vom Experimentierfeld weniger Außenseiter zu einer anerkannten, interdisziplinären Wissenschaft wird, der sich viele mutige, begeisterte und fachlich versierte Forscher mit Freude widmen. Dann wären wir einen Schritt weiter auf dem Wege zur Bewältigung der Probleme und Spannungen unter den Völkern.

Bis zu einer praktischen Lösung bestehender Konflikte, das heißt bis es gelingen wird aus einer brauchbaren Theorie eine praktikable, risikoarme Lösung für Krisen aller Art zu entwickeln, wird leider noch eine längere Zeit vergehen.

Bis zu diesem Zeitpunkt beruht der derzeitige partielle Frieden wesentlich auf dem Zustand der Abschreckung. Man mag es bedauern, aber da nun einmal in unserem Leben die Tat mehr ist als die Theorie oder gar Utopie, kann man nicht umhin festzustellen, daß unter den gegebenen politischen Umständen unser Soldat — nicht zuletzt durch eine wirksame Kontrolle und ein Bündnis mit anderen friedliebenden Staaten — der einzige wirkliche Friedenskämpfer ist. Nur unter seinem Schutz können überhaupt Friedensforschung und Friedensdienste aller Art gedeihen. Auch an diesen Realitäten darf man nicht vorbeigehen.

Meine moderne Kirche

Die Kirchenanlage in Zell-Pfarre/Kärnten

— Eine Synthese zwischen Gestern und Heute —

Wer für Probleme des Kirchenbaues aufgeschlossen ist und anlässlich eines Urlaubs in Kärnten in der Gegend von Klagenfurt weilt, sollte nicht versäumen, das kleine Bergdorf Zell-Pfarre am Fuße der Koschuta in den Karawanken zu besuchen.

Eine zwar schmale, aber relativ gute Straße, die auch vom Post-Bus benutzt wird, führt von Ferlach aus über eine Entfernung von 11 km hinauf auf etwa 1000 m zu dem kleinen Ort. Seine Lage am Fuße der steilen Wand des blau-grauen Koschutamassivs, umgeben von dunkelgrünem Tannenwald, Bergwiesen und Almen, ergibt ein außerordentlich reizvolles Bild von herber Schönheit. Schon allein deshalb lohnt ein Besuch, zumal hier noch die Stille wohnt und Touristenrummel noch nicht bis hierher vorgedrungen ist. Aber ich wollte nicht nur von der landschaftlichen Schönheit dieses kleinen, abseits gelegenen Dörfchens berichten, sondern von seiner Kirchenanlage. Denn dieser kleine Ort besitzt, zu einer Gesamtanlage vereinigt, zwei Kirchen: eine kleine, jahrhundertealte Dorfkirche und unmittelbar daneben, als Neubau für die offensichtlich zu klein gewordene alte Kirche, ein hochmodernes Gotteshaus, mit allen Attributen moderner Bauweise. Beide Bauwerke sind durch einen weiträumigen, viereckigen Platz miteinander verbunden, den man über eine Freitreppe erreicht.

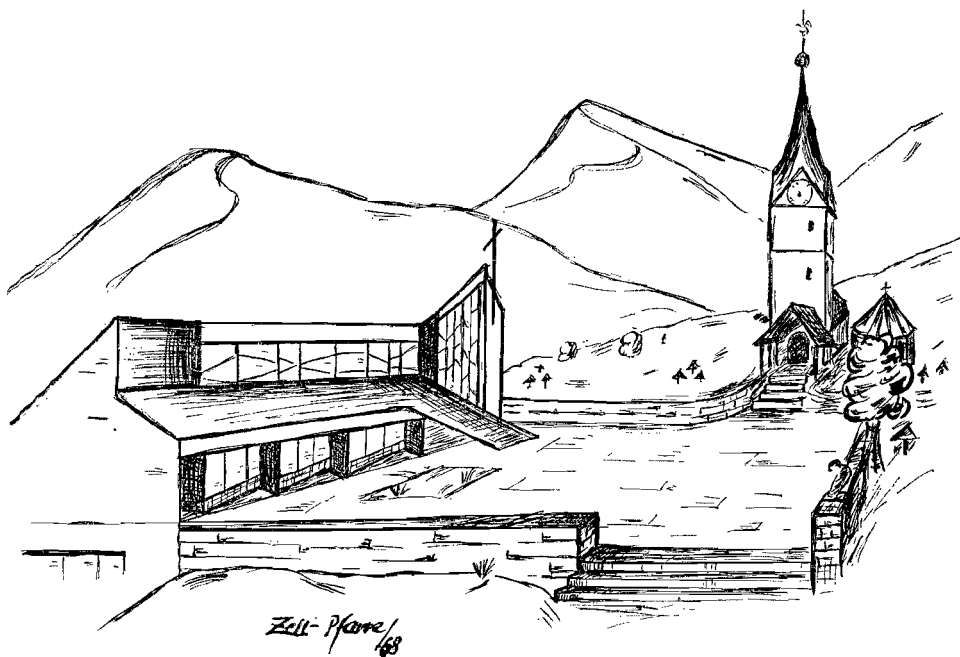
Dem Besucher, der über einen verhältnismäßig steilen Fußweg zwischen den Anwesen der Bergbauern hindurch unvermutet auf diese Freitreppe trifft, bietet sich ein Bild, das wegen seiner architektonischen Kühnheit überrascht — vielleicht sogar schockiert.

Zur Linken, hangabwärts, steht die neue Kirche: weiße Mauern, große Fenster, lichtdurchflutet, völlig asymmetrisch in ihren Konturen, hoch aufgerichtet und scharfkantig die Apsis. An ihrer Spitze ist ein übergroßes Kreuz angebracht, grob-schmiedeeisern, schmucklos, aber den gesamten Baukörper beherrschend und in der Art seiner Anbringung geradezu herausfordernd. Der Blick wandert über den mit großen Steinplatten ausgelegten Kirchplatz, auf den alle Türen und Fenster der neuen Kirche hin angelegt sind, hinüber zur alten Kirche, deren Eingang man vom Kirchplatz aus über eine kleine Treppe erreicht: bescheiden grau und unauffällig das Bruchsteinmauerwerk, kleine Fenster, gedrungen der Turm, dem man seine Verwendung als letzte Zufluchtstätte in gefährvollen Zeiten für die wenigen Familien des Ortes noch ansieht. Das Ganze ist nicht etwa ein kunstgeschichtliches Denkmal besonderer Prägung. Schlicht, klein und schmucklos, aber fest, fast trutzig, bietet sich die Kirche dem Auge des Beschauers und bietet dabei doch ein Gefühl der Sicherheit, der Geborgenheit.

Das weit geöffnete Portal lädt zum Eintreten und kurzen Verweilen.

Dämmeriges Licht erfüllt die Kirche. Der Hauptaltar und die beiden Nebentaltäre sind barock-holzgeschnitzt, wie vielfach in den Bergdörfern. Die Farben der Figuren sind verblaßt, ihnen fehlt die Eleganz und das Spielerische des Barock. Sie sind schwerer und kräftiger gearbeitet, eben — bäuerlicher. Die aus massiver Eiche gearbeiteten Sitz- und Kniebänke sind vom langen Gebrauch in den vergangenen Jahrhunderten schief und abgewetzt. Die ausgetretenen Fußbodenplatten liegen nicht mehr waagerecht, und die beiden Steinsäulen, die die winzige Empore tragen, stehen nicht mehr im Lot. Und doch hat man den Eindruck, daß trotz des Schiefen, des Abgewetzten und farblich Verblaßten alles in diesem Kirchenraum sehr fest steht und auch jetzt noch in der Lage wäre, vielem zu trotzen. Dieser Raum erscheint wie ein Symbol der religiösen Welt des Festgefügtten, der gesetzten und gelebten Normen: Zeichen einer Religiosität, die sich anschickt, Vergangenheit zu werden — und hier offenbar schon wurde.

Einen ganz anderen Eindruck vermittelt die neue Kirche. Sie ist weit und geräumt, von hellem Licht durchflutet, jeder Winkel auf seine Funktion hin zweckmäßig angelegt. Nichts in dieser Kirche lenkt den Blick ab vom Mittelpunkt, dem Altartisch aus schwerem, schwarzen Granit. Auf ihn hin ist alles zugeordnet. Trennendes oder auch nur Ablenkendes fehlt. Es ist sofort spürbar: dieser Kirchenraum ist auf das Wesentliche, auf seinen Ursprung zurückgeführt, nämlich Raum zu geben für die Feier des Brotbrechens, zu der sich eine Gemeinschaft in brüderlicher Liebe versammelt. Gleichwohl



kommt auch in diesem Raum ein Gefühl von Wärme und Geborgenheit auf. Es ist alles so viel klarer, unmittelbarer, wenn auch strenger. Dieser Raum spricht an, im wahrsten Sinne des Wortes. Er fragt und fordert Antwort mit „Ja“ oder „Nein“. Ausweichmöglichkeiten sind nicht eingebaut. Abschweifen auf Nebensächliches, Tarnung in Nischen und hinter Säulen ist nicht möglich. Ein Schriftsteller bezeichnete einmal die Barockkirchen des Südens als Festsäle, als Ballsäle für Engel. In den Kirchen des Nordens, geprägt von strenger Backsteingotik, sei Gottesdienst ein Dienst, im Süden ein Fest. Für die Definition dessen, was dieser Kirchenraum ausdrückt, sind wohl beide Begriffe nicht recht anwendbar. Denn keine der in und an dieser Kirche erkennbaren Formen — außer seinem Zentralpunkt, dem Altartisch aus Granit — passen in Schablonen bisheriger Vorstellungen. Symbol unserer Zeit?

Wiederum auf dem Kirchplatz stehend, ist erkennbar, wie die Gräberreihen des Friedhofs von der alten Kirche hinüberreichen zu dem neuen Gotteshaus. Und in der Betrachtung dieses Bildes löst sich dann wie von selbst der vielleicht anfänglich empfundene Schock: hier ist einem begnadeten Architekten und einer aufgeschlossenen Gemeinde eine Symbiose zwischen dem Gestern und Heute gelungen, wie sie schöner nicht hätte ausgedrückt werden können. Das Alte wurde nicht abgerissen, zerstört, nivelliert, sondern unverändert erhalten. Im Neuen wurde aber auch kaum etwas von ihm übernommen. Beide Welten bleiben erkennbar, unverfälscht und unvermischt. Doch sie schließen einander nicht aus. Sie bleiben einander verbunden und zugewandt, das Eine als logische Fortsetzung des Anderen. Am Treppenaufgang zum Kirchplatz hat die Gemeinde ihren Gefallenen ein schlichtes Denkmal gesetzt: unter einer symbolischen Figur, Schmerz und Trauer ausdrückend, eine Tafel mit den Namen der Gefallenen. Es hätte kein besserer Platz hierfür gefunden werden können. Jeder, der den Weg zum Gotteshaus nimmt, muß hier vorüber. So bleibt das Opfer der Gefallenen inmitten der Gemeinde wach, unaufdringlich zwar, doch beständig: nicht Erinnerung nur, sondern Mahnung beim Betreten und Verlassen dieser Stätte.

Um wesentliche Erkenntnisse reicher, verläßt der Besucher diese Kirchenanlage. Er muß feststellen, daß eindrucksvolle Kompositionen moderner Architekten nicht nur in Großstädten zu finden sind, sondern auch abseits vom großen Getriebe. Vielleicht ist aber gerade deshalb der Aussagewert solcher Anlagen höher, weil sie unmittelbarer wirken.

Absolute Verweigerung und absolute Utopie

Zur Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie von Herbert Marcuse

Bei den derzeitigen Auseinandersetzungen an unseren Universitäten treten die eigentlichen Fragen der Universitäts- und Studienreform immer mehr in den Hintergrund. Das kann um so weniger verwundern, als viele dieser Fragen bereits seit 1930 diskutiert werden und entsprechende Maßnahmen und Reformen längst überfällig sind. Einem Teil der studentischen Wortführer geht es auch gar nicht um diese Reformen, sondern um die Revolutionierung der gesamten Gesellschaft, bei der den Studenten die entscheidende Rolle zufallen soll. Dabei haben diese Wortführer insofern leichtes Spiel, als die ständig anwachsende Zahl der Studenten diese zunehmend in eine Masse verwandelt, die, einer großen Wanderdüne vergleichbar, durch suggestive Parolen leicht in die eine oder andere Richtung bewegt werden kann, ganz abgesehen davon, daß sich manches, was an sich nur Unfug, verständliche Kompensation oder ein Abreagieren ist, mit einigem Geschick politisch nutzen läßt.

Es gibt nun freilich auch noch tiefere Ursachen, die hier wirksam geworden sind und gerade den geistig wachen Studenten in eine notvolle Situation bringen können. Daß man die Vertreter der Einzelwissenschaften als „Fach-idioten“ qualifizierte, entsprang nicht nur jener selbstgefälligen Überheblichkeit, die einem in manchen studentischen Manifesten begegnete, sondern hatte seine Gründe. Auf seine eigentlichen Lebensfragen geben die Einzelwissenschaften oder Fächer, denen der Student sich jeweils widmet, keine Antwort. Man könnte fragen, ob eine entsprechende Antwort, bei der es sich immer um eine Sinndeutung des menschlichen Daseins handelt, von seiten der Wissenschaft überhaupt gegeben werden kann, zumal dann, wenn sich die Wissenschaft mehr als Bestandsaufnahme denn als Deutung versteht. Soweit man aber tatsächlich glaubte, die Wissenschaft müsse und könne die letzten Antworten liefern, schlug nun die Stunde für alle jene alten oder neuen, angeblich wissenschaftlichen Entwürfe, die eine totale Welterklärung anzubieten hatten, eine Welterklärung, welche auch den gesamten Verlauf der Geschichte einschloß. Von daher erklärt sich die große Anziehungskraft, die auf einmal das Denken von Hegel und Marx auf viele junge Menschen gewann, denen die Erfahrung der Selbsteröffnung und Selbsterschließung Gottes in der geschichtlichen Offenbarung fremd geblieben war. Es war nicht so sehr die angebliche wissenschaftliche Überprüfbarkeit und Haltbarkeit der einzelnen Thesen, sondern die Totalität und der allumfassende Charakter des kühnen Entwurfs, von dem die Anziehungskraft ausging. Hatte man aber in einem solchen totalen, angeblich wissenschaftlichen Entwurf erst einmal Anfang und Ende der gesamten Geschichte

in den Griff bekommen, so wußte man auch um ihren Gang im einzelnen und die notwendigen Prozesse und Veränderungen. Aus den Auseinandersetzungen um die Hochschulereform erwuchs so für einzelne Gruppen mit einer gewissen Folgerichtigkeit der Versuch einer notfalls revolutionären Veränderung der Gesellschaft.

Absolute Verweigerung und Negation

Diese Entwicklung mußte sich verstärken in dem Maße, in dem den Studenten ihre schwierige Situation als durch die Gesellschaft verschuldet und unnötig aufrechterhalten erklärt wurde und man ihnen andererseits die entscheidende Rolle bei der Eröffnung einer ganz neuen Welt zusprach. Diese Deutung fanden die Studenten bei Herbert Marcuse⁴⁾. Dieser Soziologe und Sozialphilosoph machte ihnen klar, daß eine in sich blinde, nur mit der immer erneuten Herstellung und Reproduktion ihrer trübseligen, alles unterdrückenden, repressiven Verhältnisse beschäftigte Gesellschaft ihre Freiheit ungerechtfertigt beschränke, die Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse verhindere und ihre gesunden Triebe unterdrücke. Die besondere Gefährlichkeit dieser Gesellschaft, die Herbert Marcuse als ein totalitäres Universum beschreibt, besteht nach ihm darin, daß sie sich dank technischem Fortschritt und großer Produktivität der offenen Gewalt und des Terrors nicht mehr zu bedienen braucht. Auf der doppelten Basis einer überwältigenden Leistungsfähigkeit und eines sich erhöhenden Lebensstandards integriert sie alle abweichenden oder widerstrebenden Kräfte, verleibt sie sich mühelos alle Opposition und alle Alternativen ein. Das gilt für die industrielle Gesellschaft der kapitalistischen wie der sozialistischen Länder. Der künstlich aufrechterhaltene Gegensatz zwischen diesen beiden Machtgruppen dient den Machthabern nur als willkommene Rechtfertigung für die immer tiefer greifende Mobilisierung und Integration aller gesellschaftlichen Kräfte und die Unterdrückung des Individuums. Ihr Wettlauf aber um eine Steigerung des Lebensstandards führt beide in die gleiche falsche Richtung, hat nicht nur die Befriedigung, sondern auch die Lenkung und Verfälschung der Bedürfnisse zur Folge und bringt den Menschen um die Entfaltung seiner individuellen Möglichkeiten.

In den hochindustrialisierten Ländern hat nach der Ansicht von Herbert Marcuse dieser Prozeß die Arbeiterklasse bereits weithin integriert. Einer komfortablen, reibungslosen und vernünftig erscheinenden Unfreiheit verfallen, ist von dieser Arbeiterschaft nicht mehr der revolutionäre Umbruch und die notwendige Befreiung des Menschen zu seinen wahren Möglichkeiten zu erwarten. An die Stelle der Arbeiterklasse müssen deshalb jene Gruppen treten, die am Rande der Gesellschaft stehen, die Ausgestoßenen, Entrechteten und Verachteten, soweit sie von der Gesellschaft noch nicht völlig aufgesogen sind, aber auch diejenigen, die durch den Neokolonialismus und die Rassendiskriminierung zu Opfern der industriellen Gesellschaft wurden. In diesem Zusammenhang stößt nun Herbert Marcuse auch auf die in die Gesellschaft noch nicht völlig integrierte Gruppe der Studenten, und

⁴⁾ Herbert Marcuse, geb. 1898 in Berlin, emigrierte 1933 nach Genf, ging 1934 von dort in die Vereinigten Staaten, wo er heute als Professor für Philosophie und Politik tätig ist. Nicht zu verwechseln mit dem Literaturwissenschaftler Ludwig Marcuse.



Agyei
Henaku
1960



umgekehrt entdecken die Studenten Herbert Marcuse und übernehmen bereitwillig jene Rolle, die seiner Theorie zufolge unter den gegenwärtigen Umständen die einzige für freie Menschen noch mögliche und sinnvolle ist, nämlich die Rolle der absoluten Verweigerung und Negation. Nur durch den radikalen Protest kann man angeblich das totalitäre System der Gesellschaft noch durchbrechen und in Richtung auf neue Möglichkeiten überschreiten, und nur in der Negation des Bestehenden kann man sich noch Individualität und Freiheit wahren. Die Sympathie der studentischen Anhänger von Herbert Marcuse gehört nicht mehr einem revisionistischen oder liberalen Sozialismus. Sie gilt vielmehr der Kulturrevolution in China, den Truppen des Vietkong und den kleinen Partisanengruppen Lateinamerikas. Einleitend schon muß hier einem Mißverständnis vorgebeugt werden. Marcuse spricht sehr oft von den Entrechteten und Verachteten, von den Opfern der Gewalt. Um Menschenrechte im herkömmlichen Sinn, um einen ethischen Maßstab, um ein Ideal, das gleichsam von außen an einen Vorgang und an Verhältnisse anzulegen und zu verwirklichen wäre, ist es ihm dabei aber nicht zu tun und noch weniger um konkrete Hilfe und Linderung. Das alles würde nach ihm das bestehende System nur noch mehr befestigen und zu seiner Rechtfertigung dienen, und deshalb hat es zu unterbleiben. Sinnvoll ist nur die absolute Verweigerung oder, wie Marcuse es ausdrückt, die Weigerung, weiter mitzuspielen. Die absolute Verweigerung, die das bestehende System sprengen und eine neue Welt herbeizwingen soll, sieht vom einzelnen Menschen, vom Anspruch des Nächsten völlig ab und ist, hat man nicht einen in einer neuen Welt erst noch zu schaffenden Menschen, sondern den Menschen hier und jetzt im Auge, letztlich Ausdruck einer tiefen Unmenschlichkeit. Diese Art Unmenschlichkeit ist aber allem utopischen Denken eigen, für das nun einmal nur die vollkommene Welt der Zukunft zählt, der gegenüber die unvollkommene Gegenwart keinen Wert und kein Recht besitzt und der einzelne auch keine Grundrechte, die er einklagen könnte. So sind letztlich die Entrechteten und Verachteten für Marcuse nur gut genug, dank ihrer Stellung außerhalb der Gesellschaft den revolutionären Prozeß in Gang zu setzen, an dessen Ende dann die eigentlich menschlichen Zustände und der eigentliche Mensch stehen werden. Im Anschluß an Herbert Marcuse muß man jenen Künstlern Konsequenz bescheinigen, die durch Signierung von Gebrauchsgegenständen oder bei Versteigerungen die Anschaffung von Handgranaten für den Vietkong betrieben. Dagegen kann man, nimmt man Marcuse ernst, nur mit einer abschätzigen Geste das Schicksal jener deutschen Ärzte abtun, die unter Verzicht auf persönliche Chancen und unter größten Opfern in Südvietnam zu helfen suchten, um dann am Ende vom Vietkong durch Genickschuß getötet zu werden. Es ist sehr bezeichnend, daß Lebensweg, innere Einstellung und Schicksal des Arztes Horst Günther Krainick, einer der in Hue ermordeten deutschen Ärzte, kaum ein Echo gefunden oder einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben, am allerwenigsten da, wo man am lautesten nach dem Engagement ruft und beständig über die Vergangenheit zu Gericht sitzt.

Zwischen den deutschen Studenten und Herbert Marcuse kam es zur entscheidenden Begegnung erst bei seinem mit der Teilnahme am 15. Deutschen Soziologentag in Heidelberg verbundenen Deutschlandaufenthalt von 1964. Erst von da an gewinnen seine Schriften in Deutschland eine breitere Leserschaft und erscheinen auch, soweit sie in englischer Sprache abgefaßt

sind, in deutscher Übersetzung²⁾. Marcuse bedient sich einer hochgradig reflektierten Sprache und einer immer wieder scharfsinnig unterscheidenden Begrifflichkeit, welche die Lektüre seiner Veröffentlichungen nicht leicht macht. Die Frage ist aber, ob demgegenüber seine eigentlichen Voraussetzungen nicht sehr naiv sind, seine Gewährsmänner, unter denen die entscheidende und alles bestimmende Rolle Sigmund Freud einnimmt, fragwürdig. Die zugespitzten Formulierungen, die Häufung von Worten, wo es um die Herausstellung von Gegensätzen geht, erscheinen wie der Ersatz für revolutionäre Aktion. Im Folgenden können seine Positionen nur mit wenigen Strichen umrissen und nur die wesentlichsten Thesen diskutiert werden.

Toleranz und Intoleranz

Die meistgelesene und einflußreichste Veröffentlichung von Herbert Marcuse dürfte sein Aufsatz über „Repressive Toleranz“³⁾ sein. In diesem Aufsatz fanden sich seine Anhänger dargestellt und bestätigt als die verachtete, unterdrückte und Gewalt erleidende Minderheit; aber zugleich auch als die kleine, auserwählte Schar der Wissenden, in denen allein sich der Fortschritt und der Sinn der Geschichte verkörpern, und denen deshalb eigentlich alle Gewalt und alles Recht zufallen sollte, weil sie dazu bestimmt sind, eine vollkommene Welt herbeizuführen. Was zunächst ins Auge fällt, ist die Nähe zu den „Erlösten“ und „Vollkommenen“ jener Sekten, mit denen es die frühe Christenheit zu tun hatte; Sekten, denen diese Welt, die Schöpfung, wie sie vorgefunden wird, als zutiefst schlecht erschien und als etwas, was der Mensch von sich aus überwinden könnte. Kennzeichnend ist nun, daß für diese Minderheit, wie Marcuse sie beschreibt, die in den Demokratien westlicher Prägung geübte Toleranz, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Möglichkeit, andere zu überzeugen, nicht ausreicht. Nach der Ansicht von Marcuse, weil es sich bei dieser Toleranz in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft nur um eine unterdrückende, „repressive“ Toleranz handelt, in Wirklichkeit aber, weil der Anspruch der von ihm so nachdrücklich herausgestellten und mit einer beinahe religiösen Sendung bedachten Minderheit notwendig ein totaler ist.

Was ist nun mit dem Ausdruck „repressive Toleranz“ gemeint? In den Demokratien westlicher Prägung duldet das Volk die Regierung, die Regierung ihrerseits duldet im Rahmen der Verfassung die Opposition. Diese Tolerierung dient nur der Befestigung des bestehenden Systems und der Abweisung aller Versuche, das System zu ändern. Im Rahmen der Bestehenden, unter Einhaltung der Spielregeln gleichsam, kann es zu den notwendigen Veränderungen nicht kommen. Die Toleranz, die hier geübt wird, führt nämlich nach Marcuse auch zur Duldung der allgemeinen Verdummung durch die Massenmedien und Kommunikationsmittel, zur Tolerierung

²⁾ Seine wichtigsten Schriften, jetzt leicht zugänglich in der Reihe „Soziologische Texte“ (Luchterhand-Verlag): Bd. 13 (Vernunft und Religion. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie), Bd. 22 (Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus), Bd. 40 (Der eindimensionale Mensch); in der „Bibliothek Suhrkamp“: (Triebstruktur und Gesellschaft), und in der „Edition Suhrkamp“: Bd. 101 (Kultur und Gesellschaft. Gesammelte Aufsätze, Bd. 1), Bd. 135 (Kultur und Gesellschaft, Bd. 2), Bd. 181 (Kritik der reinen Toleranz. Drei Beiträge von Robert Paul Wolff, Barrington Moore und Herbert Marcuse).

³⁾ „Edition Suhrkamp“, Bd. 181 (Kritik der reinen Toleranz), S. 93–128.

des Betrugers durch die Reklame und der geplanten Verschwendung. Was hier an Teilfreiheiten gewährt wird, und dazu rechnet Marcuse auch politische Rechte wie das der freien Wahlen, dient nur dazu, ein System der Knechtschaft zu verdecken. Wirkliche Freiheit bedeutet für den Menschen radikale Selbstbestimmung, die einzig und allein auf der Basis der Vernunft zu erfolgen hat. Um dem Menschen diese Selbstbestimmung zu ermöglichen, muß man ihn nach Marcuse erst von aller Fremdbestimmtheit, von allen äußeren, geschichtlichen Bedingtheiten befreien, zum Beispiel von der Notwendigkeit, zwischen den eigenen, besonderen und den allgemeinen Interessen immer wieder mühsam einen Kompromiß zu schließen, einer Notwendigkeit, die den Menschen an Institutionen versklavt. Der Mensch, der Subjekt der Freiheit sein könnte, und jene in einer vollkommenen Harmonie des Miteinander lebende Gesellschaft, in der sich besondere und allgemeine Interessen decken, sind nach Marcuse noch nicht gegeben, sondern erst einmal zu schaffen. Um diese Änderung herbeizuführen, hat an die Stelle der „repressiven“, unterdrückenden Toleranz die „subversive“, befreiende Toleranz zu treten. Die Verpflichtung oder auch nur die Möglichkeit, durch Vernunft und Überzeugung aus einer Minderheit zur Mehrheit zu werden, scheidet nach Marcuse völlig aus. Erst eine „Gegenerziehung“, welche alle vorangegangenen Einflüsse beseitigt, kann diese Möglichkeit wieder eröffnen. Die Erziehungseinrichtungen müssen also notwendig politisch, die „subversive“, befreiende Toleranz muß parteilich sein, d. h. intolerant gegen alle regressiven und konservativen Kräfte, die den Menschen gegen bessere Lebensformen immun zu machen suchen. Man muß diesem „falschen Bewußtsein“ nach der Ansicht von Marcuse entgegentreten, indem man all jenen Bildern und Werten ein Ende bereitet, die dieses falsche Bewußtsein nähren könnten. Zur „erzieherischen Diktatur“, die Marcuse fordert, würde auch gehören, daß Gruppen und Bewegungen die Rede- und Versammlungsfreiheit entzogen wird, die sich einer Ausweitung öffentlicher Dienste, medizinischer Fürsorge oder soziale Sicherheit widersetzen. Die Gewalt, die hier zur Anwendung kommt, ist für Marcuse von wesentlich anderer Art als die Gewalt früherer Systeme, denn diese Gewalt liegt in der Logik der Geschichte, die den Fortschritt verlangt. So fordert er denn auch, daß der linke, fortschrittliche Radikalismus gegen den rechten Radikalismus geschützt wird.

Es ist bereits deutlich geworden, daß der entscheidende Maßstab, an Hand dessen hier über die Gewährung von Toleranz, von Freiheiten, letztlich von Grundrechten und Menschenrechten entschieden wird, der materielle Fortschritt ist. Die Unterscheidung zwischen wahrer und falscher Toleranz, berechtigter und ungerechtfertigter Gewährung von Grundrechten läßt sich nach Marcuse auf empirischem Boden treffen. Es geht ja lediglich um die rationalste Weise der Nutzung aller verfügbaren geistigen und materiellen Kräfte im Dienste des Fortschritts, d. h. um die bestmögliche Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Was hier möglich und deshalb auch geboten ist, läßt sich messen und abschätzen, und entsprechend ist auch die Richtung auszumachen und zu bestimmen, in der Institutionen, Praktiken, Meinungen, letztlich die Menschen selber zu verändern sind. Für Marcuse hat der Begriff des „Seeleningenieurs“ auch seine positive Funktion und Berechtigung. Es kommt nur darauf an, in wessen Dienst er steht. Sind aber die Gegebenheiten und Wirklichkeiten, deren der Mensch bedarf, wirklich

so einfach zu bemessen und verfügbar, wie Marcuse will, und sind sie, worauf bei ihm letztlich alles hinausläuft, nur materieller Art?

Marcuse wird nicht müde, die Manipulierung des Individuums durch die gesellschaftlichen Mächte zu beschreiben, wobei er nachdrücklich für das Individuum jede Möglichkeit bestreitet, sich durch Bezug auf absolute Werte dieser Manipulierung zu entziehen und sich anders zu orientieren. Die von ihm herausgestellte und mit dem Auftrag der erzieherischen Diktatur bedachte Minderheit, bei der es sich nicht um irgendwie legitimierte Repräsentanten zu handeln braucht, nimmt aber eine noch viel größere Verfügungsgewalt über das Individuum für sich in Anspruch, und da sie, gleichsam außerhalb aller geschichtlichen Bedingtheit stehend, sozusagen allein im Besitz der Vernunft ist, ist jedem Einspruch gegen sie der Boden entzogen. Es ist die Elite, die einer vorläufig noch böswillig verstockten Mehrheit, einem dumpfen Kollektiv gegenübersteht. Was sich hier unverkennbar meldet, ist der Ekel des Intellektuellen gegenüber Mehrheit und Masse, wie ihn Marcuse mit John Stuart Mill ⁴⁾ teilt, den er häufig zitiert.

Der englische Philosoph Bertrand Russell, bekannt als Förderer vieler humanitärer Bestrebungen, hat einmal die Frage aufgeworfen, ob es erlaubt wäre, ein bestimmtes Volk, etwa die Juden, umzubringen, wenn als Folge eine bessere Welt entstehen würde. Russell hielt eine solche Maßnahme unter diesen Umständen für erlaubt. Einschränkend bemerkt er allerdings, daß diese bessere Welt nach einer solchen Maßnahme wohl eher eine Hölle wäre. Das ist dann aber schon eine Abschätzung konkreter Folgen und nicht mehr eine grundsätzliche Frage. Die Antwort rückt vom Grundsätzlichen und Vorgegebenen ab und gerät in die Nähe dessen, was Marcuse „Fortschrittskalkül“ nennt. Die Gefahr, die sich bei Russell im Hintergrund abzeichnet, ist bei Marcuse kaum zu übersehen, daß nämlich der konkrete Mensch hier und jetzt kein Recht hat gegenüber einer geforderten und noch ausstehenden, angeblich vollkommenen Welt, und daß die Zukunft jedes Opfer fordern darf.

Karl Marx und Sigmund Freud

In seiner Abhandlung über „Repressive Toleranz“, der hier vornehmlich unsere Aufmerksamkeit galt, ging Marcuse von einigen Voraussetzungen aus, die für seine Theorie ganz wesentlich sind, so zum Beispiel von der Möglichkeit, besondere und allgemeine Interessen ohne Kompromiß zur Deckung zu bringen, und von der Notwendigkeit den Menschen von allen Institutionen zu befreien, die ihn ausrichten oder überformen. Diese Voraussetzungen weisen auf Karl Marx und Sigmund Freud, von denen Marcuse abhängig ist.

Die Kräfte des Fortschritts und der notwendigen revolutionären Änderung lassen sich nach Herbert Marcuse nicht mit einer gesellschaftlichen Klasse gleichsetzen, die aufgrund ihrer materiellen Lage von falschem Bewußtsein frei wäre. Er sieht sie über die Gesellschaft zerstreut als kleine Minderheiten und isolierte Gruppen. Hier liegt nach der Auffassung der Kommunisten, die an die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse glauben, der

⁴⁾ Englischer Philosoph und Soziologe, geb. 1806, gest. 1873.

Gegensatz zwischen Karl Marx und Herbert Marcuse und der Grund für die heftige Polemik gegen ihn aus der Sowjetunion. Mit Karl Marx fühlt sich Herbert Marcuse der Philosophie Hegels verpflichtet, in der immer wieder die Aussöhnung zwischen dem Besonderen und dem Allgemeinen erörtert worden war. Genau wie Karl Marx betrachtet Herbert Marcuse diese Aussöhnung, näherhin die Aufhebung des Gegensatzes zwischen den durch ihre besonderen Interessen isolierten Individuen und der sich unter Opferung der Individuen erhaltenden Allgemeinheit als möglich und als eine Aufgabe der geschichtlichen Praxis. Bezüglich der neuen gesellschaftlichen Organisation, die das bewirken soll, bringt Marcuse die gleichen Formen in Vorschlag wie schon Karl Marx. Während in den sozialistischen Ländern Osteuropas die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften auf Grund einer jahrzehntelangen Erfahrung den Bankrott der zentralen Planwirtschaft feststellen und auf Grund der Unmöglichkeit, durch ein zentrales gesellschaftliches Organ die Produktivität zu lenken, die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente für unumgänglich halten, fordert Herbert Marcuse die Beseitigung des Marktes und seine völlige Ersetzung durch den gesellschaftlichen Plan. Wie ein robust zentralistisch strukturiertes Gemeinwesen sich vertragen soll mit der anderweitig von Marcuse immer wieder geforderten Differenzierung und Individualisierung, darauf findet man bei ihm keine Antwort.

Da die kapitalistische Wirtschaft mit ihren Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung und der Ausweitung des Verbrauchs einige der Voraussagen von Karl Marx unterlaufen zu haben scheint, führt Marcuse die Unterscheidung zwischen wahren und falschen Bedürfnissen ein. Die falschen Bedürfnisse sind die von der Reklame geweckten, von der Gesellschaft immer schon mitbestimmten und mitgelieferten Bedürfnisse, deren Befriedigung letztlich nur der Stabilisierung des bestehenden Wirtschaftssystems dient. Die wahren Bedürfnisse hingegen werden in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht befriedigt, und so kommt es auch nicht zur Befriedigung des menschlichen Daseins überhaupt. Welches sind aber die wahren Bedürfnisse? Es kann sich nicht nur um das handeln, was als Existenzminimum unbedingt notwendig ist, denn Marcuse will von einer gesunden Armut nichts wissen. Oberhalb dieses Existenzminimums aber ist sehr schwer zwischen wahren und falschen Bedürfnissen zu unterscheiden, weil es hier um sehr persönliche Wertungen und Einschätzungen geht, die man dem einzelnen lieber nicht abnehmen sollte, auch wenn die Gefahr einer Manipulation besteht. Die gegenteilige Gefahr wäre viel größer. Man hat beim jungen Marx vom Zusammengehen realistischer und revolutionär-utopischer Elemente gesprochen. Beim Verfasser des „Kapital“ überwiegen die realistischen Elemente, und die Vertiefung in die Tatsachen wie auch die weniger revolutionären Aspekte der Wirklichkeit bringen ihn wiederholt an einen Punkt, wo er von seinen Grundthesen abweichen muß. Es dürften nicht so sehr die ungünstigen äußeren Umstände gewesen sein, als vielmehr das Scheitern des großangelegten systematischen Entwurfs an der Widerständigkeit des geschichtlichen Materials, was aus dem „Kapital“ nur einen Torso werden ließ, der unvollendet bleiben mußte. In den Altersschriften gewinnen die revolutionär-utopischen Elemente folgerichtig wieder die Oberhand. Marx nimmt den Aufstand der Pariser Kommune von 1871 als revolutionären Ansatz in sehr fragwürdiger Weise für seine Theorie

in Anspruch und entwickelt in seiner Kritik am Gothaer Programm der entstehenden deutschen Sozialdemokratie von 1875 seine Vorstellungen von der sozialistischen Zukunft. In ähnlicher Weise verstärken sich bei Herbert Marcuse die revolutionär-utopischen Elemente, nachdem zu seiner großen Enttäuschung der Zusammenbruch von Faschismus und Nationalsozialismus nicht die von ihm erwartete grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Struktur zur Folge hatte⁵⁾. Auch bei ihm sind die revolutionären Ansätze, auf die er sich bezieht (Vietnam, Lateinamerika, Studentenrevolten), von recht geringem Beweiswert. Die Folgerung, die er aus der geschichtlichen Erfahrung im Hinblick auf seine Theorie zieht, besteht letztlich nur darin, die Schraube des Marxismus endgültig zu überdrehen⁶⁾.

Neben Karl Marx hat vor allem Sigmund Freud das Denken von Herbert Marcuse entscheidend beeinflusst. Nach Sigmund Freud müssen gesellschaftlicher Zusammenhalt, zivilisatorisches Niveau und kulturelle Leistungen erkaufte werden durch Beschränkung und Verdrängung von Trieben. In diesen Umstand, der die Wurzel eines unglücklichen Bewußtseins ist, hat sich der Mensch zu fügen. Die entscheidende Rolle bei der Triebbeschränkung fällt der Familie, näherhin deren Oberhaupt, dem Vater, zu. Nach der Meinung von Herbert Marcuse ist die Freudsche Psychoanalyse insoweit veraltet, als der Vater in seiner bestimmenden Rolle durch gesellschaftliche Mächte abgelöst worden ist. Diese gesellschaftlichen Mächte üben aber nun ihrerseits die gleiche Funktion aus. So wird ihm die Freudsche Theorie zur geeigneten Waffe gegen die gesellschaftliche und institutionelle Überformung des Menschen und des menschlichen Verhaltens. Sie läßt ihn ein Reich der Freiheit entwerfen, in welchem der Mensch, ganz im Gegensatz zur Ansicht von Freud, den Preis der Triebbeschränkung nicht mehr zu zahlen braucht und gerade nach Beseitigung dieser Einschränkung und Sublimierung zur Entfaltung seiner eigensten und höchsten Möglichkeiten kommt. Die Revision und die Ergänzungen, welche die Freudsche Psychoanalyse in der Therapie notgedrungen erfuhr, interessieren ihn weniger. Heilung im Sinne dieser Therapie kann ja nur Anpassung an eine selber kranke Gesellschaft bedeuten sowie die bewußte Übernahme des in der Triebverdrängung gründenden Unglücks. Gerade an Freuds ausgesprochen einseitigem Schema der menschlichen Triebhaftigkeit hält Marcuse mit allem Nachdruck fest. Diese Einseitigkeit vermag zwar dem vielschichtigen menschlichen Phänomen nicht gerecht zu werden, verleiht aber der Theorie ihre revolutionäre Stoßkraft. Sie läßt sich dank dieser ihrer Einseitigkeit in den Dienst einer revolutionären Änderung stellen, bei der die endlich freigesetzten Triebe den gesellschaftlichen Überbau sprengen, und deshalb

⁵⁾ Vgl. Kultur und Gesellschaft 2, S. 51.

⁶⁾ Vgl. Kultur und Gesellschaft 1, S. 14: „Es zeigt sich, daß gerade die übertriebensten, ‚eschatologischen‘ Konzeptionen der Marxschen Theorie am adäquatesten die gesellschaftlichen Tendenzen antizipieren: so die Idee der Abschaffung der Arbeit, von Marx selbst später verworfen.“ Vgl. a.a.O., S. 16: „Mit anderen Worten: das Denken im Widerspruch muß dem Bestehenden gegenüber negativer und utopischer werden. Dies scheint mir der Imperativ der gegenwärtigen Situation in bezug auf meine theoretischen Versuche aus den dreißiger Jahren.“

spricht Marcuse ihr Wahrheitswert zu ⁷⁾). In diesem Zusammenhang mag an jene Gruppen von Schülern und Studenten erinnert sein, die sich in letzter Zeit auffällig bemüht zeigten um sexuelle Aufklärung und um die Beseitigung von Verhaltensformen, die bislang im Dienst einer Sublimierung und Stabilisierung des Trieblebens standen.

Die sich in der Geschichte immer wieder konflikthaft überschneidenden und überlagernden Strebungen und Interessen werden von Herbert Marcuse in seinem utopischen Entwurf gleichsam auseinandergebogen und parallel geschaltet. Das muß zu der Frage führen, ob es in seinem Reich der Freiheit und der vollendeten Befriedigung aller Bedürfnisse überhaupt noch Erwartung und Zukunft geben kann und ob unter dieser Bindung das menschliche Dasein nicht alle innere Anspannung verlieren muß. Bei Marcuse liegt aber, wie jüngst ein Kritiker bemerkt hat, das Paradies der Luste rechts: Er hat in seinen Entwurf Züge eingetragen, die bei Friedrich Nietzsche ⁸⁾ und Stefan George ⁹⁾ entlehnt sind.

⁷⁾ „Die Wahrheit der Psychoanalyse liegt darin, daß sie ihren herausforderndsten Hypothesen die Treue hält.“ Kultur und Gesellschaft 2, S. 106. Marcuse behauptet: „Sigmund Freuds These, daß Kultur und Zivilisation auf der permanenten Unterjochung der menschlichen Triebe beruhen, ist unwidersprochen hingenommen worden.“ Triebstruktur und Gesellschaft, S. 9. Dabei läßt er aber außer acht, daß die sich vorzugsweise an der phänomenologischen Methode orientierende neuere deutsche Anthropologie (E. Plessner, A. Gehlen, E. Rothacker, A. Portmann und andere) wiederholt nachgewiesen hat, welche positive Bedeutung den gesellschaftlichen Ordnungsformen gegenüber der beim Menschen nicht durch Instinkte gefilterten Reizüberflutung zukommt. Sie üben eine notwendige, entlastende Funktion aus. Im übrigen deckt sich Freuds Theorie von der „Urhorde“ in der Promiskuität geherrschaft haben solle, mit keiner Gesellschaftsform, die der anthropologischen Forschung bekannt geworden ist.

⁸⁾ Vgl. Kultur und Gesellschaft 1, S. 83. An der Idee vom „Schlaraffenland“ ist nach Marcuse nicht das primitiv-materialistische Element falsch, sondern seine Verewigung. Solange Vergänglichkeit und ein Reich der Notwendigkeit bestehe, werde das Dasein ein „Tanz auf dem Vulkan, ein Lachen unter Trauer, ein Spiel mit dem Tod“ sein. A.a.O., S. 100. Nun soll sich aber nach Karl Marx über dem Reich der Notwendigkeit einmal das Reich der Freiheit erheben. Die entscheidende Frage wäre, wie es sich denn im Reich der Freiheit mit dem Daseinsvollzug verhält. Mit so skeptischen Einsichten wie der, daß jede mögliche Sitte besser sei als keine Sitte (Morgenröthe, Gedanken über die moralischen Vorurteile I, 16; Klassiker-Ausgabe IV, S. 216), und bezüglich einer Befreiung von der Metaphysik, daß man zwar über die letzte Sprosse der Leiter hinausschauen, nicht aber auf ihr zu stehen suchen sollte (Menschliches, Allzumenschliches I, 20; a.a.O. III, S. 38), widerspricht Nietzsche im Grunde bereits dem utopischen Entwurf von Marcuse.

⁹⁾ Vgl. Der eindimensionale Mensch, S. 255: „Die Anklage, die Stefan George vor einem halben Jahrhundert aussprach, enthält mehr als dichterische Freiheit: ‚Schon eure Zahl ist Frevell! Das Verbrechen ist das einer Gesellschaft, in der die zunehmende Bevölkering den Kampf ums Dasein angesichts seiner möglichen Linderung verschärft.‘ Der hier zitierte Vers wurde hingegen für den Vertreter einer nicht so sehr von der Ästhetik her entworfenen, nicht nur angezielten, sondern hier und jetzt schon in Hilfeleistung zu verwirklichenden Humanität, für den zeitweiligen Verehrer von Stefan George und zum Anlaß, mit dem Dichter zu brechen. Vgl. seine Autobiographie „Das Ohr des Malchus“ (1958), S. 129 f.: „Es war nichts Unlogisches in dieser Verantwortlichkeit, aber sie empörte mich an diesem Abend über alle Maßen . . . Es war der Tag meiner Abkehr von Stefan George.“ Für Marcuse geht es hier nur um „ein Problem der Zahl, der bloßen Quantität“. Aber selbst dieses Problem sieht er völlig undifferenziert und voreingenommen. Es geht ihm nur darum, die in sich blinde und böse Gesellschaft anzuklagen.

Geschichte und Utopie

Sehr häufig wird man in den Schriften von Herbert Marcuse auf Begriffe und Formulierungen stoßen, die noch an einen anderen für ihn entscheidenden Denker erinnern, an einen seiner Zeitgenossen, den Soziologen und Sozialphilosophen Karl Mannheim ¹⁰⁾. In seinem Werk „Ideologie und Utopie“ ¹¹⁾ hat Karl Mannheim, gleichsam in einem Vorgriff, die Position von Herbert Marcuse bereits umrissen, in ihrer Fragwürdigkeit aufgedeckt und auch den für Marcuse entscheidenden Begriff der Utopie erläutert.

Als „utopisch“ bezeichnet Karl Mannheim ein Bewußtsein, das sich mit dem es umgebenden Sein nicht in Deckung befindet, weil es Gehalte vorstellt, die noch nicht verwirklicht sind ¹²⁾. Unter dem Sein versteht er in diesem Zusammenhang immer das historisch-gesellschaftliche Sein, das in der Lebensordnung und den gesellschaftlichen Verhältnissen wirksam wird, die das utopische Denken in seinen Plänen und Entwürfen übersteigt. Das utopische Bewußtsein will nach Karl Mannheim die gegebenen Verhältnisse sprengen, das ideologische Bewußtsein hingegen will sie verdecken. Er unterscheidet zwischen utopischen Vorstellungen, die grundsätzlich unverwirklichbar sind, und utopischen Vorstellungen, die sich verwirklichen lassen und lediglich den Angehörigen einer bestimmten geschichtlichen Stufe oder Lebensordnung als unverwirklichbar erscheinen. Von dieser relativen Utopie ist also die absolute, weil absolut unverwirklichbare Utopie zu unterscheiden. Nur die relative Utopie ist echte, geschichtsbezogene Utopie und entspricht dem von Mannheim aufgestellten Begriff.

Karl Mannheim hat nun zwei gegensätzliche Einstellungen zur Utopie und zwei gegensätzliche Wertungen des Utopischen charakterisiert ¹³⁾. Der bewußt oder unbewußt für eine bestehende Sozialordnung optierende Betrachter hat einen undifferenzierten Begriff des Utopischen. Er will über den gegebenen Seinsstatus, dem sein Standort zugehört, nicht hinaus, und er will das relativ Utopische, in dem sich der dynamische Charakter der Wirklichkeit meldet, nicht als Forderung aufkommen lassen. Der Unterschied zwischen dem relativ und dem absolut Utopischen verwischt sich ihm. Die umgekehrte Haltung verlegt demgegenüber allen Wert in die Revolution. Wird im ersten Fall nicht genügend unterschieden zwischen relativer und absoluter Utopie, so wird hier, im zweiten Fall, nicht genügend differenziert hinsichtlich den geschichtlich verwirklichten jeweiligen Seinsordnungen. Der Utopieblindheit tritt die Seinsblindheit gegenüber. Es bricht eine alle Teildifferenzen verschüttende, alles vereinfachende Antithese durch — ein Gegensatz, „bei dem vom Polizeistaat über die demokratisch-republikanische bis zur sozialistischen Staatsorganisation alles in gleicher Weise als autoritär und nur der Anarchismus als freiheitlich erscheint. Dieselbe Tendenz zur Simplifizierung wirkt sich auch im Geschichtsbild aus. Genau wie die sicher vorhandenen qualitativen Differenzen der einzelnen Staatsformen durch die zu schroffe Alternative verdeckt wurden, wird durch das Verlegen des wesentlichen Wertakzentes auf die Utopie und die Revolution die Mög-

¹⁰⁾ Geb. 1893 in Budapest. Lehrte von 1930 bis 1933 in Frankfurt a. M., dann in London, wo er 1947 starb.

¹¹⁾ 1. Aufl. 1929. Im folgenden zitiert nach der 4. Aufl. (1965).

¹²⁾ a.a.O., S. 169 ff.

¹³⁾ a.a.O., S. 173 f.

lichkeit des Sichtbarwerdens irgendwelcher evolutiver Momente im Gebiete des Historisch-Institutionellen verbaut“¹⁴⁾. Für diese letztere Handlung hat Herbert Marcuse mit seinem Aufruf zur „absoluten Verweigerung“ das überzeugendste Beispiel geliefert.

Unter den verschiedenen Formen utopischen Bewußtseins zeichnet nach der Ansicht von Karl Mannheim den Marxismus die Verbindung von Zukunftsutopie und Bedingtheitsbewußtsein aus. Was früher nur als schlechter Widerstand erfahren worden war – die materiellen Bedingungen, auf welche die von außen kommende Idee stieß –, wird beim Marxismus zum bewegenden Prinzip im Weltgeschehen. Der das Sein zur Sinnerfüllung bringende Prozeß ist jetzt differenziert und ökonomisch determiniert, und so kommt es zu einer selbsttätigen evolutiven Bremsung der revolutionären Tat. Hinzu kommt, daß jene Schichten, die ursprünglich der Revolution und Utopie verbunden waren, ihre soziale Lage verbessern und sich durch Mitwirkung dem Jetzt verbinden. Ein Beispiel dafür bilden die meisten sozialistischen Parteien Europas und die Gewerkschaften, die deshalb von Marcuse auch als revolutionäre Kräfte abgeschrieben und auf das schärfste verdammt werden. Aus revolutionären Kräften wurden so Träger einer „bremsenden Evolution“¹⁵⁾. Es kommt zur allmählichen Aufsaugung der Utopie.

Angesichts einer solchen Entwicklung folgerte seinerzeit Karl Mannheim für die Zukunft, daß völlige Utopielosigkeit prinzipiell zwar möglich sei in einer mit sich selber fertig gewordenen, sich selber gleichsam nur noch reproduzierenden Welt; daß aber die völlige Destruktion aller die gegebenen Verhältnisse übersteigenden Vorstellungen zu einer den menschlichen Willen zerstörenden Kongruenz mit dem Gegebenen führen müsse¹⁶⁾. Auf der höchsten Stufe der Bewußtheit angelangt, würde der Mensch auf einmal den Willen zur Geschichte und zum Fortschritt verlieren. Hier nun wurzelt das Anliegen Herbert Marcuses, der zur radikalen Negation des Gegebenen übergeht, seine besondere Hoffnung aber auf die technologische Entwicklung setzt, in der sich ein radikaler Umschlag anzubahnen scheint.

Nach der Ansicht von Marcuse hat die technologische Entwicklung in unseren Tagen ein entscheidendes Stadium, einen Wendepunkt erreicht. Ein weiterer Fortschritt könnte einen Bruch bedeuten, „den Umschlag von Quantität in Qualität“¹⁷⁾. Er würde die Möglichkeit einer „wesentlich neuen menschlichen Wirklichkeit eröffnen“¹⁸⁾. Die technologische Entwicklung ist nach seiner Ansicht im Begriff, sich selber zu übersteigen und die traditionellen Verhältnisse zwischen Wissenschaft und Metaphysik umzukehren. Die Erweiterung des technischen Bereichs und der technischen Möglichkeiten läßt aus ethischen und religiösen Problemen rein technische Probleme werden. Es war lediglich die Unvollkommenheit der technischen Entwicklung, die die noch ungelösten technischen Probleme bislang als ethische und religiöse erscheinen ließe. Letzte Werte und Ziele setzen sich um in technische Aufgaben im Rahmen eines sich ständig erweiternden

¹⁴⁾ a.a.O., S. 173.

¹⁵⁾ a.a.O., S. 210.

¹⁶⁾ a.a.O., S. 224 f.

¹⁷⁾ Der eindimensionale Mensch, S. 242.

¹⁸⁾ a.a.O.

Universums. Der Mensch ist nicht mehr einem vorgegebenen Ganzen eingeordnet. Er bringt selber auch die letzten Zwecke und Ziele hervor. „Die Industriegesellschaft besitzt die Mittel, das Metaphysische ins Physische zu überführen, das Innere ins Äußere, die Abenteuer des Geistes in Abenteuer der Technik“¹⁹⁾. Technik und Kunst fallen fortan zusammen, denn das Elend wird zerstört und braucht nicht mehr länger durch die Kunst verklärt zu werden. Aber die Phantasie, das freie Spiel des Denkens wird deshalb nicht ausgeschaltet, vielmehr rückt es bei der Verwirklichung dieses neuen menschlichen Daseins in eine leitende Stellung ein, weil ja Wissenschaft und Technik mit ihren rationalen Entwürfen nicht mehr ausschließlich auf das bloß Nützliche und Notwendige bezogen sind. Umgekehrt sind auch die Bilder der Phantasie nicht mehr als unverwirklichte Träume abgehoben vom Reich der materiellen Bedürfnisse. Die Kluft zwischen Wissenschaft und Phantasie beginnt sich zu schließen. Die Vernunft weist die Transzendenz, d. h. als absolut vorgestellte geistige Wirklichkeiten und Ideale, auf die sich der Mensch bezogen fühlen könnte, weit von sich; aber nicht in einer Art Selbstverkürzung wie beim Positivismus, der die Wirklichkeit auf das mit naturwissenschaftlichen Methoden Nachweisbare beschränken wollte; vielmehr hat nach der Ansicht von Marcuse die Vernunft dann die Transzendenz auf dem Boden ihrer eigenen Leistungen unterlaufen.

Die Rehabilitierung der Lust

Nach der Ansicht von Marcuse war auch die Aufgabe von Kunst und Literatur wesentlich Negation. Zwischen der künstlerischen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestand bis in unsere Tage ein Bruch. Kunst und Literatur waren wesentlich Entfremdung. Sie waren eine Kraft der Erkenntnis, „die eine Dimension von Mensch und Natur bloßlegte, die in der Wirklichkeit unterdrückt und verstoßen wurde“²⁰⁾. Die Kunst ist nach Marcuse in ihren fortgeschrittenen Positionen „die Große Weigerung – der Protest gegen das, was ist. Die Weisen, in denen die Menschen und Dinge dazu gebracht werden, zu erscheinen, zu singen, zu tönen und zu sprechen, sind Weisen, ihre tatsächliche Existenz zu widerlegen, zu widerlegen, zu durchbrechen und neuzuschaffen“²¹⁾. Kunst und Literatur waren bislang wesentlich Anklage, Widerspruch zum Status quo, einer nicht-affirmativen, d. h. einer im Gegensatz zur bestehenden Ordnung stehenden, ihr nicht dienstbaren Kultur zugehörig. In ihrem eigenen Reich geduldet, vom Bereich der Arbeit und der Produktion aber getrennt, konnte diese Kultur unerfüllte Sehnsucht, unverwirklichte Ideale aufbewahren, verlor aber eben hierbei ihre subversive, umstürzende und revolutionäre Gewalt. An die Stelle der Änderung der Daseinsverhältnisse traten Verklärung des Elends, innere Erhebung und Ersatzbefriedigung, vornehmlich durch den schönen Schein. So erhielt diese ursprünglich nicht-affirmative, der gesellschaftlichen Ordnung und den bestehenden Verhältnissen nicht dienstbare Kultur am Ende dennoch ein affirmatives Vorzeichen und diente dem Bestehenden. Die ihr zugehörige Kunst war lediglich die Vorbotin einer höheren Wahrheit,

¹⁹⁾ a.a.O., S. 245. Vgl. a.a.O., S. 241: „Aus technischen Gründen tendiert das Metaphysische dazu, physisch zu werden.“

²⁰⁾ a.a.O., S. 81.

²¹⁾ a.a.O.

mit der man im täglichen Dasein nicht zu rechnen hatte. Dennoch blieb dieser schon teilweise affirmativen Kultur, deren eigentliches Merkmal nach Marcuse die „Beseelung“ ist, eine letzte Distanziertheit. Der Gesellschaft enthoben, konnten in ihrem Bereich viele unterdrückte Hoffnungen und Wahrheiten überleben.

In der gegenwärtigen hochindustrialisierten Gesellschaft ist nach der Ansicht von Marcuse diese Distanziertheit endgültig beseitigt. Die Reproduktion und die Kommunikationsmittel machen die Kunstwerke allen zugänglich, verleihen ihnen aber dadurch auch zugleich Warenform. Sie werden zu bloßen Ausstattungsstücken. Text und Ton sind noch vorhanden, aber es ist jene Distanz endgültig bewältigt, die sie nach einem Wort von Stefan George zur „Luft von anderen Planeten“ machte²²⁾. Diese neue Massenkultur enthält nach Marcuse aber auch fortschrittliche Elemente. Die technologische Entwicklung mit ihren sich ständig erweiternden Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung läßt immer mehr jenen Bereich zusammenschmelzen, in dem bisher die unbefriedigende und unglückliche Lage des Menschen idealisiert und sublimiert, auf eine höhere Weise gedeutet werden mußte. Insoweit die Kultur bisher lediglich die erfüllbaren, aber faktisch unerfüllten Sehnsüchte und Triebe des Menschen gestaltet hat, wird sie ihren Gegenstand als Folge der technologischen Entwicklung und einer besseren Organisation der Gesellschaft verlieren²³⁾. Sie hat ja keine Sehnsucht mehr wachzuhalten, sondern höchstens die Erfüllung selbst und den Genuß. Marcuse spricht von der Vorahnung solcher Möglichkeiten, die sich aus der Musik Mozarts und des alten Beethoven gewinnen lasse²⁴⁾. Man muß aus seinen Äußerungen folgern, daß der hier in Frage stehenden Musik Aktualität nur zukommen kann, insoweit sich der Zuhörer von ihr die Wahrheit aufdecken läßt, daß ein besseres materielles Dasein geschaffen werden kann²⁵⁾. Insoweit die Kultur affirmativen Charakter hatte, besorgte sie die für den Bestand der Gesellschaft lebensnotwendige „Umkehrung“ der sprengenden Triebe²⁶⁾. Marcuse beurteilt die hier in Frage stehenden Vorgänge der „Sublimierung“ und der „Entsublimierung“ ähnlich wie Freud. Im bürgerlichen Zeitalter wurden die Triebkräfte der meisten Menschen unterdrückt oder auf andere Ziele und Tätigkeiten abgelenkt. Der Genuß wurde durch „Verinnerlichung“ und „Beseelung“ auf das Niveau der Kultur „hinaufgeläutert“²⁷⁾. Seine Freigabe hätte nach Marcuse den Selbstwert der Arbeit und damit das ganze sich angeblich sinnlos reproduzierende System der

²²⁾ a.a.O., S. 85.

²³⁾ Vgl. Kultur und Gesellschaft 1, S. 98.

²⁴⁾ a.a.O., S. 99.

²⁵⁾ Vgl. Der eindimensionale Mensch, S. 84: „Das stimmt, aber indem sie als Klassiker lebendig werden, werden sie als etwas anderes lebendig, als sie waren; sie werden ihrer antagonistischen Kraft beraubt, der Entfremdung, worin gerade die Substanz ihrer Wahrheit bestand. Absicht und Funktion dieser Werke haben sich daher grundlegend geändert. Wenn sie einmal zum Status qua in Widerspruch standen, so wird dieser Widerspruch jetzt eingebeutet.“ Ganz im Gegensatz dazu das Zeugnis von Gabriel Marcel, der in seiner Rede in der Paulskirche in Frankfurt a.M. anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels von den späten Streichquartetten Beethovens sagte, in ihnen begegne immer wieder die bleibend gültige Vision eines ewigen Friedens als Bestätigung für die stets unvollkommenen Bemühungen der Menschen um den irdischen Frieden. Hier geht es nicht um einen Widerspruch, sondern um eine innere Spannung, die für Marcuse freiwillig aufgehoben ist.

²⁶⁾ Kultur und Gesellschaft 1, S. 93.

²⁷⁾ a.a.O., S. 156.

Gesellschaft in Frage gestellt. Die Sexualität wurde ihrer Sprengkraft, auf die Marcuse seine revolutionäre Hoffnung setzt, beraubt, um durch die Ehe in den Dienst des Systems genommen zu werden. Die Affirmative Kultur hat die Sinnlichkeit nicht befreit, sondern sie sublimiert, überhöht und „hin-aufgeläutert“ und dadurch entwertet. Die Menschen blieben sich aber wenigstens noch des repressiven, unterdrückenden Charakters dieses Systems bewußt und begehrten dagegen auf.

In der modernen Gesellschaft ist es nun zu einer teilweisen Freisetzung, zu einer Entsublimierung der Sinnlichkeit gekommen, wie etwa der Wandel in den sexuellen Verhaltensweisen zeigt. Aber auch diese Entsublimierung steht vorläufig noch im Dienst eines repressiven Systems, wie das Beispiel der in der wirtschaftlichen Werbung genutzten Sexualität beweist; nur sind sich die Menschen dessen nicht mehr bewußt und lehnen sich nicht dagegen auf. Die Spannung zwischen Ersehntem und Erlaubtem scheint herabgesetzt, letztlich aber nur durch den Umstand, daß ja alle Wünsche und Bedürfnisse von der Gesellschaft bereits fertig gelieferte und manipulierte, ihren Notwendigkeiten angepaßte und dienliche Wünsche und Bedürfnisse sind. So kommt es nach Marcuse zu einer Anpassung, gegen die man nicht mehr aufbegehrt. Die Unfreiheit steckt schon in den Bedürfnissen, und folglich gilt es, diese als erste zu befreien.

Man fragt sich, was denn Marcuse hier eigentlich befreien will. Die menschlichen Bedürfnisse, vornehmlich die dem triebhaften Bereich zugehörigen, sind keine festen Größen, deren ursprünglicher, natürlicher Zustand wiederherzustellen wäre. Sie leben jeweils auf in Abhängigkeit und angeregt von Reizwerten, deren Einwirkung nicht abzulösen ist von einer bestimmten kulturellen Lage und geschichtlichen Situation. Für Marcuse ist die Befreiung der Bedürfnisse „kein Akt der Erziehung, der moralischen Erneuerung des Menschen, sondern ein ökonomischer und politischer Vorgang“²⁸⁾. Zu seinem Inhalt gehört vornehmlich die Umstellung des Produktionsprozesses auf die Bedürfnisse der Gesamtheit. Wie diese Bedürfnisse zu bestimmen sind, soweit sie oberhalb des Lebensnotwendigen liegen, bleibt bei Marcuse völlig offen. An welchen Werten sich der einzelne mit seinen Bedürfnissen zu orientieren hat, wird ihm aber dank der „erzieherischen Diktatur“ schon klar werden, der gegenüber es, durchaus im Gegensatz zu den Mitteln und Methoden der kommerziellen Werbung, keinen Widerspruch und kein Entzinnen geben kann. Da die gesellschaftlichen Verhältnisse und Notwendigkeiten nach der Ansicht von Marcuse auch in die persönlichsten Beziehungen gestaltend eingreifen und deren Wert oder Unwert bestimmen, ist unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen auch ihnen jede Wahrheit abzusprechen²⁹⁾. Die Befreiung der Bedürfnisse durch die Änderung der Produktionsverhältnisse soll eine unbegrenzte Steigerung und fortschreitende individuelle Differenzierung der Lust ermöglichen. Von ihr verspricht sich Marcuse die Befreiung des Individuums. Überblickt man seine Aufstellungen, so zeigt sich sehr bald, daß, ungeachtet aller subtiler Erörterungen, die entscheidenden Voraussetzungen in einer sehr einseitigen und vereinfachenden Anthropologie liegen. Unter den schon von Karl Marx geforderten Bedingungen eines gesellschaftlichen Produktionssystems erhofft er sich die

²⁸⁾ a.a.O., S. 161.

²⁹⁾ a.a.O., S. 81.

Heilung der Gesellschaft und die Rettung des Individuums von der Freigabe der Triebkräfte und der Sinnlichkeit des Menschen. Er macht es dem Sozialismus nachgerade zum Vorwurf, daß dieser nicht das Lustprinzip wieder in sein Recht eingesetzt habe. Marcuse möchte die Sinnlichkeit nicht als den Bereich „dumpfer, wahlloser Triebe“ verstanden wissen, sondern betont an ihr das Moment der sich öffnenden Wahrnehmung und Rezeptivität³⁰⁾. Hier hat er aber im Grunde schon jene Reizüberflutung angesprochen, die eine Sublimierung, eine Ableitung, Vergeistigung und letztlich auch den wertbezogenen Verzicht und Aufschub oder doch die Auswahl notwendig macht. Auch die „wahllosen Triebe“ sind im übrigen ein Tatbestand, den man nicht einfach übergehen kann. Wenn Herbert Marcuse zuweilen selber von einer Sublimierung spricht, versteht er darunter immer nur eine technische Verfeinerung der Sinnlichkeit. Die Disziplinierung hat nach seiner Meinung den Menschen genußunfähig gemacht, und nun gilt es, dessen Sinnlichkeit wieder zu entfalten. Ohne eine entsprechende Motivation der Triebimpulse, ohne ihre Thematisierung und Stilisierung werden Triebkräfte und Bedürfnisse des Menschen aber weiterhin anfällig bleiben und offenbleiben für die Besetzung durch jene kollektiven Mächte, von denen Marcuse das Individuum befreit sehen möchte. Das Vertrauen, das er in die Sinnlichkeit des Menschen und in seine natürlichen Triebe setzt, ist das Vertrauen des von ihm zitierten³¹⁾ Julien-Offray de Lamettrie³²⁾, dem als anthropologisches Modell ein Automatismus genügte, mit dem man nicht einmal dem Tier gerecht wird, und es ist das Vertrauen der Aufklärer des 18. Jahrhunderts. Marcuse spricht zwar davon, daß der Mensch sich mit seinen Trieben und Bedürfnissen auseinandersetzen müsse. Man sucht aber vergeblich nach dem Bezugspunkt und dem Thema dieser Auseinandersetzung. Das Ergebnis können immer wieder nur beliebige, belanglose Varianten von Lustempfindung und Genuß sein, die rasch wieder verfallen.

Der eindimensionale Mensch

Den durch die moderne Industriegesellschaft bis in seine Bedürfnisse und Wünsche hinein bestimmten und geformten Menschen bezeichnet Herbert Marcuse als eindimensional, weil er das System des Bestehenden nicht mehr in Gedanken zu überschreiten vermag und nicht mehr in der Lage ist, ein ideales Gegenbild zu entwerfen. Demgegenüber könnte man nun aber hinweisen, daß es in dieser Gesellschaft doch viele weltanschaulich unterschiedene Gruppen und Gemeinschaften gibt, die sich durchaus an eigenen Werten und Überlieferungen orientieren und bei denen die Rangordnung der Bedürfnisse nicht ohne weiteres die der Industriegesellschaft ist, Gruppen und Gemeinschaften, die allerdings darauf verzichten, das, was als ideales Sollen erkannt wurde, politisch durchzusetzen unter Verletzung der Freiheit und Würde der Andersdenkenden. Für Marcuse gilt hier freilich, daß nicht sein kann was nicht sein darf. Er sieht hier nur Selbstbetrug und, im Falle des Pluralismus der Ideen und Werte, bloße Scheingegensätze. Zu dieser Ansicht muß er aber notwendig kommen, weil er die Frage nach dem Sinn des Daseins ausdrücklich ausklammert, jene Sinnfrage, die allein den Men-

³⁰⁾ a.a.O., S. 139.

³¹⁾ a.a.O., S. 68 f.

³²⁾ Geb. 1709, gest. 1751 in Berlin; Vertreter einer mechanistisch und hedonistischen Philosophie und Anthropologie.

schen immer wieder veranlaßt, unter den wechselnden geschichtlichen Bedingungen sein Leben und seine Welt stets von neuem zu deuten und sinn-deutende Ordnungen zu entwerfen, die sich dann freilich konflikthaft überschneiden können. Marcuse protestiert gegen die von der modernen Industriegesellschaft herbeigeführte Eindimensionalität des Menschen. Diese Eindimensionalität kann der Mensch aber durchbrechen. Zum unent-rinnbaren Gefängnis wird sie erst, wenn man mit Marcuse den unmittelbaren Bezug des Menschen auf das Sein selbst, seine Transzendenz, die in der Frage nach dem Sinn des Daseins aufbricht, leugnet. In der von Mar-cuse angestrebten vollkommenen und freien Menschheit wird sich die Ein-dimensionalität des Menschen, konfliktlos und komfortabel, vollenden.

Wo es in der modernen Industriegesellschaft zu einem Kompromiß kommt, etwa zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sieht Marcuse lediglich ein betrügerisches Einverständnis, nicht aber die Bereitschaft, die Durchsetzung der eigenen Forderungen eine Grenze finden zu lassen an den in der Verfassung festgelegten Spielregeln. Die Spielregeln demokratischer Verfassungen gehen letztlich davon aus, daß die geschichtliche Verwirklichung idealer Entwürfe stets fragwürdig und korrekturbedürftig bleibt. Deshalb versucht sie den Machtwechsel zu institutionalisieren und die Be-reitschaft zu fördern, abweichende Überzeugungen zu hören – eine gegen-seitige Toleranz, die um der Würde des einzelnen Menschen willen die ver-schiedenen Zielsetzungen und deren Verwirklichung relativiert. Fortschrittliche Bewegungen dürfen sich aber nach Marcuse diesen Spielregeln nicht unterwerfen, sie dürfen sich nicht relativieren lassen, auch nicht im Hin-blick auf jenen letzten Anspruch, den der einzelne Mensch von sich aus je schon mitbringt und den die Verfassungen in den Grundrechten zu formu-lieren suchen. Bei Marcuse werden diese Grundrechte relativiert um eines bloß postulierten Fortschritts willen, dessen Beschreibung, soweit sie über-haupt ins einzelne geht, zahlreiche Ungereimtheiten birgt und nicht selten, vornehmlich da, wo Marcuse sich als früherer Schüler Martin Heideggers zeigt, ins Sentimental-Kitschige abgleitet. Das hat aber dem Erfolg seiner Theorie bislang keinen Abbruch getan – ein Erfolg, den man mehr den irrationalen als den rationalen Elementen dieser Theorie zuzuschreiben hat. Das Bestehende darf nicht korrigiert, es muß vielmehr negiert werden. Ent-sprechend hat der Verband Deutscher Studentenschaften auf seiner Mit-gliederversammlung in München erklärt: „Wir negieren diesen Staat. Wir werden das Bestehende im Sinne einer permanenten Revolution in Frage stellen und angreifen.“ Nach der Ansicht von Marcuse ist all das zu negie-ren, was jeweils der Fall ist, d. h. alles, was sich als geschichlich bedingt erweist. Insofern der Mensch immer von einer geschichtlichen Vergangen-heit herkommt, ist aber auch er selber geschichtlich bedingt. So muß aller-erst er selber radikal verändert werden, und er kann folglich so, wie er bis-lang vorkam und noch hier und jetzt vorzukommen pflegt, gegen diese Ver-änderung keinen Einspruch erheben, denn in dieser seiner Vorfindlichkeit ist er zu negieren; er ist eher als Sache denn als Mensch anzusprechen, da es den Menschen ja eigentlich erst zu schaffen gilt. Der Mensch in sei-ner derzeitigen Vorfindlichkeit ist lediglich das Material, die Masse für den Prozeß der permanenten Revolution. Sinnvolles menschliches Dasein will auf Dauer gestellt sein, die permanente Revolution würde sinnvolles mensch-liches Dasein unmöglich machen.

Wenn Herbert Marcuse und seine Anhänger die Weltgeschichte wegen ihrer Unmenschlichkeit und Grausamkeit verklagen, so wird man ihnen nur beipflichten können. Aber zugleich verhalten sie sich wie Kinder, die, weil ihnen ein bestimmtes Spiel von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr paßt, nun nicht mehr mitmachen wollen, das Spielzeug wegwerfen und sich trotzig in eine Ecke setzen. Der große Irrtum bei Marcuse und mehr noch bei seinen Anhängern unter der Studentenschaft besteht darin, daß man meint, einfach aus der Geschichte aussteigen zu können. Das ist schon der Französischen und der Russischen Revolution mißlungen, obwohl man in beiden Fällen bei dem Versuch, tabula rasa zu machen, nicht zimmerlich war und zu alledem noch eigens eine neue Zeitrechnung einführte.

Auch das ist Weihnachten

Die Begegnung mit dem notleidenden Bruder in Christo im fernen Land

Hildegard Lünig

„Dominikanischer Bauer, kämpfe nicht allein!“

Für sie riskierte Bischof Pepén, was ihm als unzulässige Einmischung in die Politik bei maßgeblichen Herren im Lande angekreidet wurde. Für das Lebensrecht solcher Familien setzte er sich ein, als er am „Tag des Orangenbaumes“ (26. Januar 1969), dem Tag der feierlichen Pflanzen- und Samensegnung, das Schreckgespenst eines vietnam-ähnlichen Konfliktes für die Dominikanische Republik heraufbeschor... Bischof Pepén goß mit einem umstrittenen Hirtenbrief Essigsäure in die zitrusfruchtsüße Festtagsstimmung: „Wirklich begann das Vietnamproblem“, ließ er von allen Kanzeln verkünden, „als dortige Großgrundbesitzer Land wieder besetzten, das seit geraumer Zeit von landlosen Bauern bearbeitet worden war.“

Familien vertrieben

In seiner Diözese Altagracia im Süden der Dominikanischen Republik geschah zur Zeit dasselbe: „Tag und Nacht passiert es uns, den Priestern und dem Bischof, daß verängstigte Bauern bei uns Zuflucht suchen. Sie erleben, wie plötzlich ein Fremder auftaucht, irgendeinen sicher legalen Rechtstitel vorweist, Anspruch auf das Land erhebt und die vertreibt, die es bisher bestellten. In den Regionen Miches, Seybo, Jobo Dulce und in anderen Gegenden gab es solche Vertreibungen.“

Die Landarbeiterfamilie Cortera gehörte zu den 200 vertriebenen oder mit Vertreibung bedrohten Familien. Was sollten sie jetzt in die aufgedunsenen Hungerbäuche ihrer neun Kinder stopfen? Sie hatten brachliegendes Land besetzt, vor einem Jahrzehnt schon. In der Christlichen Bauernliga waren sie über das geltende Recht belehrt worden. Danach werden Bauern Eigentümer der Felder, wenn diese als brachliegendes Land zum Großgrundbesitz gehörten, doch bereits fünf Jahre und mehr von den Bauern bearbeitet worden waren.

Käufliche Dokumente

Doch die besten Gesetze taugen nicht, wenn sich ihrer Macht bewußte Oligarchen ihnen widersetzen. Die örtlichen Autoritäten sind bestechlich. Dokumente sind für Geld zu haben, in denen bestätigt wird, daß die Landarbeiter widerrechtlich schon kultiviertes Land besetzten. Und helfen Papiere nicht, die analphabetischen Bauern einzuschüchtern, sobald der Grundherr die nun fruchtbaren Felder wieder kassieren möchte, dann hilft die Ortspolizei. Oder eine käufliche Banditengruppe treibt Rinderherden durch die bestellten Felder und brennt die Hütten der Bauern nieder.





Bischof Pepén hatte noch andere Erfahrungen mit den Gesetzen der Landreform gemacht. Schon 1963 hatte er dem staatlichen Landreforminstitut den kirchlichen Grundbesitz „El Cortecito“ übergeben. „Doch das Agrarinstitut konnte nichts machen, und heute sind größtenteils, ohne unsere Schuld, einige Reiche Nutznießer dieser Ländereien, die sie mit leeren Versprechungen an die Bauern wieder besetzen konnten.“

Jetzt erlebte Bischof Pepén die Verfolgung der Führer der Christlichen Bauernligen und Genossenschaften, die er als gute Katecheten der Kirche kannte, und die Bereitschaft der Bauern, notfalls mit allen Mitteln für ihr Recht zu kämpfen.

Rückhalt auch in Deutschland

Juan Pepén ist der moralische Rückhalt dieser Bauernligen und Genossenschaften. Und wie sie sich von der Autorität des Bischofs gestärkt und ermutigt fühlen, weiß sich Bischof Pepén im Einklang mit den anderen lateinamerikanischen Bischöfen, die im Herbst 1968 in ihrer Zweiten Generalversammlung unter anderem ihren Willen bekundeten, „dem Auftrag des Evangeliums folgend, die Rechte der Armen und Unterdrückten zu verteidigen und unsere Führungskräfte und Regierungen zu bedrängen, alles abzubauen, was den sozialen Frieden zerstört“. Weiter heißt es in den Beschlüssen der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz: „Wir wollen energisch die Mißbräuche und ungerechten Konsequenzen der ungemainen Ungleichheit zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Schwachen anklagen und die Integration aller in das nationale Leben fördern... Wir wollen alle Kräfte des Volkes ermutigen und unterstützen, sich ihre eigenen Basisorganisationen zur Rückforderung und Festigung ihrer Rechte und zum Streben nach wahrhafter Gerechtigkeit zu schaffen.“

Beteiligt am Kampf um das Lebensrecht der Corteras sind — indirekt zumindest — auch die deutschen Katholiken. Denn sie unterstützten mit ihrem Weihnachtsoffer das Bewußtwerden der kirchlichen Führungsschicht Lateinamerikas. 35 Mill. DM stellte die Aktion ADVENIAT bis Mitte 1969 dafür zur Verfügung. In der Rechenschaftsstatistik der Aktion ist diese Hilfe für die Bischofskonferenzen, die Studien und Studienstipendien, unter dem Stichwort „Seelsorge- und Sozialreform“ zusammengefaßt.

Klerus unterstützt den Bischof

Jetzt ermutigte Bischof Pepén die Entrechteten unzweideutig: „Dominikanischer Bauer, kämpfe nicht allein, dann bleibst du wehrlos. Vereine dich mit deinen Bauernbrüdern in Verbänden, Gewerkschaften und Bauernligen und engagiere dich in Aktionen, die dich aus den Fesseln befreien, die deinen Fortschritt verhindern.“

Staatschef Joaquin Balaguer nahm Stellung. Er wisse um die dringende Notwendigkeit einer Landreform, erklärte der Präsident der Dominikanischen Republik. Doch die Regierung hätte nicht die Mittel zur Entschädigung enteigneter Großgrundbesitzer.

Dann griff der Klerus der Diözese in die inzwischen öffentliche Diskussion ein. In einem gemeinsamen Pastoral Schreiben stellten sich die Priester hinter die Forderungen ihres Bischofs. Den widerstrebenden Großgrundbesitzern verdeutlichten sie darin:

„Es gibt zweierlei Rechte, menschliche Grundrechte und gesetzliche. Letztere sind zweitrangig. Ein Beispiel zu den Fällen der Vertreibung von Landarbeitern aus vordem fast unbearbeiteten Großgrundbesitz, der von ihnen nicht legal erworben, sondern besetzt und bearbeitet wurde: Da ist einerseits das verbriefte Eigentumsrecht und andererseits das Menschenrecht der armen Bauern auf diese Arbeit, die ihnen den Unterhalt ihrer Familien sichert. Das Recht der Campesinos auf ihre Arbeit ist ein vitales Grundrecht und darum steht es höher. Mag es nun durch ein geschriebenes Gesetz geschützt sein oder nicht.“

Großgrundbesitzer gesprächsbereit

Die „Dominikanische Vereinigung der Großgrundbesitzer“ qualifizierte die Priester daraufhin als „politisiert“ ab, warf ihnen „Mangel an kritischer Analyse“ vor, erklärte sich aber zu Gesprächen mit der Regierung über das Landproblem bereit. Und in der diesjährigen Vollversammlung der Vereinigung wurde später von den Hacenderos „die Notwendigkeit einer Landreform, doch als ein rationaler Prozeß, ohne Gewaltmethoden“ anerkannt. Damit ist der Hunger der Cortera-Kinder noch keineswegs gestillt. Aber sie haben die Gewißheit, daß ihr Bischof und ihre Priester nicht aufgeben werden, mit ihnen für ihr volles Lebensrecht zu streiten. Und hatte nicht 1968 das letzte Machtmittel der Kirche, die Exkommunikation eines Großgrundbesitzers, in der Dominikanischen Republik zwölf vertriebenen Bauernfamilien wieder zu ihrem Land verholfen? Für die Corteras gibt es eine echte Hoffnung.

Eines Tages wird es Tische geben

Das ist kein Sozialzentrum. Das ist eine miese Hütte, wie die anderen rundum in einem Slum von Caracas. Doch jeden Nachmittag und abends beim Funzelschein einer Petroleumlampe wird hier effektiver für die Unterprivilegierten gearbeitet, als in manchen der schönen städtischen Sozialzentren.

Kein unabwendbares Schicksal

Diesen jungen Mädchen bietet der Behelf eine Brücke. Eine Brücke über die Kluft zwischen dem Elendsviertel, in dem sie nachmittags daheim sind und der Mittel- oder Oberschule, die sie vormittags besuchen. Eine Brücke zwischen der Apathie, Resignation, Bitterkeit ringsum, die sie ständig zu lähmen droht und ihrem Willen, herauszukommen aus dem Dreck, dem Gestank und Lärm, aus dem scheinbar unabwendbaren Schicksal, Mutter unehelicher Kinder zu werden. Der Weg heraus führt über die Bildung. Höhere Schulbildung führt zu einer menschenwürdig bezahlten Arbeit. Die Arbeit steigert das Selbstwertgefühl und bringt mit der Fähigkeit, sich selbst unterhalten zu können, die notwendige Unabhängigkeit vom unverlässlichen Wohlwollen eines Mannes.

Studentische Sozialaktion

Das kann man mit staatlichen Maßnahmen erreichen, wie es die sozialistische Nachbarinsel mit Internatsschulen versucht. Doch Venezuela ist kein sozialistischer Staat, sondern eine „Demokratie“ mit extrem ungleichen Aufstiegschancen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen, mit 4000 Bolivares jährlich das höchste aller Länder der Dritten Welt, ist so verteilt:

Anderthalb Millionen Familien haben weniger als 600 Bolívars zur Verfügung, drei Prozent kommen über 1500 Bolívars.

In die höhere Schule, erste Etappe des Aufstiegs aus untermenschlichen zu menschlichen Lebensbedingungen, haben diese jungen Mädchen erreicht. Jetzt gilt es durchzuhalten. Und hierbei werden sie von Studentinnen einer christlichen Studentenbewegung unterstützt. Der „Acción Social Estudiantil“ (Studentische Sozialaktion) half ADVENIAT im Vorjahr mit 60 000,— DM auf die Beine. Sie hat 1200 aktive Mitglieder, Oberschüler der letzten Klassen und Studenten, die es müde waren, Verbalrevolutionen zu planen und von Parteipolitikern zu Manifestationen ausgenutzt zu werden. Sie wurden in Intensivkursen auf ihre konkrete christliche Verantwortung für die Entwicklung vorbereitet. Heute praktizieren sie nun Entwicklungshilfe im eigenen Land und mit den einfachen Mitteln, die der Aktion angemessen sind.

Plakative Solidarität überwunden

Ein solches Mittel sind Bretterhütten und ein paar Stühle darin. Unter Assistenz von Studentinnen können die Oberschülerinnen der Hüttenstadt hier ihre Schularbeiten machen und Nachhilfe bekommen. Ob es mit der Mathematik nicht recht klappt oder englische Vokabeln abgefragt werden müssen – Studentinnen helfen. Sie helfen jungen Mädchen, deren Umwelt bildungshemmend ist und die daheim keine Hilfe erwarten können, weil ihre Eltern in abendlichen Alphabetisierungskursen gerade erst ein Stück Grundschulwissen nachholen.

Und eines Tages wird es auch Tische geben, in dieser Hütte. Das mag noch einige Monate dauern. Doch das eben ist die „Entwicklungspolitik“ der „Acción Social Estudiantil“. Geholfen wird immer nur soweit, wie die Hilfsbedürftigen Schritt für Schritt gelernt haben, ihre Bedürfnisse zu entdecken, zu äußern und aus eigener Kraft gemeinsam an der Lösung ihrer Probleme mitzuarbeiten. Das wiederum hilft den Studenten selbst. Die künftige Führungsschicht des Landes lernt in solchen Hütten, sich in der Tat, nicht nur plakativ, mit dem Proletariat zu solidarisieren.

„Wenn das Christentum ist, wollen wir Christen werden“

Die Hochzeitstorte auf dem Altartisch unterscheidet auf den ersten Blick diese Trauung in einer Pfarrkirche Panamas von kirchlichen Trauungen anderswo. Die Torte wurde zur Opferung gebracht. Nach dem Schlußsegen wird sie angeschnitten, gleich hier, im Gemeindezentrum von San Miguelito. Sie sagen nicht „Kirche“ zu dem offenen Rundbau auf dem Hügel. Die San Miguelitaner wissen heute, daß sie selbst, das Volk Gottes, Kirche sind. Der Mehrzweckbau dient dieser Kirche zum Eucharistischen Mahl, zu Gemeindeversammlungen, für die katechetischen Ehekurse, auch für Sitzungen der Mitglieder der pfarrlichen Genossenschaften und schließlich zum Feiern. An den Altartisch wird man andere Tische stellen und decken nach der Trauungsmesse. Die Hochzeit ist ein Gemeindefest, weil die Gemeinde von San Miguelito „familia de Dios“ ist, Gottesfamilie.

Wozu ein modernes Haus?

San Miguelito, am Rande des Stadtkerns der panamesischen Hauptstadt gelegen, wurde 1963 Pfarrbezirk. 13 Siedlungen umfaßte er, Neuansiedlungen von 25 000 Arbeitern, Angestellten und Landflüchtigen. Letztere hausten

in selbstgebastelten Hütten aus Blech, Lehm und Kisten. Die Arbeiter und Angestellten waren in den Genuß eines sozialen Wohnungsbau-Projekts der Regierung gekommen. Bescheidene Einfamilienhäuser säumten die Hügel, Eigentum der Bewohner, abzählbar in erschwinglichen Monatsraten in 30 Jahren. Doch auch für diesen Teil der Pfarre galt die provokatorische Frage des mittelamerikanischen Dichters Alfredo Sanchez:

„Weshalb ein gelüftetes Haus, — hygienisches Zimmer — bequeme, billige Wohnung — voll Licht und Luft — und ein blaugekacheltes WC?

Es ist nicht wichtig, daß der Mensch ein freundliches Heim hat — solange sein Gewissen pervers ist — solange in Gewissen und Herz die Schweine stöbern und grunzen... In diesen urbanistischen Wohnungen wird das Licht dunkel, und die Luft stinkt von ihren Bewohnern.“

Die drei Priester aus Chikago, denen die Pfarrei San Miguelito übertragen worden war, ließen sich von dem fragwürdigen Fortschritt provozieren. Bei Hausbesuchen entdeckten sie hinter den schmucken Fassaden die quälenden Familienprobleme einer Bevölkerung, deren Männer und Frauen „gute Christen“ sein wollten, doch zu 80 Prozent eine kirchliche Eheschließung umgangen hatten und zu einem Drittel — wie der panamesische Durchschnitt — in jederzeit auflösbaren Verbindungen zusammenlebten. (Panama liegt mit 73 unehelich geborenen Kindern auf 100 Lebendgeburten an der Spitze der lateinamerikanischen Familienmisere.) Auch in San Miguelito mied man die kirchliche, wie die standesamtliche Trauung, weil vor allem die Männer eine verpflichtende, dauerhafte Bindung scheuten. Nebenfrauen waren gesellschaftsfähig. Das Glück oder Unglück im Nebenhaus ließ die Nachbarfamilie kalt. Jeder brauchte seine Ellenbogen, sich durchzuboxen.

An der Oberfläche kurieren?

In dieser Atmosphäre des Neides, des Mißtrauens, der Lieblosigkeit, Resignation, Eifersucht, Selbstsucht und des Alkoholismus taten die jungen Pfarrer etwas Ungewöhnliches. Sie versuchten nicht erst, an der Oberfläche der Probleme herumzukurieren. Sie bauten keine Sozialzentren, Kindergärten, Schulen, organisierten keine Genossenschaften. Sie vertrauten bedingungslos der befreienden Kraft des Wortes Gottes, vermittelt in die konkrete Situation der Gemeinde. Sie konzentrierten sich darauf, christliche Familien zu formen, Familiengruppen zu bilden, Kommunitäten gemeinsamen Lebens in Glaube, Freude, Vertrauen, Freundschaft und Liebe. 120 Laiendiakone sind heute mit dieser Familienseelsorge befaßt. Sie alle haben einen intensiven Lernprozeß bestanden, an dessen Ende die Bekehrung stand.

Geld oder gesellschaftliches Ereignis — das hatten die San Miguelitaner zum Beispiel früher unter Sakrament verstanden. Heute bedeutet das Wort für sie Einheit, Union mit Gott und untereinander. Sünde war früher für sie identisch mit Verstößen gegen das sechste Gebot. Heute erleben sie Sünde als Ungerechtigkeit.

Verlorene Wahl

Dieser Glaube wandelte auch die wirtschaftlich-soziale Realität in San Miguelito, einer Gemeinde, die heute sieben Pfarren mit fast 80 000 Christen umfaßt. „Hunger, Unterentwicklung, Elend, Ungerechtigkeit“, sagt Pfar-

rer Mahon den vielen in- und ausländischen Besuchern, die in San Miguelito hospitierten, „diese Probleme werden wir nie lösen in Panama, in Lateinamerika, wenn alle getrennt kämpfen. Wenn wir aber zuerst das Reich Gottes suchen und seine Gerechtigkeit, wenn wir erreichen, als Brüder zu leben, als eine wirkliche Familie hier auf Erden, wenn die Probleme anderer unsere Probleme sind, dann haben wir die Chance, wirkliche Gerechtigkeit in unsere Gesellschaft zu bringen.“

Diese Chance fördert ADVENIAT in Lateinamerika. Und in San Miguelito ist sie genutzt worden. Denn auch die wesentlichsten der existenziellen Gemeindeprobleme sind durch die vereinten Anstrengungen der Gläubigen gelöst worden. Es gibt dort zum Beispiel heute ausreichende und gute öffentliche Schulen, es gibt Licht-, Wasser-, Konsum-, Spargenossenschaften und eine handwerkliche Berufsfachschule.

Vor allem aber gibt es immer mehr Getaufte, die den Pfarrern sagen: „Wenn das Christentum ist, dann wollen wir Christen werden.“ Und andere kommen ins Pfarrhaus. So jener Politiker, der San Miguelito als Wahlkreis sicher glaubte, weil sein Engagement für das Gemeinwohl bekannt war. Doch jedermann wußte nun, daß er Frau und Kinder vernachlässigt, seit er eine Geliebte hat. Wie kann ein Mann seinen öffentlichen Aufgaben treu sein, fragten sich die San Miguelitaner, wenn er seiner Frau nicht treu sein kann, deren Leben und Heimat er teilt? Der Mann verlor die Wahl zum Stadtrat im Wahlkreis San Miguelito.

Dankschreiben

H. F.

Seit Jahren hat der KOK ein Presseapostolat ausgeübt. Die Mittel dazu wurden in Sammlungen bei Tagungen usw. erbracht, zum Teil aber auch von Spendern direkt eingezahlt. Mitanregend war dabei, daß hier auf freiwilliger Basis ein gewisses Äquivalent dafür geleistet würde, daß das Militärbischöfsamt die Kosten für den Königsteiner Offizierbrief – Herstellung und Versand – voll übernommen hat. Wer also einmal glaubt, für diese Dinge etwas übrig zu haben, dem sei eine Einzahlung auf das Konto Nr. 2 532 786 Commerz-Bank, Bonn, Zweigstelle Adenauer Allee, Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs „Presse-Apostolat-KOK“ empfohlen.

Ich muß sagen, daß ich die Dankschreiben immer mit Freude gelesen und in Abständen zum Teil veröffentlicht habe. Unlängst aber hatte ich ein besonderes Erlebnis. Auf meinem Dienstapparat wurde mir ein Gespräch des KMBA angekündigt, und am anderen Ende meldete sich Pater Germán Lips M.S.F. Keine Ahnung, wer das sein könnte. Dann aber stellte er sich vor – und mit jedem Wort wurde die Freude, die aus ihm sprach, erkennbar. P. Lips wollte danken für die treue Verbindung, die wir durch unsere Zeitungszuwendungen halten. Es ist kaum möglich, alle seine Worte wiederzugeben. Nur soviel konnte ich festhalten: P. Lips kommt aus Augustin, Argentinien. Eine kleine Stadt, ich habe sie auf keiner Karte gefunden, mitten in der weiten Pampas. Diese Zeitungen haben eine große Bedeutung, sie ersetzen den dortigen Patres die Bibliothek – zu einer solchen Anschaffung hat der Klerus einfach keine Mittel –; sie sind eine Brücke zur alten Heimat – und für jeden dieser Patres kommt einmal die Stunde, da er Kraft braucht für seine Aufgabe, und er holt sich diese Kraft aus der Verbindung mit der Heimat –; und diese Zeitungen sind für sie

ein Balkonfenster zur Welt. Aber auch die innerkirchlichen Überlegungen und Neuorientierungen finden große Beachtung, weil eben die kirchlichen Nachrichten nach Südamerika einen langen, langen Weg haben.

Auf die Frage, was er nun in der Heimat mache, wird der enttäuscht sein, der glaubt, daß hier theologische Weisheiten an erster Stelle stünden. Er legte dar, wie aus den Adveniat- und Misereor-Spenden auch ihnen einmal Gelder zugesagt worden seien, und er kümmere sich gerade um den Kartoffelanbau. Das sich dann entwickelnde Gespräch über Kartoffeln kann ich nicht wiedergeben, ich bin zu sehr Laie. Auf jeden Fall versuchte P. Lips, sich bei allen möglichen Fachleuten zusätzliche Kenntnisse und Anregungen zu holen.

Das Wichtigste aber war nun, neben Anbau der bestgeeigneten Kartoffelsorte, auch Möglichkeiten zu finden, den Segen der Erde durch vielfältige industrielle Nutzung in klingende Münze – und nicht nur in Schnaps – zu verwandeln. Dann waren Probleme des Transportes, des Standortes und natürlich ein Katalog von Fragen der zuständigen Behörden zu klären. So vergingen seine Tage in Deutschland in einer Kette fortgesetzter Termine, in Beratungen und Konferenzen. Bei allem aber klang am Telefon seine Fröhlichkeit über das Erreichte an seiner Wirkungsstätte, sein Stolz auf die Hilfe seines Vaterlandes und das Bewußtsein durch, nicht alleingelassen zu sein.

Nach meinen guten Wünschen war es zunächst einmal still in mir. Dann aber kam mir zum Bewußtsein, wie oft doch schon eine kleine Tat – und was ist schon ein Zeitungsabonnement – viel Gutes bewirken kann. In einem solchen Augenblick bekommt man ein neues Schauen für Fragen der Entwicklungshilfe, der kirchlichen Hilfswerke, aber auch für die Kraft des verbindenden Wortes.

Sie, meine lieben Leser, daran teilhaben zu lassen, wollte ich mit diesen Zeilen versuchen.

Passo Fundo

Brasilien

Schon seit Jahren erhalte ich durch Ihre geschätzte Vermittlung das sehr instruktive Wochenblatt RHEINISCHER MERKUR. So bleibe ich auf dem laufenden über die Verhältnisse in der Heimat, die ja in der Weltpresse immer nur sehr spärlich und oft auch nicht ganz korrekt zum Ausdruck kommen. Auch noch andere Mitbrüder deutscher Abstammung interessieren sich für diese Nachrichten. Selbst ein protestantischer Lehrer, der gut deutsch spricht, liest das Blatt sehr gern. Denn hier in der Stadt hat er wenig Gelegenheit deutsch zu sprechen. Er ist mir immer dankbar, wenn ich ihm wieder ein Exemplar überreiche. Also nochmals besten Dank!

Eines macht mir Freude bei der Lesung. Soweit ich feststellen kann – und das ist besonders bei Berichten über Brasilien der Fall –, sind die Beschreibungen sehr objektiv und korrekt. Das will nun allerdings nicht sagen, daß ich hie und da anderer Meinung bin. Ich bin ja auch schon dreißig Jahre im Lande. Aber wie gesagt, der Unkorrektheiten gibt es nicht viele.

São Carlos

Santa Catarina

Wir danken Ihnen in aufrichtiger und besonderer Weise, daß Sie uns die Lektüre des Rheinischen Merkur ermöglicht haben. Es ist für uns eine über große Freude, daß wir durch dieses ausgezeichnete Presseorgan über das moderne Zeitgeschehen auf dem laufenden gehalten werden. Für uns deutsche Priester ist es trostvoll und überaus wichtig, daß edle Seelen unser in der Heimat gedenken. Unsere Arbeit hier ist schwer. Wir arbeiten zu dreien in der Pfarrei São Carlos, im Staate Santa Catarina. Außer dem Pfarrsitz haben wir noch 17 Filialgemeinden zu betreuen. Die Bevölkerung ist meistens deutscher Abstammung. Wir besuchen die Filialgemeinden monatlich und verbleiben zwei bis drei Tage in jeder. Ich muß Ihnen auch mitteilen, daß der hochw. Herr Pater Jakob Flomersfeld, an den der Rheinische Merkur adressiert ist, nicht mehr in São Carlos weilt, sondern seine wohlverdienten Ferien in Deutschland verbringt. Ob er wieder nach São Carlos kommen wird, weiß man noch nicht. Ist es vielleicht erlaubt zu fragen, ob wir zukünftig weiter mit der Wochenzeitung Rheinischer Merkur rechnen können?

Pater Nikolaus, Gouverneur MSF

Informationen aus Kirche und Welt

Pastoralkonzil oder Synode?

Ein Pastoralkonzil nach niederländischem Vorbild statt der für 1972 von der Deutschen Bischofskonferenz geplanten gemeinsamen Synode der Diözesen in der Bundesrepublik fordern die Arbeitsgemeinschaft von Priestergruppen in der BRD, der Bensberger Kreis und der Freckenhorster Kreis (60 Theologen und Priester in Münster) in einer gemeinsamen Erklärung: „Schon heute ist dringend zu wünschen, daß das Pastoralkonzil zu einer Dauerinstitution der katholischen Kirche in der Bundesrepublik wird, da diese der kollegialen Struktur der Kirche am besten entsprechen würde.“ Ebenfalls als Dauereinrichtung fordern die Verfasser ein überdiözesanes Pastoralinstitut, das als Katalysator für Anregungen und Vorschläge dienen und die gesamten Vorbereitungsarbeiten für die Pastoral-synode koordinieren und die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen soll. Ziel des Pastoralkonzils müsse sein, alle Fragen zu behandeln, die sich aus der Verwirklichung der Kirche in der BRD heute und morgen ergeben, eine Konzeption des kirchlichen Dienstes für die nächste Zukunft zu entwickeln. Zu den Vorbereitungsarbeiten müßten ab sofort informierte Fachleute, vor allem Fachtheologen hinzugezogen und die Meinungsbildung „von unten“ gesichert werden, durch Meinungsumfragen, besondere Gesprächskreise und Aufrufe an alle Kirchenglieder, Vorschläge zu unterbreiten. Die Delegierten des Pastoral-konzils müßten eine möglichst große Repräsentanz aller Tendenzen und Gruppen der katholischen Kirche der BRD darstellen. Durch Wahlen in den kirchlichen Gemeinden sollten Wahlmänner auf Dekanats- und Diözesan-ebene bestimmt werden. Dazu kommen die residierenden Bischöfe und eine Anzahl hinzugewählter Delegierter, um die unterrepräsentierten Gruppen zu vertreten. Als Beobachter und Mitarbeiter sollen Vertreter der katholischen Kirchen in Europa sowie der nichtkatholischen Kirchen Deutschlands eingeladen werden. „Es darf grundsätzlich keine Beschränkung der Thematik von bestimmter Seite auferlegt werden, sondern die Schwerpunkte der zu behandelnden Themen können sich erst durch einen Prozeß der innerkirchlichen Meinungsbildung herauskristallisieren“, heißt es in der Stellungnahme weiter. Für den Inhalt der Themen werden zusammenfassend folgende Schwerpunkte vorgeschlagen: Glaubensbegründung, Mitte des Glaubens; praktische Glaubensvermittlung; Verwirklichung der Kirche heute (Problem neuer Strukturen des kirchlichen Lebens, Theologie und Praxis der Sakramente, ökumenische Aufgaben); neue Möglichkeiten des Dienstes der Kirche (Aufgaben der Christen in der Welt von heute, Ort und Aufgabe der Kirche in der Welt von heute). Zur Arbeitsweise: Das Pastoralkonzil sollte schon möglichst früh zu einer ersten konstituierenden Sitzung zusammentreten, dabei den Kreis der zu behandelnden Themen bestimmen, für die einzelnen Themen Kommissionen wählen, der nicht nur Teilnehmer sondern auch Fachexperten angehören sollen. Die Kommissionen könnten in einem Jahr entsprechende Arbeitspapiere ausarbeiten. Für die weitere Durchführung des Pastoralkonzils werden zwei Möglichkeiten vorgeschlagen:

Entweder setzt man für jeden Themenkreis eine Sitzungsperiode an (Niederländisches Modell) oder man diskutiert während der zweiten Sitzungsperiode alle Themenkreise, weist die Themen zur Behandlung wieder an die Kommissionen, um sie in einer weiteren Sitzungsperiode nach abschließender Diskussion zu verabschieden (Modell des Konzils).

In der Stellungnahme wird eingangs die Forderung nach einem Pastoralkonzil mit der Situation der katholischen Kirche in der BRD begründet. Die Anzeichen einer Krise mehrten sich, die Spannungen zwischen Amtsträgern und Gliedern der Kirche, zwischen Bischöfen und Priestern nahmen zu; innerkirchliche Konflikte würden nicht ausgetragen. Dahinter verberge sich eine noch tiefer gehende Krise des Glaubens, Aufgaben der Neuinterpretation des Glaubens würden nur ungenügend erfüllt. (KNA 1064)

Dialogbereitschaft und Vertrauen

Die Grundlage des politischen Verhaltens der Christen wird nach Ansicht des Präsidiums der deutschen Sektion der Pax-Christi-Bewegung in folgenden fünf Punkten sichtbar:

1. Die wechselseitige Abhängigkeit der Menschen (Interdependenz), die ständig steigt, verlangt eine dialogisch-solidarische Haltung als Grundgesetz des Sozialverhaltens.
2. Das Sozialverhalten ist auch auf den Fernen auszudehnen.
3. Politik ist in steigendem Maß die Chance der Solidarität und Hilfe.
4. Zu den Fragen von Krieg und Frieden liegen konziliare und päpstliche Dokumente vor, deren Forderungen Geltung verschafft werden muß. Dabei muß einkalkuliert werden, daß nur eine Minderheit entschieden im Geiste jener Dokumente arbeitet.
5. Auf dem Sektor des politischen Engagements sind Aufgaben der Laien-Christen, der Bischöfe und Priester nicht ohne weiteres identisch. In diesem Zusammenhang erscheint Rücksicht auf die seelsorglichen Beziehungen notwendig. Es gibt jedoch Situationen, die das politische Handeln des ganzen Gottesvolkes erfordern. Der Anteil kirchlicher Amtsträger am politischen Engagement, bzw. der Pflicht zur Distanz, richtet sich nach den Umständen.

Zum Thema Parteilagen und Meinungsverschiedenheiten sagt das Arbeitspapier, daß sich innerhalb der Gemeinschaft geradezu notwendigerweise Konflikte ergeben müssen. Aus ständigen Auseinandersetzungen sei die Konsequenz innergesellschaftlicher wechselseitiger Toleranz zu ziehen. Pax Christi als offizielle Friedensbewegung der Kirche sollte einen hohen Grad von Übereinstimmung mit Kirche und Katholizismus erreichen. Die Konkretisierung der Arbeit könne jedoch sehr wohl Meinungsverschiedenheiten auftreten lassen.

In Pax Christi als einer Vereinigung mit demokratischer Struktur werde die Richtung von den Mitgliedern bestimmt. „Gewinnt Pax Christi ihre innerkirchliche und gesellschaftliche Bedeutung aus ihrem Charakter als kirchliche Friedensbewegung und aus ihrer Rückbindung an das kirchliche Amt, so ergibt sich die aktuelle Richtung ihrer Aktivität aus dem ständigen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung innerhalb der Bewegung selbst.“

Aus der besonderen Struktur von Pax Christi ergebe sich die Notwendigkeit, die unterschiedliche Intensität im politischen Engagement des bischöflichen Präsdenten, der mitwirkenden Priester und der Laien-Mitglieder zu beachten. Im Arbeitspapier wird darauf hingewiesen, daß Bundeswehr und Vertriebene „Problemgruppen“ für Pax Christi darstellen; ein Gespräch setze Dialogfähigkeit von beiden Seiten voraus.

Eine künstliche Neutralität würde Pax Christi als kirchliche Friedensorganisation unwirksam machen. In manchen Sachfragen komme die Bewegung an einer eindeutigen Klärung und entschiedenen Stellungnahme nicht herum. Pax Christi werde durch diese Arbeit nicht zu einer politischen Organisation, die Politik mache, aber sie wirke durch ihre Arbeit auf die Politik ein. Diese spezielle Funktion der Pax-Christi-Bewegung sollte im deutschen Katholizismus mehr anerkannt werden.

Abschließend heißt es in der Erklärung: „Die Konkretisierung der Arbeit, die größere Elastizität innerhalb der Bewegung, die Aktivierung der Gruppen, die Verschiedenartigkeit der Aktionen machen es um so mehr allen Pax-Christi-Mitgliedern zur Pflicht, die gemeinsamen Grundsätze der internationalen Bewegung und der deutschen Sektion zu respektieren. Nur auf der Grundlage wechselseitigen Vertrauens, wechselseitiger Loyalität und Dialogbereitschaft nach innen und außen wird sich das Potential von Pax Christi wirksam entfalten lassen.“ (KNA 1070)

Verbandsmitglieder doppelbesteuert

Die Diskussion um Senkung oder Nichtsenkung der Kirchensteuer wurde bisher im innerkatholischen Bereich fast ausschließlich von den katholischen Verbänden bestritten. Als erste warnten wie berichtet die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung und die Kolpingsfamilie vor einer unbedachten und vor-eiligen Senkung der Hebesätze. Inzwischen meldeten sich außerdem zu Wort: Der Verband der Katholischen Lehrerschaft, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend und die Bundesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung. Die Katholische Landjugendbewegung richtete, wie bekannt wurde, ein eindringliches Schreiben an die Deutsche Bischofskonferenz. Auch die Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses des Zentralkomitees der deutschen Katholiken dürfte wesentlich von den Verbands-Vertretern beeinflusst worden sein. Die Argumentation der Verbände zielt durchweg in dieselbe Richtung: Vor einer Entscheidung über die Senkung oder Beibehaltung der gegenwärtigen Kirchensteuer-Hebesätze sollen die Dienstaufgaben der Kirche und die damit verbundenen Kosten überprüft, ein interdiözesaner Finanzausgleich verwirklicht und die Finanz-Entscheidungen der Kirche demokratischer und transparenter gestaltet werden. Das Engagement der katholischen Verbände in dieser Frage hat nach Ansicht von Beobachtern vor allem zwei Gründe: 1. Die Verbände sind am Welt-dienst der Kirche intensiv beteiligt und kennen darum auch besonders die bisherigen Mängel in deren Erfüllung. 2. So wie die Kirche mit eigenen Mitteln dem Staat verschiedene Aufgaben abnimmt, so nehmen die katholischen Verbände weithin mit eigenen Mitteln der Kirche verschiedene Dienstaufgaben ab. In den Verbänden wurde schon immer die Ansicht vertreten, es sei durchaus nicht selbstverständlich, daß ihre Dienste für Gastarbeiter und Behinderte, in der Jugend-, Familien- und Erwachsenenbildung, den

Pfarreien, der Entwicklungshilfe, der Mission und auch in der pastoralen Sorge hauptsächlich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanziert würden. Solange die Kirche durch die Vielzahl der ihr gestellten Aufgaben auch finanziell überfordert war, zeigte man dafür jedoch Verständnis. Wenn in der Kirche allerdings Überlegungen angestellt werden, auf wesentliche Prozentsätze des Kirchensteueraufkommens zu verzichten, so dürften die Verbände zur Diskussion stellen, ob sie für ihre Dienste nicht auch Anspruch auf kirchliche Mittel haben. Es wird argumentiert, daß die Verbandsmitglieder eigentlich einen Anspruch auf die Verwendung ihrer Beiträge ausschließlich für verbandsinterne Aufgaben erheben könnten. Die Aktivitäten der Verbände in allgemeinen Aufgaben der Kirche müßten demgegenüber im Grunde genauso aus Kirchensteuermitteln finanziert werden, als wenn sie von kirchlichen Institutionen wahrgenommen würden. Oder gilt das Subsidiaritätsprinzip in der Kirche nicht? fragt man in den Verbänden. (KNA 1778)

EKD und Kirchensteuer

Das Kirchensteueraufkommen sei in den evangelischen Landeskirchen im 1. Halbjahr 1969 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zwischen 1,5 und 17,5 % gestiegen, verlautete aus gut informierten evangelischen Kreisen. Die Steuerkommission der EKD halte darum einen umfassenden horizontalen Finanzausgleich unter allen Gliedkirchen für die Voraussetzung jeder Überlegung, ob eine Senkung der Kirchensteuer-Hebesätze anzustreben sei. Die Steuerkommission stelle zwar selbst Überlegungen zur Senkung der Hebesätze dringend anheim, halte es jedoch nicht für wahrscheinlich, daß eine mögliche Senkung von der Öffentlichkeit allgemein honoriert werde. Ähnlich wie von verschiedenen Gruppen der katholischen Kirche werde auch in der evangelischen Kirche die Notwendigkeit unterstrichen, zunächst eine gesamtkirchliche Finanzplanung zu erarbeiten, wobei auch auf die Frage nach den heutigen Aufgaben der Kirche eine Antwort gegeben werden müsse. (KNA 1779)

Durch die 800 katholischen Krankenhäuser in der Bundesrepublik werden jährlich mindestens eine halbe Milliarde Steuergelder eingespart. Das erklärte der Vorsitzende des Würzburger Diözesan-Caritasverbandes, Domkapitular Heinrich Schultes, nach dessen Ansicht ähnliche Relationen auf allen anderen sozialen Sektoren zu verzeichnen sind. Mit ausschließlich freiwilligen Spenden seien diese fortdauernden sozial-caritativen Aufgaben der Kirche nicht zu finanzieren. Es sei ein „utopisches Ziel“, durch ein Einzugsverfahren der Kirchensteuer auf freiwilliger Basis mehr Mittel für solche Zwecke reservieren zu können. (KNA 1820)

Kirchensteuer: Hochkonjunktur kein Maßstab

Eine Grundsatzerklärung zur Diskussion über die Höhe der Kirchensteuer hat der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken veröffentlicht. Darin wird festgestellt: 1. Die gegenwärtige Hochkonjunktur kann nicht als Maßstab bei der Festsetzung von Steuer-Hebesätzen zugrunde gelegt werden, da diese Sätze ein bestimmtes Steueraufkommen für einen längeren Zeitraum sicherzustellen haben. Zudem gibt

es Überlegungen zur Reform der Einkommensteuer, von der die Kirchensteuereinnahmen in ihrer Höhe abhängen. 2. Das Fehlen eines interdiözesanen Finanzausgleichs ist ein „Ärgernis“. Es gilt auch in diesem Punkt, das Prinzip der Solidarität zu verwirklichen. 3. Für die Erfüllung der ständig zunehmenden Aufgaben der Kirche ist eine sich auf mehrere Jahre erstreckende Finanzplanung erforderlich. Dadurch und durch die verantwortliche Beteiligung der Laien-Gremien an der kirchlichen Finanzverwaltung, vor allem aber durch eine stärkere Transparenz der kirchlichen Finanzen würde auch die Öffentlichkeit größeres Verständnis für den finanziellen Bedarf der Kirche finden.

Auch die Deutsche Kolpingsfamilie hat inzwischen Bedenken gegen eine übereilte Senkung der Kirchensteuer geäußert. In der September-Ausgabe des „Kolping Blatt“ wird daran erinnert, daß die Kirche mit der Senkung des Hebesatzes um 1 % auf ein Zehntel ihrer Einnahmen verzichten würde, während die meisten Steuerzahler nur geringe Summen sparen würden. „Die Frage ist darum berechtigt, ob die Mehrheit der Gläubigen überhaupt eine Senkung der Hebesätze befürworten würde, wenn dadurch bisher vernachlässigte Aufgaben der Kirche weiterhin ausgesetzt werden müßten“, heißt es in dem Kommentar. Die Kirche sollte darum offenlegen, welche Pläne und Projekte wegen Geldmangels bisher unverwirklicht blieben. Abschließend: „Es liegt jetzt an den Bischöfen, Generalvikariaten und zuständigen Gremien, vor den Kirchensteuerzahlenden Gläubigen darzustellen, was mit den steigenden Kirchensteuer-Einnahmen geschehen kann und soll.“

(KNA 1622)

Keine „staatliche Kirchensteuer“

Mit Interesse wurde in der kirchlichen Öffentlichkeit registriert, daß sich nach Bischof Hengsbach von Essen und Erzbischof Kardinal Höffner von Köln nun mit dem Kölner Bischofsvikar Prälat Joseph Teusch ein weiterer Exponent der Amtskirche zur Frage der Kirchensteuer äußerte. Teusch gilt als einer der beschlagensten Finanzexperten der Kirche und hat als Mitglied der Dreierkommission zur Vorbereitung des überdiözesanen Haushalts wesentlichen Einfluß auf die kirchliche Finanzpolitik. Bei einer Senkung des Kirchensteuer-Hebesatzes von 10 auf 9 % kann nach Ansicht von Teusch zwar die absolute Höhe der Einnahmen erhalten bleiben, ein Mehr für soziale Leistungen und Bildungsaufgaben aber nicht möglich sein.

Prälat Teusch anerkannte die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen finanziell stärkeren und schwächeren Bistümern. Er sieht dafür zwei Möglichkeiten: 1. Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Bistümern eines Bundeslandes vor Festsetzung eines gemeinsamen Hebesatzes. 2. Die finanzstarken Bistümer beteiligen sich „in ungleich höherem Maße“ an den gemeinsamen Aufgaben für Diaspora und Mission. Teusch gab der zweiten Möglichkeit den Vorzug und betonte, daß das Erzbistum Köln von 1970 an diesen Ausgleich noch verstärken wolle. Als unbegründet bezeichnete Teusch die Sorge, daß durch das Einzugsverfahren der Kirchensteuer durch den Staat die Kirche vom Staat abhängig sei. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß sich der Staat die Verwaltungskosten des Einzugsverfahrens mit drei Prozent bezahlen lasse (in NRW wird diese „Gebühr“ 1969 voraussichtlich 8 Mill. DM betragen). Es scheint im übrigen notwendig,

folgendes klarzustellen: Die Kirchensteuerhoheit haben allein die Diözesen; der Staat nimmt auf der Grundlage von Verträgen lediglich Verwaltungsaufgaben für die Kirche wahr, die er entsprechend in Rechnung stellt. Nach Ansicht kirchlicher Kreise ist das durchaus damit vergleichbar, daß etwa die Bundespost gegen entsprechende Bezahlung Rundfunkgebühren oder Zeitungsgeld kassiert. Wenn die FDP in jüngsten Wahlkampfanzeigen gegen die „staatliche Kirchensteuer“ polemisiere, so komme das bei Würdigung der tatsächlichen Fakten einer „Volksverdummung“ nahe. Das Argument der FDP: „Der Staat muß frei sein von kirchlichem Einfluß, die Kirche frei von staatlichem Einfluß“ müsse sich im übrigen das Gegenargument gefallen lassen, daß gerade das gegenwärtige System der Kirchensteuererhebung die Kirche unabhängig machen und gegen staatlichen Einfluß immunisieren könne. Das Wahl-Bekenntnis der FDP, sie sei „für die Kirche“, bedeute vor diesem Hintergrund nichts als eine platonische Erklärung, heißt es in kirchlichen Kreisen. Offensichtlich wolle sich die FDP in Wirklichkeit in der Schlußphase des Wahlkampfes noch einmal Großverdienern und gesellschaftlich reaktionären Kräften anbieten. (KNA 1774)

Die Entwicklungshilfe von West und Ost läßt sich nur schwerlich miteinander vergleichen, da die Bezugsgrößen sehr unterschiedlich sind. Vorsichtige Schätzungen besagen, daß der Westen 1968 pro Kopf der Bevölkerung 83 DM für die Entwicklungshilfe aufbrachte, der Osten aber nur 3,80 DM. Gemessen am Brutto-Sozialprodukt lag der Anteil der westlichen Netto-Hilfe 1968 bei rund 0,80 %. Die Netto-Leistungen des Ostblocks für Entwicklungshilfe werden dagegen auf rund 0,04 % des Brutto-Sozialproduktes geschätzt. (KNA 1612)

Bischöfe zur kirchlichen Entwicklungshilfe

Den Themen Entwicklungshilfe und Friede wurde bei der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda besondere Beachtung geschenkt. In diesem Zusammenhang wurde der Aufgabenkatalog des nationalen katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden wie folgt fixiert: Kooperation mit allen katholischen, evangelischen, staatlichen und gesellschaftlichen Kräften in der Friedensarbeit, Erarbeitung von Stellungnahmen zur kirchlichen Friedensarbeit sowie zur Entwicklungs- und Friedenspolitik, Förderung der Forschung auf dem Gebiet von Entwicklung und Frieden, Erarbeitung von Vorschlägen für die „globale Aufteilung“ kirchlicher Haushaltsmittel für Entwicklungshilfe.

Ausdrücklich betonten die Bischöfe in einer Entschliebung die überragende Bedeutung der Misereor-Kollekte, die einen Vorrang vor allen anderen Sammlungen haben müsse. In diesem Zusammenhang sprachen sich die Bischöfe erneut für die Förderung der kirchlichen Entwicklungsarbeit aus Mitteln der Kirchensteuer aus. Beobachter rechnen damit, daß der Verband der Diözesen Deutschlands auf seiner Vollversammlung im November konkrete Bschlüsse hierzu faßt. Bei der Vollversammlung im vergangenen Jahr war es wegen haushaltstechnischer Schwierigkeiten nicht mehr zu einem solchen Beschluß gekommen. Diese Schwierigkeiten können jedoch jetzt kein Grund mehr sein, da ja die Bischofskonferenz schon vor einem Jahr ihren Willen bekundet hatte, Kirchensteuermittel für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. (KNA 1824)

Die „erstaunlichen Spendensummen für Misereor, Adveniat und Weltmission“ in den letzten Jahren bezeichnete der Münsteraner Bischof Heinrich Tenhumberg als positives Anzeichen dafür, daß die Kirche den „ungeheuren Erneuerungs- und Wandlungsprozeß“ überstehen werde. Tenhumberg bei der Schlußandacht der Bischofskonferenz in Fulda: „Denn erfahrungsgemäß hat die Kirche ihre großen Krisenzeiten immer dann am besten überwunden, wenn sie zweierlei sichergestellt hat: Die Einheit in der überlieferten Glaubenslehre und zugleich den vitalen Einsatz im Dienst am Menschen.“ (KNA 1851)

Am Haushalt der FAO, der Welt-Ernährungsorganisation, ist die Bundesrepublik mit über 9% beteiligt und liegt damit an zweiter Stelle. Bundesernährungsminister Höcherl verband diesen Hinweis mit der Bemerkung: „Die Regierung der Bundesrepublik tut diesen Beitrag ihrer Bevölkerung neben anderen Verpflichtungen schon deshalb zu, weil das deutsche Volk selbst viele Beweise von Großmut und Hilfe empfangen hat.“ Entscheidend aber sei, daß an diesen Beitrag die Hoffnung geknüpft werde auf eine weitere Festigung des Friedens in der Welt. (KNA 1819)

Eine internationale Friedensuniversität soll in Wien errichtet werden, beschlossen jetzt 300 Universitäts-Professoren aus aller Welt bei einem Kongreß zum Thema „Die Universität und das Problem des Friedens“ in Wien. An den Beratungen nahmen auch Vertreter katholischer Hochschulen und theologischer Fakultäten teil. (KNA 1634)

„Das christliche Engagement für die Rüstungsbeschränkung“ ist Thema einer Tagung, zu der sich vom 3. bis 7. Oktober in St. Louis (USA) kirchliche Persönlichkeiten aus den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion treffen werden. Jede der Delegationen, die aus verschiedenen Konfessionen bestehen, werden vier Dokumente zu den gleichen Themen vorlegen. (KNA 1801)

Die Verurteilung des marxistischen Kommunismus und die Exkommunikation seiner Anhänger, die im Juli 1949 von der damaligen Kongregation des Hl. Offiziums im Namen Papst Pius XII. feierlich erklärt worden war, hätten auch heute nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt. Das erklärte der emeritierte Präfekt des Hl. Offiziums, Kardinal Alfredo Ottaviani, in einem Interview mit der Zeitschrift „Relazioni“. Mehr als der Dialog sei heute die Darlegung der Wahrheit über die Irrtümer und Schrecken des Kommunismus erforderlich. (KNA 1810)

Kirchenpresse: Leserbriefe zu Defregger

Dem Präsidium der deutschen Pax-Christi-Sektion lag auf der Konferenz am 13. September (ID Nr. 1725 v. 18. 9. 69) eine Analyse der Leserbriefe zum Fall Defregger in den deutschen Bistumszeitungen vor. Pax Christi hatte diese Untersuchung in Auftrag gegeben, um damit den Ansatzpunkt zu finden, für eine kritische Selbstbesinnung und Beurteilung des ganzen Komplexes. In der Beurteilung des redaktionellen Teils zum Fall Defregger/Filetto wurde bei Pax Christi festgestellt, daß eigentlich zum ersten Mal ein Aufbruch „der geschlossenen inneren Front“ der Bistumspresse

festzustellen sei. 19 von 21 Kirchenzeitungen meldeten sich mit eigenen Kommentaren oder kommentierenden Berichten zu Wort. Diese Eigenarbeit habe zu einem Anstieg der Leserbriefe geführt, die nur nach „*Humanae vitae*“ übertroffen worden sei.

Charakteristisch für die Stärke und Ausgiebigkeit der Diskussion sei die Tatsache, daß sie sich bereits über einen Zeitraum von acht Wochen erstrecke, wobei ein Ende noch nicht abzusehen sei. Ähnlich wie bei der Reaktion und Diskussion in der „neutralen Presse“ sei das Report-Interview von Weihbischof Defregger auch in der innerkirchlichen Diskussion als eine gewisse Zäsur zu werten. Von diesem Zeitpunkt an seien die Sympathien für Defregger bei kritischen Katholiken stark zurückgegangen. In den Leserbriefen seien – oft in direktem Gegensatz zu den entsprechenden Kommentaren – die zentralen Probleme von Schuld und Sühne kaum angesprochen worden. Erschreckend stark komme in den Leserbriefen – vor allem der bayerischen Blätter – die Tendenz zur Geltung, im Fall Defregger die Presse zum Sündenbock zu stempeln: „Die beste und überzeugendste Antwort auf das Geschreibsel von ‚Spiegel‘ und ‚Stern‘ und gleichartigen Presseorganen war wohl das Gau-Trachtenfest von Schleiting“; „Wütende Meute der kirchenfeindlichen Presse“; „Gassenpresse“ (München); „Infame Presse“ (Essen); „Leider rangieren Sensationen vor Wahrheiten“ (Bamberg); „Mit Recht mißtrauisch gegen Schmutz und Schund“; „Kirchenfeindliche Presse“; „Nötigung und Anmaßung von seiten der Presse“ (Freiburg).

Immer wieder werden auch Fragen gestellt nach dem Einsatzort der Kommentatoren im Dritten Reich („Wo waren Sie im letzten Krieg?“). Diese Frage, die in zahlreichen Variationen gestellt wird, beleuchtet die Auffassung, daß nur der den Fall beurteilen könne, der unmittelbar an einem ähnlichen Geschehen beteiligt war. Auffallend stark ist außerdem der Wunsch, daß die Mörder der deutschen Soldaten in *Filetto* bestraft werden: „Sind die Mörder der deutschen Soldaten ausfindig gemacht worden?“ (Köln). Viele Leser glauben schließlich, daß die Schuld, die Weihbischof Defregger auf sich geladen hat, ihn erst „zum Mann gemacht hat“. So heißt es etwa, daß Defregger „ein starker Fels in einer schwankenden Zeit“ sei, daß die Welt solche Männer brauche und daß durch die Verstrickung in die Erschießung eine Läuterung eingetreten sei.

Dagegen kommen hier und da auch andere Stimmen zu Wort, die Schuld, Versagen und Schwäche hervorheben. Leser wenden sich gegen eine „Aufrechnung der Schandtaten“ und gegen die Tendenz, Presse und unbewältigte Vergangenheit gleichermaßen zum Sündenbock zu stempeln und nicht danach zu fragen, „was wir tun können, um solche Vorkommnisse überhaupt auszuschalten“ (Freiburg). (KNA 1776)

Ludwig Nieberle (39), der am 16. Juli im Zusammenhang mit dem Fall Defregger vorzeitig sein Amt als Landespräsident von Bayern der Deutschen Kolpingsfamilie niedergelegt hatte, wird voraussichtlich am 1. November Leiter des Resozialisierungszentrums der Inneren Mission in München. Er hat inzwischen um seine Laisierung nachgesucht, da er sich mit Heiratsabsichten trägt. (KNA 1860)

Anspruch auf Information

Für eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit der Römischen Bischofssynode will sich der Erzbischof von Wien, Kardinal Franz König, einsetzen. Auf diese Information habe die kirchliche Öffentlichkeit ein Recht. Kardinal König sprach sich dafür aus, daß täglich Pressekonferenzen abgehalten werden und daß eigene Pressesprecher der verschiedenen Sprachgruppen an den Beratungen teilnehmen und Informationen weitergeben können. (KNA 1834)

Prälat Wilhelm Wöste (57) seit 1962 Verbandspräsident der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschlands (KAB) wurde von der Deutschen Bischofskonferenz zum Leiter ihres Kommissariats bei der Bundesregierung, dem Katholischen Büro in Bonn gewählt. Er ist Nachfolger von Bischof Heinrich Tenhumberg, Münster. Mit Wöste, der nach Seelsorgetätigkeit und Kriegsdienst bereits Diözesanpräsident der KAB von Münster war, haben die deutschen Bischöfe einem Mann die Leitung ihres Bonner Kommissariats übertragen, der vor allem gesellschaftspolitischen Fragen zugeht. (KNA 1646)

Kommt ein katholisches Institut für Publizistik?

Bestimmte Erfordernisse im Bereich der katholischen Publizistik drängen immer mehr zu konkreten Lösungen. So haben die Film- und Fernsehreferenten der Diözesen Köln und Essen auf einer gemeinsamen Tagung die Einrichtung eines Medien-Zentrums gefordert. Die Katholische Film- und Fernsehliga hat diesen Vorstoß nachdrücklich unterstützt und auch auf die Notwendigkeit entsprechender Investitionen hingewiesen. In enger Verbindung damit sollten auch die Bestrebungen gesehen werden, sämtliche publizistik-kritischen Dienste im katholischen Bereich („Funk-Korrespondenz“, „Fernseh-Dienst“, „Rundfunk-Dienst“, „Film-Dienst“ und „Zeitschriften-Dienst“) verlegerisch zusammenzufassen. In diesem Zusammenhang wird ferner an den Vorschlag erinnert, in der Bundesrepublik eine katholische internationale Akademie für Journalismus zu errichten, auf der journalistische Nachwuchskräfte sowohl aus dem deutschsprachigen Raum als auch insbesondere aus der Dritten Welt ausgebildet werden sollen. Ein Verein „Publizistische Medienplanung für Entwicklungsländer e.V.“ wurde bereits am 16. Juni 1969 in Bonn gegründet. In Fachkreisen verstärkt sich der Eindruck, daß sich eine Zusammenfassung aller genannten Initiativen anbahnt. Die Konzeption eines umfassenden Katholischen Instituts für Publizistik zeichnet sich ab. (KNA 1623)

Gott im Nachrichtennetz

Die bisher schärfste Attacke gegen die Kirchenpresse kommt aus Wien: Adolf Holl, 1930 in Wien geborener katholischer Theologe, Verfasser zahlreicher theologischer, religionssoziologischer und religionsphilosophischer Abhandlungen, habilitierter Religionswissenschaftler und Träger des Kardinal-Innitzer-Preises, veröffentlichte im Verlag Rombach in Freiburg eine Schrift mit dem Titel „Gott im Nachrichtennetz – Religiöse Information in der modernen Gesellschaft“, in der die deutschsprachige Kirchenpresse





denkbar schlecht wekommt. Holl: „Ganz wenigen Blättern aus dieser Kategorie kann ein spezifischer Stil attestiert werden; sie bewegen sich so gut wie ausschließlich auf einer Linie, die zumindest bei außenstehenden Assoziationen mit ‚Langeweile‘, ‚Verzicht‘ wachrufen mag.“ Zum Komplex „Vorsicht“ zählt Holl:

- Kritik an kirchlichen Einrichtungen, auch wenn sie durchaus sekundäre Fragen betrifft und sachlich ist, wird kaum zugelassen, wenn aber doch, dann nur in entschärfter Form.
- Es ist undenkbar, Personen mit Führungspositionen in den Kirchen offen zu kritisieren oder gar daran zu denken, so etwas wie eine innerkirchliche öffentliche Meinung bezüglich organisatorischer Maßnahmen, Stellenbesetzung, Verwendung der Gelder usw. publizistisch seitens der Kirchenpresse zu artikulieren (einige Ausnahmen gibt es bereits).
- Negativ zu bewerten ist so ziemlich alles, was die „Gemüter der Gläubigen verwirrt“ oder eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse in Doktrin und Moral herbeiführen könnte;
- Positiv zu bewerten ist alles, was die „unverrückbaren Grundsätze“ unterstützt; beruhigend wirkt oder eine „ruhige Entwicklung“ sichert.

Auch auf dem Nachrichtensektor sei man seitens der Kirchenpresse vorsichtig. Negative oder gar „schädliche“ Nachrichten würden nicht selten unterdrückt. So gut wie völlig fehle in der Kirchenpresse der „Hintergrund“. Während große Blätter in Rom längst Korrespondenten unterhielten, um kirchliche Informationen mit echtem Nachrichtenwert zu erhalten, so meint der die Katholischen Nachrichten-Agenturen nur mit einem einzigen Satz erwähnende Holl im „Nachrichtennetz“, werde in der Kirchenpresse dieser Nachrichtendienst nicht selten als Spekulation aus Sensationslust verurteilt. Durch diese Strategie entstehe das unbeabsichtigte „Nebenprodukt Langeweile“.

In diesem Zusammenhang: „Kulturelle Ereignisse werden von der Kirchenpresse vornehmlich unter dem Gesichtswinkel der moralischen Wertung aufgenommen (Ausnahmen bestätigen die Regel): Die Keule der ‚Schmutz- und Schund‘-Politik lehnt sozusagen griffbereit im Redaktionszimmer. In manchen Fällen werden ‚positive‘ Theaterstücke warm empfohlen, die für Literatursachverständige schlichtweg indiskutabel sind.“ Politisch sei die deutschsprachige Kirchenpresse nach dem Krieg entweder farblos oder rechtsgerichtet, denn: „Offen oder versteckt wurden oder werden bestimmte Parteien favorisiert, weshalb auch in Wahlkampagnen das Kirchenvolk als ernstzunehmender Faktor berücksichtigt zu werden pflegt.“

Holl glaubt der Kirchenpresse in der Mehrzahl ihrer Organe eine niedrige Aktualitätsrate zumessen zu können. Viele Kirchenzeitungen betrieben eine Art Schaukelpolitik zwischen Informationsgewährung und Erbaulichkeit. „Sie wirken ‚bestätigend‘ in dem Sinne, daß sie bestehende religiöse Einstellungen und Verhaltensweisen unterstützen und vertiefen wollen, in diesem Sinne dürfen sie als tendenziös bezeichnet werden.“ Der „langweiligen“ Kirchenpresse hält Holl die nicht-kirchliche Presse entgegen, die zwei offenbar weitverbreitete Wünsche befriedige, die sich auch auf religiös-kirchliche Inhalte erstrecken: Präzise und detaillierte Information ohne Ver-

schwiegenheitspolitik, sowie offene und sachkundige Diskussion interessanter Themen. Die Folge: „Nicht wenige kirchentreue Journalisten arbeiten deshalb heute in der neutralen Presse; offenbar versprechen sie sich damit mehr Erfolg – auch für die Kirche.“ (KNA 608)

Wer will „Publik“?

Für die Wochenzeitung „Publik“ stehen noch in diesem Jahr bedeutende Entscheidungen an. Nachdem sich die ursprünglichen Kalkulationen, auf deren Grundlage die deutschen Diözesen ihren Start-Zuschuß zur Verfügung stellten, als nicht einhaltbar erwiesen, stellte das Treuhändergremium eine neue Kalkulation auf. Es sprach sich in Eingaben an die Bischöfe entschieden für die Fortführung von „Publik“ aus, wies jedoch auf die Notwendigkeit einer Erhöhung des Start-Zuschusses hin. Und die Treuhänder ließen die Bischöfe nicht im Unklaren: Wenn die Erhöhung der Mittel nicht zugesichert werde, müßten sie die Einstellung von „Publik“ so rechtzeitig beschließen, daß die eingegangenen Verpflichtungen noch aus den zur Verfügung stehenden Mitteln befriedigt werden können. Eile dürfte demnach geboten sein. Wie zu erfahren war, haben sich die Bischöfe jetzt bei ihrer Vollversammlung in Fulda mit dieser Frage befaßt. Auf jeden Fall würden alle Bischöfe zu ihren ursprünglich eingegangenen Verpflichtungen stehen, hieß es in Kreisen der Bischofskonferenz. Über eine Erhöhung der Zuschüsse seien die Ansichten jedoch geteilt. Die Beurteilung der redaktionellen Linie von „Publik“ sei jetzt positiver ausgefallen als bei der Frühjahrskonferenz der Bischöfe. Sorge mache vorzüglich die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens. Die Bischofskonferenz konnte sich im übrigen nur meinungsbildend mit „Publik“ beschäftigen. Über die Zuschüsse entscheidet der Verband der Diözesen, der im November zu seiner Vollversammlung zusammentritt. Da hier finanzielle Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen, genügt der Einspruch einer einzigen Diözese gegen die beantragte Erhöhung des Start-Zuschusses, um die Kompetenz des Verbandes für „Publik“ zu beenden. In diesem Fall, mit dem Beobachter rechnen, würde die Entscheidung über die Zukunft von „Publik“ an die einzelnen Diözesen und hier vor allem an die Kirchensteuerräte verwiesen. Es dürfte also entscheidend sein, wie die Meinungsbildung über „Publik“ sich im deutschen Katholizismus allgemein und besonders in den diözesanen Räten entwickelt. „Publik“ selbst kann derweil auf eine erfreuliche Entwicklung vor allem der Abonnentenzahlen verweisen: Von 28 000 am 1. April stieg die Zahl der festen Abonnenten bis zum 1. Oktober auf 40 000. Ein Abflachen dieser Entwicklung sei nicht abzusehen, heißt es bei „Publik“. Als besonders erfreulich wird gewertet, daß die ständig steigende Abonnentenzahl den Kiosk-Verkauf nicht beeinträchtigte, der nach wie vor 10 000 bis 15 000 Exemplare beträgt. (KNA 1832)

Deutsche Bischofskonferenz befaßte sich mit KNA

Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hat sich in Fulda u. a. mit der Katholischen Nachrichten-Agentur befaßt. Der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für Pressefragen, Bischof Heinrich Tenhumberg, Münster, trug einen Bericht über Struktur und Arbeitsweise der Agentur vor. Ferner lagen Empfehlungen der Publizistischen Kommission der Bischofskonferenz vor.

Wie der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Julius Döpfner, in einer Pressekonferenz mitteilte, vertraten die deutschen Bischöfe die Auffassung, daß die KNA „ein notwendiges Informationsinstrument“ für die Kirche ist. Damit dürften von einzelnen kirchlichen Persönlichkeiten gelegentlich angestellte Überlegungen, anstelle der KNA ein Kirchliches Presseamt oder aber eine katholische Abteilung bei einer anderen Nachrichtenagentur einzurichten, endgültig zu den Akten gelegt sein. Ferner hat die Deutsche Bischofskonferenz festgestellt, daß eine Reform der Struktur der Agentur und eine Überprüfung ihres Informationsnetzes im Inland notwendig sind. Damit wird der Umstand angesprochen, daß der Aufbau des redaktionellen Netzes der KNA in den Jahren 1952–58 nicht immer systematisch unter konsequenter Anerkennung sachlicher Notwendigkeiten, sondern meist in Anpassung an die jeweils gegebenen Möglichkeiten erfolgte. Vor allem das Fehlen ausreichender Mittel führte dazu, daß das Inlandnetz nicht in genügender Dichte entwickelt werden konnte. Den 45 Redakteuren des Evangelischen Pressedienstes (epd) stehen nur 16 Redakteure der KNA gegenüber. Nunmehr sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, der KNA den Leistungsstand einer modernen und in jeder Hinsicht konkurrenzfähigen Agentur zu geben. Eine Expertenkommission wird dazu in Kürze Vorschläge erarbeiten. Die Deutschen Bischöfe haben sich bereiterklärt, durch die Bereitstellung eines finanziellen Sockelbetrages die Verbesserung der Agenturleistungen und die Stabilität des Unternehmens zu gewährleisten. Darüber hinaus wird eine stärkere Beteiligung der Kirchenpresse an der finanziellen Sicherung der Agentur angestrebt. Dazu haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt Sprecher der Kirchenpresse deren Bereitschaft unter der Bedingung erklärt, daß die erwirtschafteten Einnahmen der Kirchenpresse in vollem Umfang zu Investitionen im publizistischen Bereich verwendet werden können.

(KNA 1823)

Gegen Erotisierung des öffentlichen Lebens

Einen Aufruf, der immer mehr um sich greifenden Unmoral mutig entgegenzutreten, richtete Papst Paul VI. am Mittwoch dieser Woche an die Besucher der wöchentlichen Generalaudienz. Wie vielleicht nie zuvor breche heute über das öffentliche und private Leben eine Flut der Profanität, der Säkularisierung und der Unmoral herein. Eine ansteckende und aggressive Erotisierung, die vor widerlichen Ausdrucksformen nicht zurückschrecke, bedrohe das Leben des einzelnen und der Gemeinschaft. Einer mit dem Schlagwort Freiheit verbrämten Willkür, einer Verwirrung der Instinkte, die man heute mit Freud, Marcuse und anderen als „Befreiung von überkommenen Skrupeln“ bezeichne, werde Tür und Tor geöffnet. Der Papst rief den Anwesenden zu: „Glaubt nicht, daß sich hinter der würdevollen und mutigen Verteidigung der Sauberkeit in Presse, Schauspiel und Sitte ein Minderwertigkeitskomplex verbirgt oder daß Reinheit und Selbstbeherrschung Unwissen und Schwäche bedeuten.“

(KNA 1867)

Für die Wahl des Papstes durch die Bischöfe und nicht durch die Kardinäle hat sich der Erzbischof von Ravenna, Salvatore Baldassarri, ausgesprochen. Zweifellos sei das Kardinalkollegium eine altherwürdige Einrichtung, bemerkte Baldassarri. Um den Papst gebe es jedoch ein Kollegium göttlichen Ursprungs: Das Bischofskollegium.

(KNA 1847)

Die Kirche in Spanien könne sich in Zukunft nicht mehr so eng mit dem Regime General Francos identifizieren, erklärte der Erzbischof von Madrid und Präsident der Spanischen Bischofskonferenz, Casimiro Morcillo Gonzalez, in einem Hirtenbrief. Er fordert die Priester auf, „eng mit ihren Bischöfen zusammenzuarbeiten und ihre Anstrengungen für einen sozialen Wandel in den bestehenden Kirchenstrukturen zu vertiefen“. (KNA 1850)

Brisantes Dokument

Den freiwilligen Zölibat fordert ein Dokument, das vom Sekretariat für das Niederländische Pastoralkonzil veröffentlicht wurde. Ferner wird darin das ständige Diakonat befürwortet, zu dem auch Frauen zugelassen werden sollten. Die zukünftige Entwicklung müsse jedoch dahin tendieren, auch Frauen die Priesterweihe zu erteilen. Den Priestern selbst wird empfohlen, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen, und ein ständiges Ehrengericht ähnlich dem der Ärzte und Journalisten einzurichten. Schließlich wird in dem Dokument zur Idee der Lokalkirche erklärt: „Vielleicht müssen wir uns mit der Idee vertraut machen, daß der Papst Präsident oder Generalsekretär der ‚Vereinigten Katholischen Kirchen der Welt‘ sein kann.“ Das Dokument wurde von einer Kommission unter Vorsitz von Dr. B. A. Willems OP erarbeitet und soll im niederländischen Katholizismus diskutiert werden. Die Ergebnisse dieser Diskussion, die nach Ansicht von Beobachtern sehr heftig ausgetragen werden dürfte, sollen als Empfehlungen der 5. Plenarsitzung des Niederländischen Pastoralkonzils im Januar 1970 vorgelegt werden. (KNA 1839)

Abschneiden der Spitzenpolitiker

Aus einer Analyse der Erststimmen für die Spitzenpolitiker der Parteien in ihren Wahlkreisen ergibt sich, daß die überwiegende Mehrheit der Unionspolitiker zum Teil erhebliche Verluste hinnehmen mußte, während die SPD-Politiker überwiegend erhebliche Stimmengewinne erzielten. Besonders starke Verluste verzeichneten die Unions-Politiker: Erhard (Ulm), Lücke (Rhein.-Berg. Kreis), Schmücker (Cloppenburg) und Stücklen (Weißenburg). Starken Zuwachs bei den Erststimmen erzielten in der CDU lediglich Adorno (Ravensburg) und Stoltenberg (Schleswig), in der CSU Strauß (Weinheim). Selbst Bundeskanzler Kiesinger mußte im Wahlkreis Waldshut einen Rückgang der Erststimmen gegenüber 1965 hinnehmen. Starke Gewinne bei den Erststimmen erzielten in der SPD: Ehmke (Stuttgart III), Eppler (Heilbronn), Jahn (Marburg), Leber (Frankfurt I), Möller (Heidelberg), Schiller (Dortmund I), Schmidt (Bergedorf), Schoettle (Stuttgart I), Börner (Kassel), Strobel (Nürnberg-Süd) und Wehner (Harburg). (KNA 1843)

Wahlverhalten in konfessionellen Hochburgen

Eine Analyse der konfessionell besonders geprägten Wahlkreise (über 90 % Anteile einer Konfession) führt zu folgenden Ergebnissen: In den evangelischen Hochburgen verlor die CDU durchweg Zweitstimmen, jedoch nicht mehr als im Bundesdurchschnitt. In fast allen dieser Kreise nahm die SPD über Bundesdurchschnitt zu, ebenfalls die NPD. In den katholischen Hochburgen verlor die CDU/CSU durchweg mehr als im Bundesdurchschnitt,

während die SPD sowohl erhebliche Gewinne wie Verluste verzeichnete. Die NPD schnitt in diesen Kreisen wenn nicht schlechter als im Bundesdurchschnitt, so doch schlechter als im jeweiligen Landesdurchschnitt ab.

(KNA 1844)

In der Sitzverteilung des neuen Bundestages kommt die mehrheitsbildende Wirkung der 5%-Klausel wie folgt zum Ausdruck: CDU/CSU erhalten bei 46,1 % der Zweitstimmen 48,79 % der Mandate (242), die SPD bei 42,7 % Zweitstimmen 45,16 % Mandate (224), die FDP bei 5,8 % Zweitstimmen 6,05 % der Mandate (30). Wäre jetzt nach einem Mehrheitswahlrecht in Vierer-Wahlkreisen gewählt worden (das Modell wurde vor allem in der SPD diskutiert), so hätte sich nach dem Wahlergebnis folgende Sitzverteilung ergeben: CDU 262 Mandate (52,83 %), SPD 234 Mandate (47,17 %). Die FDP wäre nicht in den Bundestag eingezogen.

(KNA 1815)

Von den 34 Wahlkreisen, in denen die CDU/CSU das Direktmandat an die SPD abtreten mußte, liegen allein 12 in Nordrhein-Westfalen. Dadurch kommen die Kandidaten der CDU-Reserveliste des Landes ungewöhnlich stark zum Zuge. Glücklicher „Gewinner“ ist Wolfgang Vogt, Chefredakteur der KAB-„Ketteler-Wacht“, der als letzter der NRW-Listenkandidaten auf Platz 42 noch in den Bundestag einzieht (1965 bildete Platz 36 das Schlußlicht). Von allen auf der CDU-Landesliste von NRW abgesicherten Kandidaten errang nur Dr. Barzel (Paderborn/Wiedenbrück) ein Direktmandat.

(KNA 1816)

Prof. Karl Schiller, als Bundeswirtschaftsminister in der Aufwertungsfrage personifizierte SPD-Opposition in der Koalition, erzielte in seinem Wahlkreis keineswegs einen überwältigenden Sieg für die SPD: Während die SPD in Nordrhein-Westfalen gegenüber 1965 insgesamt einen Stimmenzuwachs von 4,3 % verzeichnete, erreichte Schiller im Wahlkreis Dortmund I einen Stimmenzuwachs von 3,8 %; der CDU-Verlust betrug hier „nur“ 3 % gegenüber einem NRW-Durchschnitt von 3,5 %.

(KNA 1817)

Fünf evangelische Pfarrer wurden in den 6. Deutschen Bundestag gewählt. Vier davon gehören der SPD an, einer der CSU. Kandidiert hatten insgesamt 25 evangelische Geistliche, darunter 17 für die ADF und einer für die NPD.

(KNA 1818)

Vertriebene Kraft

Sie war punktiert als „treibende Kraft“ angetreten, alte Zöpfe abzuschneiden: Die Freie Demokratische Partei. Daß sie bei der Bundestagswahl zur „vertriebenen Kraft“ wurde und dennoch seit der Wahlnacht die Schlüsselrolle des politischen Geschehens einnimmt, bezeichnen viele Kommentatoren als den ältesten und dicksten aller politischen Zöpfe. Noch nie wurde in der Bundesrepublik so deutlich, wie sehr das Verhältniswahlrecht Gelegenheit bietet, Wahlentscheidungen auf den Kopf zu stellen. Die Wähler haben nur um die Entscheidung zwischen zwei Parteien gerungen, was in der eindeutigen Polarisierung erkennbar ist. Der Trend zum Zwei-Parteien-System ist so deutlich, daß das Mehrheitswahlrecht nach Ansicht vieler Politiker praktisch einem Auftrag der Wähler entspricht. Es blieb dem SPD-Geschäftsführer Wischnewski vorbehalten, nach der Wahl zu erklären, daß er keinen Wert auf eine Änderung des Wahlrechts lege.

Bei der politischen Konstellation nach der Wahl dürfte es für eine Wahlrechtsreform in absehbarer Zeit keine Chance mehr geben. Der aus staatspolitischer Verantwortung von vielen Journalisten erwogenen Möglichkeit, die Große Koalition zur Durchsetzung der Wahlrechtsreform noch einmal für maximal zwei Jahre fortzusetzen, steht vor allem der Wunsch der SPD entgegen, endlich einmal den Kanzler zu stellen. Den 5,8 % FDP-Wählern wird somit der entscheidende Einfluß auf die Bildung der nächsten Regierung eingeräumt. Für 46,1 % CDU/CSU-Wähler wird deutlich, daß es auf das Wahlrecht ankommt, wer den Kanzler bestimmt: die kleinste oder die größte Wählergruppe. (KNA 1835)

Katholiken wanderten ab?

Das Bad Godesberger Infas-Institut ist in einer ersten Wahlanalyse zu dem Ergebnis gekommen, daß die CDU/CSU überdurchschnittlich in ihren traditionellen katholischen Wählerkreisen Stimmen verlor. In Industriebezirken mit überwiegend katholischer Bevölkerung verlor die Union laut Infas 3,4 % ihres Stimmenanteils gegenüber 1965. In katholischen ländlichen Gebieten verlor die CDU/CSU im Bundesdurchschnitt 1,7 % der Stimmen, während der Anteil der SPD dort in genau demselben Umfang stieg.

Neben einschneidenden Verlusten der CDU in einigen Städten (u. a. Köln, Bonn und Münster) fallen vor allem die Verluste der Union und Gewinne der SPD in den Randgebieten der Ballungsräume auf. Diese Gebiete waren bisher, vor allem wenn ihre Bevölkerung mehrheitlich katholisch ist, von dem bundeseinheitlichen Trend Großstadt = SPD-Mehrheit nicht betroffen. Interessant ist die Entwicklung der Wahlkreise, in denen eine Partei über 60 % der Stimmen erzielte. Eine Analyse ergibt: Die CDU büßte in 12 dieser ihrer Hochburgen Zweitstimmen ein, während sie nur in zwei (Balingen und Ravensburg) Gewinne erzielen konnte. Die CSU verlor in zehn dieser Wahlkreise Stimmen und konnte in vier ihren Vorsprung weiter ausbauen. Die SPD gewann in allen vier dieser ihrer Hochburgen an Zweitstimmen.

(KNA 1836)

Um den Freizeitkuchen

Es stieß weithin auf Unverständnis, warum der Deutsche Gewerkschaftsbund ausgerechnet kurz vor der Wahl seine Forderung nach Einführung einer variablen Altersgrenze ab dem 60. Lebensjahr für die Beantragung der Altersrente erhob. Der DGB habe offensichtlich schnell vergessen, daß gerade erst die dynamische Rente auch über den Rentenbezug hinweg gesichert worden sei, hieß es im Bundes-Arbeitsministerium. Minister Katzer sehe das Problem zwar auch, stelle es jedoch jetzt nicht an die Spitze der sozialpolitischen Prioritäten.

Nach dem Vorschlag des DGB soll die Entscheidung über eine vorzeitige Beantragung der Altersgrenze dem einzelnen Arbeitnehmer überlassen werden. Voraussetzung sollen 25 anrechnungsfähige Versicherungsjahre sein. Danach würden sich Schätzungen des DGB zufolge die Kosten einer generellen Herabsetzung auf 60 Jahre für 1971 auf 10 Mrd. DM belaufen. Der DGB rechnet jedoch damit, daß nur ein Drittel der Arbeitnehmer von der Wahlfreiheit Gebrauch machen wird, wodurch sich die Kosten auf 3 bis

3,5 Mrd. DM verringern. Die Finanzierung seines Vorschlages will der DGB etwas unbekümmert dem Bundeshaushalt und den Arbeitgebern überlassen. — Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Hermann Götz, nannte die Schätzung des DGB, daß nur ein Drittel der Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand treten werde, „eine Spekulation, auf die der Gesetzgeber seine Entscheidungen nicht stützen kann“. Für bedenklich hält Götz die Finanzierungsvorschläge des DGB, die auch den Spielraum für die Erhöhung der Nominallöhne und -gehälter einengen würden. „Eindeutige Vorrangstellung“ räumte Götz gegenüber einer Senkung der Altersgrenze folgenden gesellschaftspolitischen Aufgaben ein: Verbesserung des Familienlastenausgleichs, Ausweitung der Ausbildungsförderung, Sicherung der Krankenhausfinanzierung, Verbesserung der Kriegsopferversorgung, Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Vertriebenen und Verbesserung der Rehabilitation.

Vor einer Realisierung des DGB-Vorschlages muß nach Ansicht von Beobachtern in der Gesellschaft grundsätzlich diskutiert werden, wie die durch Rationalisierung gewonnene arbeitsfreie Zeit aufgeteilt werden soll. Sicher haben die älteren Menschen Anspruch auf ihren Anteil an diesem Zuwachs an Freizeit. Ein immer größerer Anteil daran dürfte jedoch in Zukunft durch die verlängerten Ausbildungswege in Anspruch genommen werden. Schließlich müssen auch die heute Berufstätigen, die durch ihre Arbeit den Lebensabend der Rentner sichern, ihre Ansprüche geltend machen: Die stärkere Anforderung einer rationalisierten Produktion löste schon früher die Forderung nach verlängertem Wochenende und Urlaub aus. Die sich ständig wandelnden Ansprüche an die Kenntnisse der Berufstätigen dürfte außerdem die Diskussion um den Bildungsurlaub intensivieren. Fachleute betonen schon heute, daß für die Erhaltung der Mobilität in vielen Berufen eine jährliche Fortbildung von 2–3 Wochen erforderlich ist. (KNA 1784)

* *

*

Allen Lesern

wünsche ich von Herzen ein segensreiches Weihnachtsfest und ein friedvolles Neues Jahr. Mit diesem Heft 37 wird wahrscheinlich das letzte Heft unter dem Titel „Königsteiner Offizierbriefe“ erscheinen. Mit der Erweiterung des KOK wird sich zwangsläufig auch unser Organ ändern müssen. Wie und in welchem Umfang, vermag ich heute noch nicht zu sagen. Auf jeden Fall aber wird die Linie, die wir mit dem Heft 1 im Jahre 1961 begonnen haben, in den Zeitverhältnissen angepaßter Form, weiterverfolgt werden. Vor allen Dingen soll unser Organ weiterhin das Werk der mündigen Laien sein.

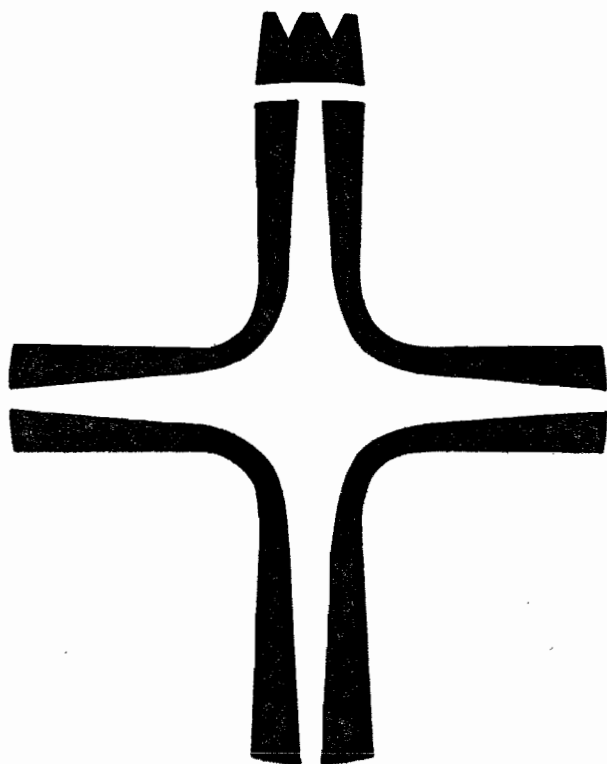
Heute will ich versuchen, Ihnen einmal zu schildern, warum dieses Heft 37 so aussieht, wie es vor Ihnen liegt. In einer Zeit, die versucht, alles in Frage zu stellen, was es an Autoritäten und festen Orientierungspunkten gibt, meine ich, muß auch versucht werden, Zeichen sichtbar werden zu lassen,

an denen sich die Geister scheiden. Ich kann nicht alles und jedes leugnen und mich dennoch als Christ bezeichnen. Ein solches Zeichen, an dem man nicht vorbeikommt, ist Weihnachten, die Geburt des Herrn. Wie ich früher einmal schrieb, ist es unwesentlich, ob Ochs und Esel im Stall dabei waren, ob das Fest wirklich am 24. 12. mit Berechtigung gefeiert wird oder ob man sich für einen anderen Termin – ähnlich der Orthodoxen Kirche – entscheiden soll. Wesentlich ist, daß uns der Heiland geboren wurde, und daß mit seiner Geburt für uns ein neues Denken beginnt: Die Gedanken der Liebe, des Friedens und des Erbarmens Gottes mit der Menschheit. Deshalb habe ich versucht, in den ersten Aufsätzen, insbesondere aber in der schlichten Aussage, der ungenannt bleiben wollenden Autorin, festzuhalten, wie sehr uns doch Weihnachten zu denken gibt. Dann spannt sich ein weiterer Bogen über Leben ohne Gott, Gedanken zur Friedensforschung, modernen Kirchenbau bis zu der in dieser konzentrierten Form großartigen Abrechnung mit einigen Irrtümern unserer Zeit, die in Marcuse einen ihrer Propheten haben. Dann setzt sich der Bogen fort zu einem anderen „Weihnachten“, nämlich zur Begegnung mit dem Mitmenschen, dem Bruder in Christo, dem Armen und Hilflosen in weiten Teilen der Welt. Hier zu helfen ist konsequente Fortsetzung der Weitergabe der Liebe Christi an den Mitmenschen. Das ist der eine Halbbogen, der durch die Bebilderung ergänzt wird. Die schützende, innige Geste der Mutter Maria um das soeben geborene Jesuskind erinnert noch an die Krippen unserer Kindheit, bewältigt das Thema aber mit modernen Mitteln. Die Bilder von Künstlern verschiedener Nationalitäten bringen uns ihre Sicht nahe. Und schließlich endet auch dieser Bogen auf der anderen Seite in der brutalen Forderung des Heute. Christi Geburt ist kein frommes Märchen, das man, lieblich mit Romantik umwoben, für sich allein behalten kann. Seine Geburt ist Zeichen, Zeichen des Widerspruchs gegen eine Welt der Sünde, Zeichen der Hoffnung für alle, die glauben.

Unter diesen Aspekten habe ich versucht, dieses Heft zu gestalten. Ich habe mein Möglichstes getan; ob es bei Ihnen ein gleiches Echo findet, vermag ich nicht vorauszusagen. Sicherlich mag manchem manches zu einfach dargestellt sein, anderen aber ist auch vieles zu kompliziert. Den Mittelweg jedoch findet der Redakteur nur aus dem Echo. So möchte ich zum Abschluß des Jahres allen danken, die geschrieben haben. Sie werden sicher bemerkt haben, daß – bis auf eine – alle Anregungen irgendwie mitverarbeitet wurden. Entschuldigen Sie, daß ich nicht persönlich antworten kann auf die vielen Briefe, es ist einfach nicht zu schaffen. Erhalten Sie, das ist meine Bitte für das neue Jahr, mir Ihr Interesse und schreiben Sie, was Ihnen gefällt, aber mehr noch, was Sie zu kritisieren haben. Dann wird es möglich sein, auch in Zukunft unsere Hefte lebensnah und interessant zu gestalten.

Mit Dank grüßt Sie herzlich

Ihr Helmut Fettweis



Herausgeber: Königsteiner Offizierkreis in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Militärbischofsamt.

Redaktion: Helmut Fettweis (Oberstleutnant)

Zuschriften: Helmut Fettweis, über Katholisches Militärbischofsamt, Bonn, Adenauerallee 117 a.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Bilder: Jeiter (1), Lachmann (4), Aktion Adveniat (3). Federzeichnung P. Carr.

Druck und graphische Gestaltung: Buch- und Verlagsdruckerei Ludw. Leopold KG, Bonn, Friedrichstraße 1.